



DEUTSCHES HANDWERKSINSTITUT

Jörg Thomä

Ökonomische Argumente
für die duale Ausbildung

91

Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien

Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand
und Handwerk an der Universität Göttingen



Jörg Thomä

Ökonomische Argumente für die duale Ausbildung

GÖTTINGER HANDWERKSWIRTSCHAFTLICHE STUDIEN

Herausgegeben von Prof. Dr. Kilian Bizer

BAND 91

VERLAG MECKE DRUCK • DUDERSTADT • 2013

Ökonomische Argumente für die duale Ausbildung

von

Jörg Thomä

Gedruckt als Veröffentlichung
des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk
an der Universität Göttingen
Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut e.V.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



sowie den Wirtschafts-
ministerien der Bundes-
länder und den sechs
niedersächsischen
Handwerkskammern

Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über

<http://dnb.ddb.de>

abrufbar.

ISBN 978-3-86944-104-7

Alle Rechte vorbehalten

Mecke Druck und Verlag • Christian-Blank-Straße 3 • 37115 Duderstadt

Tel. 05527-98 19 22 • Fax 05527-98 19 39

eMail: verlag@meckedruck.de

Internet: www.meckedruck.de/ifh

Gesamtherstellung: Mecke Druck und Verlag • 37115 Duderstadt

Vorwort

Seit Deutschland so robust durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist, gilt auch die duale Ausbildung als Prädikatsmerkmal: Verschiedene Länder wie Spanien und Griechenland wollen wichtige Elemente übernehmen und allerorten gilt die duale Ausbildung als Maßstab. Das war nicht immer so: Noch in den 90er Jahren hörte man häufig Stimmen, die von verkrusteten Strukturen sprachen und das Ende der dualen Ausbildung vorhersagten.

Ein besonderer Vorzug der dualen Ausbildung ist, dass der Übergang von der Schule zur beruflichen Tätigkeit erheblich erleichtert ist, wenn sich die jungen Menschen bereits während der Ausbildungszeit die nötigen praxisnahen Qualifikationen aneignen, die in Unternehmen generell bzw. speziell im ausbildenden Betrieb als erforderlich gelten. Zumeist erlernen sie z.B. soziale Kompetenzen fast unmerklich, weil sie sich an die herrschenden Sitten und Gewohnheiten anpassen, in die sie als junge Auszubildende hineinwachsen. Diese Kompetenzen, die für Jugendliche nicht zuletzt aus den betrieblichen Erfordernissen heraus verständlich und nachvollziehbar sind, lassen sich durch „eine weitere Schulbank“ nicht ohne weiteres vermitteln.

Gleichzeitig übernehmen die Unternehmen in der dualen Ausbildung Lasten und Pflichten in Form von eigenen Ausbildungskosten und der Anleitung der Auszubildenden. Diese Unternehmen sorgen zudem häufig dafür, dass andere Unternehmen, die nicht ausbilden, von ihrer Ausbildungstätigkeit profitieren. Die Bereitschaft für eigene Ausbildungsanstrengungen erwächst dabei vor allem durch die Motivation, als Ausbilder auch den Erstzugriff auf leistungsfähige Nachwuchskräfte zu haben. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels geht es in den kommenden Jahren aber nicht mehr nur um die besten Schulabsolventen, die man ausbilden und anschließend an sich binden kann. Sondern es geht darum, überhaupt noch genügend junge Leute in das Unternehmen zu bekommen. Da betriebliche Innovationskraft und ein hoher Facharbeiteranteil in einem engen Zusammenhang zueinander stehen, ergibt sich hierdurch ein Anreiz zur fortwährenden Sicherstellung einer hohen Qualität in der dualen Berufsausbildung.

Die Balanceverschiebung zugunsten der dualen Ausbildung führt dazu, dass der Staat einen großen Teil der Kosten der beruflichen Ausbildung weiterhin den Unternehmen überlassen kann. Sie erfüllen diese Aufgabe nicht nur besser. Die öffentliche Hand kann darüber hinaus auch die hohen Kosten einer vollzeitschulisch organisierten Berufsausbildung einsparen. Da zudem noch der Übergang in den Arbeitsmarkt reibungsloser gelingt, entlastet die duale Ausbildung auch die sozialen Sicherungsnetze, insbesondere die Arbeitslosenversicherung.

Dr. Jörg Thomä hat diese Argumente in der vorliegenden Studie empirisch unterfüttert und zeigt aus ökonomischer Sicht, dass die Berufsbildungspolitik auch in Zukunft gut daran tut, vorbehaltlos hinter der dualen Ausbildung zu stehen und diese zu stärken. Die Studie wurde durch die sechs niedersächsischen Handwerkskammern maßgeblich gefördert, wobei der Landesvertretung der Handwerkskammern in Niedersachsen (LHN) die Koordinierungsfunktion oblag.

Ohne diese Unterstützung wäre die Erstellung der Studie nicht möglich gewesen.
Ich wünsche ihr eine breite Diskussion in der Fachöffentlichkeit.

Göttingen, im Juli 2013

Prof. Dr. Kilian Bizer

*Direktor des Volkswirtschaftlichen Instituts
für Mittelstand und Handwerk an der
Universität Göttingen*

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	1
2.	Untersuchungsrahmen	4
2.1	Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt	4
2.2	Ausbildungsverhalten von Jugendlichen	6
2.3	Ausbildungsbeteiligung von Betrieben	10
2.4	Vorausberechnungen zur zukünftigen Entwicklung der dualen Ausbildung	13
3.	Jugendarbeitslosigkeit und die Rolle der dualen Ausbildung	19
3.1	Jugendarbeitslosigkeit in Europa	19
3.2	Leichterere Arbeitsmarkteintritt durch duale Ausbildung?	21
3.3	Ergebnisse europäischer Vergleichsstudien	24
3.4	Zusammenfassung (Argument Nr. 1)	27
4.	Duale Ausbildung als lohnende Bildungsinvestition?	28
4.1	Die individuelle Perspektive	28
4.2	Duale und vollzeitschulische Berufsausbildung im Vergleich	32
4.3	Die staatlich-gesellschaftliche Perspektive	37
4.4	Zusammenfassung (Argument Nr. 2)	40
5.	Zur betrieblichen Kosten-Nutzen-Relation der dualen Ausbildung mit besonderem Fokus auf das Handwerk	42
5.1	Theoretischer und empirischer Hintergrund	42
5.2	Kosten und Nutzen während der Ausbildung	45
5.3	Der längerfristige Ausbildungsnutzen für den Betrieb	48
5.4	Zusammenfassung (Argument Nr. 3)	56
6.	Das Finanzierungsmodell des dualen Ausbildungssystems	58
6.1	Finanzierungsbausteine	58
6.2	Gesamtausgaben für die duale Ausbildung	62
6.3	Implikationen der Finanzierungsstruktur	64
6.4	Zusammenfassung (Argument Nr. 4)	67

7.	Alternative Übergänge in duale Ausbildung aus Sicht der öffentlichen Haushalte	69
7.1	Umfang und Entwicklung des Übergangsbereichs	69
7.2	Übergangsmaßnahmen aus Sicht der öffentlichen Haushalte	71
7.3	Zur Wirksamkeit des Übergangsbereichs	76
7.4	Zusammenfassung (Argument Nr. 5)	79
8.	Ergebnisse und Fazit	80
9.	Literaturverzeichnis	89

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Angebots-Nachfrage-Relationen in der dualen Ausbildung, 2009 und 2011, bundesweit nach Ausbildungsbereichen (in %)	6
Tab. 2:	Einmündungsquote in die duale Berufsausbildung von Schulabgängern, die sich jeweils im Frühjahr eines Jahres für eine betriebliche Ausbildung interessiert hatten, nach ausgewählten Merkmalen (in %)	9
Tab. 3:	Indikatoren zur Lage von Jugendlichen in Europa (EU 27) im Jahr 2011	21
Tab. 4:	Private Bildungsrendite einer dualen Ausbildung im Handwerk	29
Tab. 5:	Bruttokosten, Erträge und Nettokosten je Auszubildenden 2007, insgesamt und nach Ausbildungsbereichen (in Euro)	47
Tab. 6:	Personalgewinnungskosten 2007 bei Rekrutierung einer externen Fachkraft, insgesamt und nach Ausbildungsbereichen (in Euro)	49
Tab. 7:	Beispiele öffentlicher Förderung mit Bezug zum nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung im Jahr 2010	60
Tab. 8:	Kosten der dualen Ausbildung für Betriebe im Jahr 2007, je Auszubildenden und hochgerechnet für Gesamtdeutschland	62
Tab. 9:	Theoretische Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte in Folge einer Umwandlung des dualen Systems in vollzeitschulische Berufsausbildung	66
Tab. 10:	Anfängerzahlen im Übergangsbereich 2010, Deutschland und Niedersachsen	70
Tab. 11:	Ausgangsdaten der Modellrechnung	72
Tab. 12:	Modellrechnung zu den Konsequenzen alternativer Übergänge in duale Ausbildung aus Sicht der öffentlichen Haushalte	74
Tab. 13:	Ökonomische Argumente für die duale Ausbildung – ein Überblick	80

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Die Betrachtungsebenen der vorliegenden Studie	2
Abb. 2:	Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland, 2000 bis 2011 (jeweils Angabe der Gesamtzahl)	5
Abb. 3:	Entwicklung der Anfängerzahlen in ausgewählten Bereichen des Ausbildungsgeschehens, 2005 bis 2011 (2005 = 100)	8
Abb. 4:	Entwicklung der Ausbildungsbetriebsquote in Deutschland, 2000 bis 2010 (2000 = 100)	11

Abb. 5:	Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011, insgesamt und nach ausgewählten Merkmalen (in %)	13
Abb. 6:	Vorausberechnungen zur Teilnehmerzahl in ausgewählten Sektoren des Ausbildungsgeschehens, Basisvariante der Bildungsvorausberechnung 2010, 2008 bis 2025 (2008 = 100)	14
Abb. 7:	Arbeitskräftebedarf bis 2025 nach Qualifikationsniveau (in %)	16
Abb. 8:	Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union (EU 27) nach Alter, 2002-2011	19
Abb. 9:	Arbeitslosenquote qualifizierter Jugendlicher und Anteil der erwerbstätigen Jugendlichen in formaler Bildung, verschiedene Länder, 2011	24
Abb. 10:	Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquoten der 25- bis unter 65-jährigen Bevölkerung nach höchstem erreichtem Bildungsabschluss, 2011	30
Abb. 11:	Berufsbereich der Ausbildung von Erwerbstätigen nach der Art der absolvierten Ausbildung (in Prozent)	35
Abb. 12:	Staatliche Kosten und Nutzen von Bildungsabschlüssen über das Erwerbsleben einer männlichen Person, in US-Dollar (kaufkraftbereinigt)	38
Abb. 13:	Zufriedenheit von Ausbildungsbetrieben mit der Leistungsfähigkeit des dualen Systems zur Deckung des eigenen Qualifikationsbedarfs (in %)	39
Abb. 14:	Empirische Relevanz von ausgewählten betrieblichen Ausbildungsmotiven (in %)	43
Abb. 15:	Verteilung der betrieblichen Bruttokosten je Auszubildenden 2007	46
Abb. 16:	Einschätzungen der Betriebe zur betrieblichen Einsatzfähigkeit von extern rekrutierten Arbeitskräften (in %)	52
Abb. 17:	Gesamtzufriedenheit der Betriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung (in %)	53
Abb. 18:	Geschätzte Gesamtausgaben für die duale Ausbildung 2009 gemäß Bildungsbudget-Ansatz	64
Abb. 19:	Finanzierungsstruktur der Gesamtausgaben für die duale Ausbildung 2009 im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen	65
Abb. 20:	Einschätzungen von Berufsbildungsexperten zum „Übergangssystem“	78

1. Einführung¹

Die duale Ausbildung mit ihrer Lernortkombination von Betrieb und Berufsschule bildet seit jeher eine wichtige Grundlage für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. In seinem Standardwerk über *Nationale Wettbewerbsvorteile* sieht etwa der Ökonom Michael E. Porter mit Blick auf Deutschland das duale Ausbildungssystem als einen wesentlichen faktorbildenden Mechanismus, welcher „in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen“² ist. Die Ursache hierfür sei vor allem der Umstand, dass das große Reservoir an praxisnah in unterschiedlichsten Berufsbereichen ausgebildeten Fachkräften es den deutschen Unternehmen erlaubt, eine entsprechend große Bandbreite an Gütern mit hoher qualitativer Differenzierung herzustellen. Ähnlich hat jüngst der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser in einem Interview argumentiert.³ Gefragt nach den spezifischen Erfolgsfaktoren des deutschen Produktionsmodells nannte er hierbei u.a. die duale Ausbildung, welche „einen Typus von qualifiziertem Facharbeiter hervorbringt, der z.B. in der Lage ist, eine Maschine selbstständig einzurichten“. Dies sei eine spezifische Eigenschaft der deutschen Wirtschaft, welche für die dortige „Art von Qualitätsproduktion einfach notwendig ist“. Einen weiteren Hinweis, der in dieselbe Richtung deutet, liefert eine aktuelle Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zur Rolle des dualen Systems für die Hervorbringung von Innovationen. Angesichts verschiedener Vorteile, welche die duale Ausbildung in diesem Zusammenhang aufweist, interpretieren deren Autoren ihren Befund, dass solche Länder, in denen ein duales Ausbildungssystem mehr oder weniger stark etabliert ist, alle in der oberen Hälfte des verwendeten Innovationsrankings zu finden sind.⁴

Nichtdestotrotz ist das duale Ausbildungssystem seit einiger Zeit auch der Gegenstand von intensiven Reformdebatten.⁵ Den Hintergrund hierfür bilden bspw. die fortwährenden Schwierigkeiten vieler Jugendlicher beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen, die Europäisierung der beruflichen Bildung oder die Frage nach dem Stellenwert von berufsbezogenem Erfahrungswissen unter den Bedingungen einer Wissensgesellschaft. In diesem Zusammenhang dürfte aktuell der demografische Wandel für die duale Ausbildung die wohl größte Herausforderung darstellen. Nach den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Variante 1-W1) wird z.B. – bezogen auf das Jahr 2009 – die Altersgruppe der 16- bis unter 20-Jährigen in Deutschland bis 2025 voraussichtlich um rund

¹ Die vorliegende Studie wurde im April 2013 abgeschlossen.

² Porter, M. (1991), S. 392.

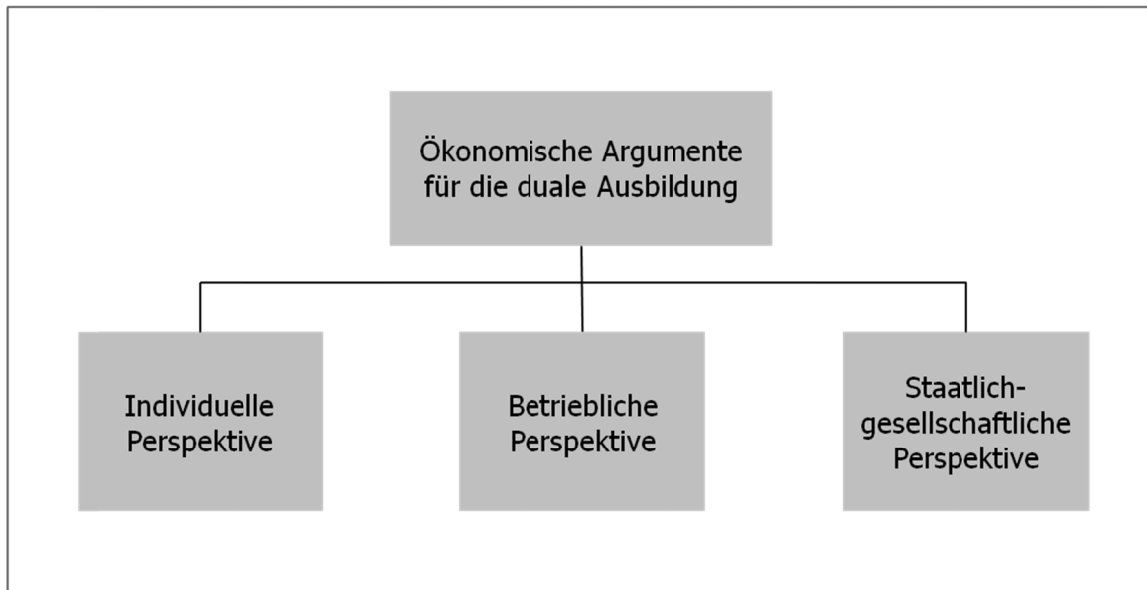
³ RegioPol (2012), S. 43f.

⁴ Vgl. Rammer, C. (2013); Frietsch, R. u. a. (2012), S. 73ff.

⁵ Siehe z.B. Prager, J. U. und Wieland, C. (2007); Baethge, M. u. a. (2007); Heidemann, W. und Kuhnhenne, M. (2009); Kruse, W. u. a. (2009); Bosch, G. u. a. (2010).

22 % zurückgehen. Diese demografische Entwicklung bedeutet für das duale System, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stark sinken wird. Damit verbunden sind verschiedene offene Fragen, etwa wie der Bedarf der Wirtschaft an dual ausgebildeten Fachkräften auch zukünftig gedeckt werden kann oder ob weiterhin eine ausreichende berufsschulische Infrastruktur insbesondere in dünn besiedelten Regionen sichergestellt ist.⁶

Abb. 1: Die Betrachtungsebenen der vorliegenden Studie



Quelle: Eigene Darstellung

Damit sich das duale System im Zuge des wachsenden Wettbewerbs um junge Schulabgänger⁷ gegenüber anderen beruflichen und nicht-beruflichen Bildungseinrichtungen behaupten kann, sind kontinuierliche Anstrengungen seitens der beteiligten Akteure gefordert. Die duale Berufsausbildung weist dabei sowohl aus individueller, betrieblicher als auch aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive bestimmte ökonomische Herausstellungsmerkmale auf.⁸ Vor diesem Hintergrund möchte die vorliegende Studie entsprechend orientierte Argumente zusammentragen, die für eine zukunftsorientierte Stärkung der dualen Ausbildung sprechen (vgl. Abb. 1). Der Fokus liegt grundsätzlich auf dem dualen System in Deutschland als Ganzes. Nichtsdestotrotz wird immer wieder ein besonderes Augenmerk auf den handwerklichen Ausbildungsbereich gelegt.

Kapitel 2 umreißt die Rahmenbedingungen der Studie. Zunächst wird die veränderte Angebots-Nachfrage-Konstellation aufgezeigt, wie sie sich in jüngster Zeit

⁶ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 176ff.

⁷ Auch im Folgenden wird zum Zwecke der besseren Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet.

⁸ Vgl. Hollmann, C. u. a. (2010), S. 8ff.

am dualen Ausbildungsstellenmarkt zeigt. Die anschließenden beiden Abschnitte gehen vertiefend auf das Ausbildungsverhalten von Jugendlichen und die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe ein. Der letzte Abschnitt des zweiten Kapitels widmet sich der zukünftigen Entwicklung des dualen Systems und den hierfür relevanten Determinanten.

Auf dieser Grundlage behandelt **Kapitel 3** die Frage, inwieweit der Abschluss einer betrieblich orientierten Berufsausbildung gegenüber vollzeitschulischen (Berufs-)Bildungsangeboten auf der gleichen Qualifikationsstufe den potenziellen Vorteil eines reibungsloseren Übergangs an der Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit sich bringt. Den diesbezüglichen Hintergrund bildet das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einer Reihe europäischer Länder, das gerade in den zurückliegenden Krisenjahren wieder deutlich zu Tage getreten ist. Die Ausführungen des dritten Kapitels leiten damit bereits zu **Kapitel 4** über, in welchem der grundsätzliche Arbeitsmarkterfolg von dual qualifizierten Fachkräften im Vordergrund steht. Ausgehend vom Erklärungsansatz der Humankapitaltheorie wird hierbei die ökonomische Vorteilhaftigkeit einer dualen Berufsausbildung sowohl aus individueller als auch aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive diskutiert.

Kapitel 5 setzt sich aus betrieblicher Perspektive mit der Kosten-Nutzen-Relation der dualen Ausbildung auseinander. An dieser Stelle steht folglich die wichtige Frage im Vordergrund, ob und inwieweit ausbildende Betriebe von ihrer Ausbildungsbeteiligung profitieren. Bei der entsprechenden Abwägung wird nicht nur der produktive Beitrag von Auszubildenden zum Unternehmenserfolg berücksichtigt, sondern vor allem auch der längerfristige Ausbildungsnutzen für einen Betrieb, der sich durch die Übernahme eines ehemaligen Auszubildenden und dessen Weiterbeschäftigung als qualifizierte Fachkraft ergibt. Im Rahmen von Kapitel 5 liegt dabei ein besonderer Fokus auf der Lage im Handwerk.

Kapitel 6 untersucht das Finanzierungsmodell des dualen Ausbildungssystems. Diesbezüglich erfolgt zunächst eine Darstellung der verschiedenen Ausgabenbereiche und Finanzierungsträger. Anschließend werden Höhe und Struktur der jährlichen Gesamtausgaben für die duale Ausbildung abgeschätzt, um dann wiederum aus Sicht der öffentlichen Haushalte die hiermit verbundenen Implikationen aufzeigen zu können. **Kapitel 7** behandelt ebenfalls einen finanzpolitisch relevanten Aspekt. Hierbei stehen die direkten und indirekten Kosten im Vordergrund, die aus Sicht des Staates mit alternativen Übergängen in duale Ausbildung verbunden sind. Konkret wird aufgezeigt, welche zusätzliche Belastung für die öffentlichen Haushalte resultiert, wenn ein ausbildungsinteressierter Schulabgänger nicht unmittelbar in eine Berufsausbildung im dualen System einmündet, sondern zunächst am sog. „Übergangssystem“ teilnimmt. Ergänzt wird diese Modellrechnung durch eine Diskussion zur Wirksamkeit von Übergangsmaßnahmen. Abschließend fasst **Kapitel 8** die wesentlichen Untersuchungsergebnisse der Studie zusammen und formuliert verschiedene daraus zu ziehende Schlussfolgerungen.

2. Untersuchungsrahmen

2.1 Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Aufgrund ihrer Organisation ist die duale Berufsausbildung einer gewissen Marktdynamik unterworfen. Das jährliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt stellt daher eine Schlüsselgröße zur Beurteilung der Lage im dualen System dar. Es liefert einerseits einen Hinweis darauf, wie gut die Chancen von ausbildungsinteressierten Jugendlichen hinsichtlich der Realisierbarkeit ihres Ausbildungswunsches einzuschätzen sind. Andererseits kann es Aufschluss darüber geben, ob die Betriebe möglicherweise Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen haben.⁹ Als Bezugsgröße zur Erfassung dieses Indikators dient neben dem für ein Berichtsjahr offiziell ausgewiesenen Ausbildungsplatzangebot die Zahl der Ausbildungsnachfrager. Diese wurde in der Vergangenheit nur anhand der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der Ende September eines Berichtsjahres noch unvermittelten bzw. unversorgten Ausbildungsplatzbewerber errechnet. Vorübergehende Verbleibsmöglichkeiten für Bewerber, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wurden hingegen nicht berücksichtigt („klassische“ Berechnung). Gemäß der neuen und realitätsnäheren Definition werden zur Erfassung der Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt darüber hinaus auch solche Personen als Ausbildungsplatznachfrager erfasst, die trotz eines alternativen Verbleibs (z.B. die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme, ein Praktikum oder der Besuch einer weiterführenden Schule) auch weiterhin an einer dualen Berufsausbildung interessiert sind („erweiterte“ Berechnung).¹⁰

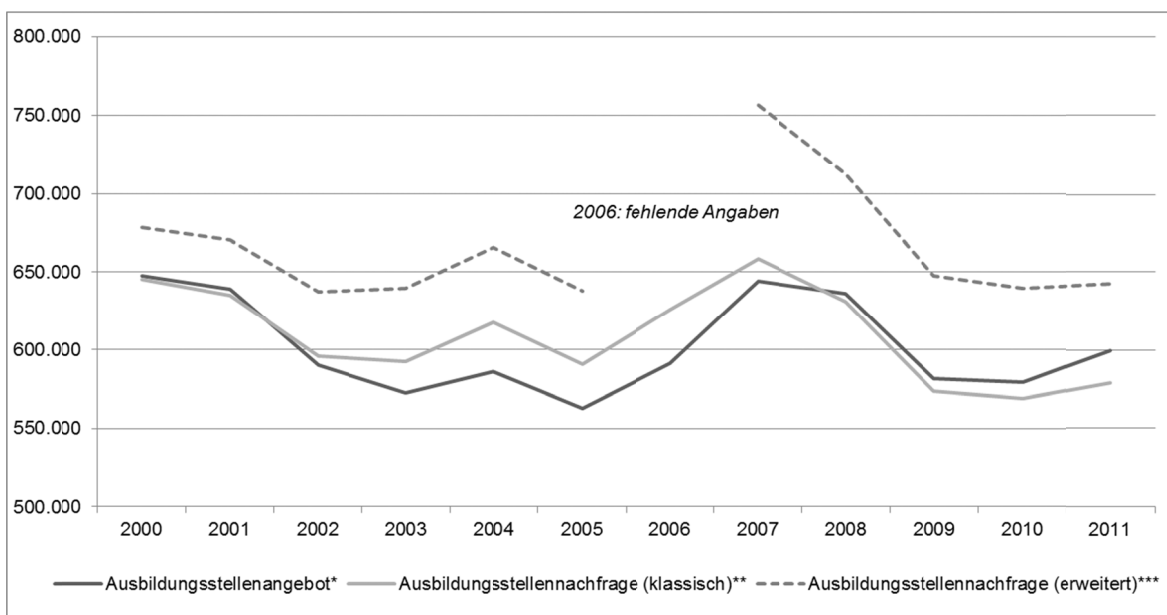
Gemäß der klassischen und insbesondere nach der erweiterten Berechnungsweise lag die Ausbildungsplatznachfrage in Deutschland zwischen 2003 und 2007 deutlich über dem Ausbildungsplatzangebot, was ein Hinweis auf einen bestehenden Ausbildungsstellenmangel ist (vgl. Abb. 2). In der Folgezeit ist die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen vor allem aus demografischen Gründen zurückgegangen, was wiederum zur grundsätzlichen Verbesserung der Ausbildungschancen von Jugendlichen beigetragen hat. Entsprechend verläuft beginnend mit dem Jahr 2008 bis 2011 die klassisch definierte Nachfragekurve relativ eng und zunehmend unterhalb der Angebotskurve. Zudem hat sich auch die erweiterte Ausbildungsplatznachfrage zwischen 2008 und 2011 tendenziell dem Ausbildungsplatzangebot angenähert. Beide Entwicklungen deuten auf wachsende Besetzungspässe in ausbildenden Betrieben hin. Allerdings ist zu betonen, dass es sich bei den in Abb. 2 dargestellten Nachfrage- und Angebotsgrößen um Gesamtaggregate handelt. Es ist daher davon auszugehen, dass es in dieser Zeit auf dem Ausbildungsstellenmarkt je nach Beruf bzw. Berufsgruppe oder in Abhängigkeit von re-

⁹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 107ff.

¹⁰ Vgl. Ulrich, J. (2012), S. 48ff.

gionalen Gegebenheiten entweder zu Problemen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen oder zu einem mangelnden Angebot an Ausbildungsplätzen gekommen ist. Angesichts des nach erweiterter Berechnung immer noch vergleichsweise großen Nachfrageüberhangs dürfte hierbei jedoch ein Ausbildungsstellenmangel im Durchschnitt überwogen haben. Gleichwohl kann von einer relativen Entspannung auf dem dualen Ausbildungsstellenmarkt gesprochen werden.¹¹

Abb. 2: Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland, 2000 bis 2011 (jeweils Angabe der Gesamtzahl)



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 279, Tab. E2-1A auf Grundlage verschiedener Datenquellen, eigene Darstellung

* Neuverträge und bis 30.09. unbesetzt gebliebene, bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldete Stellen

** Abgeschlossene Neuverträge und unvermittelte/unversorgte, bei der BA gemeldete Bewerber

*** Neuverträge und unvermittelte/unversorgte und alternativ eingemündete Bewerber bei aufrechterhaltenem Vermittlungswunsch

Das gleichzeitige Nebeneinander von Ausbildungsstellenmangel und wachsenden Nachwuchsgpässen findet auch bei einer Differenzierung nach Ausbildungsberreichen seine Bestätigung (vgl. Tab. 1). Nach der erweiterten Berechnungsweise wird angesichts von Angebots-Nachfrage-Relationen unter 100 % zunächst für jeden Ausbildungsbereich – wie bei der obigen Gesamtbetrachtung – der Umstand deutlich, dass in den Jahren 2009 und 2011 die Ausbildungsplatznachfrage in der Summe das Ausbildungsplatzangebot überwogen hat. Auf der anderen Seite hat sich die Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 2011 in nahezu allen Ausbildungsbereichen nach klassischer Nachfragedefinition und für verschiedene auch nach

¹¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 107f.

erweiterter Berechnungsweise im Vergleich zu 2009 erhöht. Dies trifft offenbar vor allem auf das Handwerk zu, da dort in beiden Fällen jeweils der größte Anstieg zu verzeichnen ist (vgl. Tab. 1). Aus relativer Perspektive lässt dies für verschiedene Ausbildungsbereiche und vor allem mit Blick auf die Handwerkswirtschaft auf zunehmende Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen schließen.

Tab. 1: Angebots-Nachfrage-Relationen in der dualen Ausbildung, 2009 und 2011, bundesweit nach Ausbildungsbereichen (in %)

Ausbildungsbereich	Angebots-Nachfrage-Relation (klassische Berechnung)*		Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Berechnung)*	
	2009	2011	2009	2011
Industrie und Handel	101,2	103,7	89,3	92,9
Handwerk	101,8	104,4	90,5	95,4
Landwirtschaft	100,8	101,2	91,3	92,8
Freie Berufe	100,9	101,2	90,4	90,5
Öffentlicher Dienst	99,6	100,2	90,7	90,7
Hauswirtschaft	101,0	101,1	93,5	93,0

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 280, Tab. E2-3A auf Grundlage verschiedener Datenquellen

* Lesebeispiel: Im Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ standen 2009 rechnerisch 100 Ausbildungsplatznachfragern jeweils 101,2 Ausbildungsplatzangebote (klassische Berechnung) bzw. 89,3 Ausbildungsplatzangebote (erweiterte Berechnung) gegenüber (vgl. Ulrich, J. (2012), S. 52).

2.2 Ausbildungsverhalten von Jugendlichen

Den jungen Menschen, die jedes Jahr in Deutschland die allgemeinbildenden Schulen verlassen, stehen neben der dualen Ausbildung verschiedene weitere Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung. Die integrierte Ausbildungsberichterstattung erlaubt einen entsprechenden Überblick zu den jährlichen Neuzugängen in den einzelnen Sektoren des Ausbildungsgeschehens.¹² Im Jahr 2011 haben demnach mit einem Anteil von 36,0 % die meisten der Ausbildungsanfänger eine vollqualifizierende Berufsausbildung entweder im dualen System, dem Schulberufssystem oder im Rahmen einer Beamtenausbildung begonnen (742.148 Neuzugänge). Mit 524.778 Anfängern¹³ lag hierbei ein deutlicher Schwerpunkt auf der dualen Ausbildung. Daneben mündeten 14,3 % der Anfänger in den Übergangsbereich¹⁴ ein (294.294 Neuzugänge), worunter verschiedene Maßnahmen und Bildungsgänge erfasst werden, die keinen vollqualifizierenden

¹² Im Folgenden vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 220ff.

¹³ Einschließlich kooperatives Berufsgrundbildungsjahr in Teilzeit.

¹⁴ Siehe Kapitel 7 für eine ausführliche Betrachtung des sog. „Übergangssystems“.

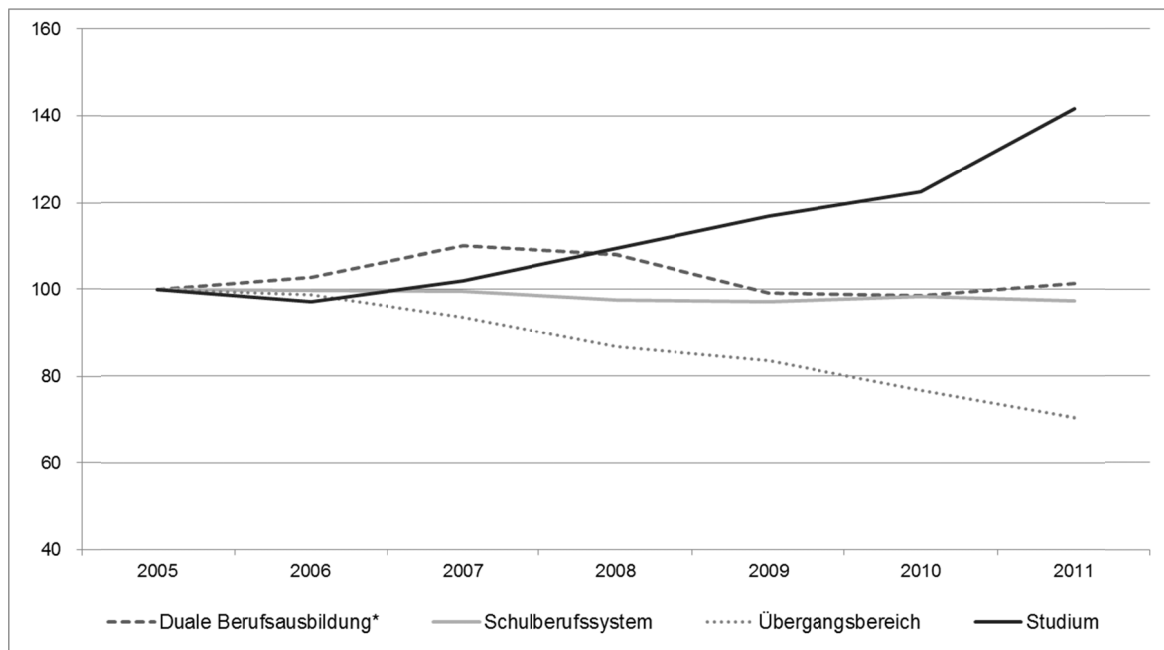
Berufsabschluss vermitteln, sondern Jugendliche bei der Vorbereitung oder Hinführung auf einen solchen unterstützen sollen. Insgesamt 24,5 % der Ausbildungsanfänger wollten 2011 dagegen an einer allgemeinbildenden oder einer beruflichen Schule noch eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben (504.291 Neuzugänge). Ferner haben 25,2 % im Jahr 2011 ein Studium begonnen (519.271 Neuzugänge).

Anhand der integrierten Ausbildungsberichterstattung kann zudem die Entwicklung einzelner Bildungsbereiche im Zeitverlauf nachvollzogen werden (vgl. Abb. 3). Die Anfängerzahl des dualen Ausbildungssystems ist demnach im Zeitraum zwischen 2006 und 2008 erst angewachsen und hat sich nach einem anschließenden Rückgang bis zum Jahr 2011 ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2005 eingependelt. Die Gesamtzahl der Anfänger im Schulberufssystem ist zwischen 2005 und 2011 weitgehend konstant geblieben (2011: 210.054 Neuzugänge). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es innerhalb dieses Teilsektors des beruflichen Ausbildungssystems während dieser Zeit starke strukturelle Verschiebungen gegeben hat. So haben sich im Zeitraum 2005 bis 2011 z.B. die Anfängerzahlen in vollqualifizierenden Bildungsgängen an Berufsfachschulen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) um rund 48 % verringert. Mit 40,3 % fiel in dieser Zeit der Rückgang bei den Neuzugängen in vollqualifizierenden Bildungsgängen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO ähnlich hoch aus. Die in quantitativer Hinsicht weitaus bedeutsameren Anfängerzahlen der schulischen Ausbildungsberufe des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens haben hingegen zwischen 2005 und 2011 einen Zuwachs von 12,3 % erfahren.

Daneben sind zwei Strukturentwicklungen innerhalb des Ausbildungsgeschehens besonders auffällig. Erstens hat sich bis 2011 im Vergleich zu 2005 die Zahl der Studienanfänger um 41,8 % erhöht. In diesem Fall ist zwar ein besonders starker Anstieg gerade im Jahr 2011 zu verzeichnen (vgl. Abb. 3), was auf die „doppelten Abiturjahrgänge“ in Niedersachsen und Bayern zurückzuführen ist. Dennoch hat der Anfängeranteil des Sektors „Studium“ seit 2006 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen, was den allgemeinen Trend zum Erwerb von höheren Bildungsabschlüssen widerspiegelt. Zweitens sind die Einmündungen in den Übergangsbereich im Zeitraum 2005 bis 2011 kontinuierlich um insgesamt 29,5 % gesunken. Dieser Rückgang dürfte u.a. mit dem Umstand zusammenhängen, dass sich in den vergangenen Jahren die Ausbildungschancen von Jugendlichen angesichts der relativen Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt verbessert haben (vgl. Abschnitt 2.1). Zwischen 2005 und 2011 ist z.B. der Anteil der 15- bis 19-Jährigen an der Gesamtbevölkerung relativ stark gesunken (-15 %). Typischerweise ist gerade in dieser Altersgruppe der Anteil derjenigen, die am Übergangsbereich teilnehmen, überdurchschnittlich hoch.¹⁵

¹⁵ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2011), S. 239ff; Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 222ff und S. 229f.

Abb. 3: Entwicklung der Anfängerzahlen in ausgewählten Bereichen des Ausbildungsgeschehens, 2005 bis 2011 (2005 = 100)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 224f auf Grundlage der integrierten Ausbildungsberichterstattung, eigene Darstellung

* Einschließlich kooperatives Berufsgrundbildungsjahr in Teilzeit

Es ist somit deutlich geworden, dass die Zahl der Jugendlichen, welche in Deutschland jährlich eine duale Berufsausbildung beginnen, nach wie vor hoch ist. Dennoch können nicht alle jungen Menschen ihren Wunsch nach einer Ausbildung im dualen System realisieren. Dies kann einerseits auf berufsspezifische oder regionale Besonderheiten zurückzuführen sein, die in konkreten Fällen zu Disparitäten zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage führen. Strukturell bedeutsamer sind jedoch die großen Schwierigkeiten bestimmter Gruppen von ausbildungsinteressierten Jugendlichen, selbst in konjunkturell günstigen Zeiten einen Ausbildungsplatz zu finden.¹⁶

Einen Eindruck dahingehend, welche Einflussfaktoren mögliche Probleme bei der Ausbildungssuche begünstigen, vermitteln die Ergebnisse der regelmäßig vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) durchgeführten repräsentativen Befragungen von Schulabgängern. Die im Herbst eines jeweiligen Berichtsjahres befragten Jugendlichen äußern sich hierbei nicht nur hinsichtlich ihres zum Befragungszeitpunkt realisierten Bildungsweges, sondern sie geben auch retrospektiv Auskunft zu ihren beruflichen Plänen im vorangegangenen Frühjahr. Auf dieser Grundlage lässt sich für einzelne Jahre bestimmen, wie hoch der Anteil derjenigen Schulabgänger ist, die sich im jeweiligen Frühjahr für eine betriebliche Ausbildung

¹⁶ Vgl. Seibert, H. und Kleinert, C. (2009), S. 2.

interessiert hatten und im folgenden Herbst dann tatsächlich eine Berufsausbildung im dualen System (betrieblich oder außerbetrieblich) begonnen haben.

Tab. 2: Einmündungsquote in die duale Berufsausbildung von Schulabgängern, die sich jeweils im Frühjahr eines Jahres für eine betriebliche Ausbildung interessiert hatten, nach ausgewählten Merkmalen (in %)

	2006	2008	2010
Gesamt	52	53	54
Geschlecht			
männlich	57	59	60
weiblich	45	44	47
Region			
alte Länder	51	52	53
neue Länder einschl. Berlin	53	54	61
Migrationshintergrund			
ohne Migrationshintergrund	54	58	60
mit Migrationshintergrund	42	33	37
Schultyp			
allgemeinbildende und berufliche Schule*	50	52	59
berufliche Vollzeitschule im Übergangsbereich**	56	54	44
Schulabschluss			
Hauptschulabschluss	50	44	49
mittlerer Bildungsabschluss	53	64	59
Hoch-/Fachhochschulreife	54	48	58

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (2011), S. 90 auf Grundlage der BIBB-Schulabgängerbefragungen (gewichtete Daten)

* Haupt-, Real-, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

** Teilqualifizierende Berufsfachschule (ein- oder zweijährig), Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

Insgesamt hat in den betrachteten Berichtsjahren jeweils etwas mehr als die Hälfte der befragten Schulabgänger, die im Frühjahr eine duale Ausbildung angestrebt hatten, eine solche im folgenden Herbst auch angetreten (vgl. Tab. 2). Im Jahr 2010 lag dieser Anteil z.B. bei 54 %. Dies bedeutet eine leichte Erhöhung im Vergleich zu den Vorjahren, was auf die oben diskutierte Verbesserung der Ausbildungschancen von Jugendlichen hinweisen könnte. Die Realisierungswahrscheinlichkeit eines Ausbildungswunsches hängt dabei von unterschiedlichen Faktoren ab. So nehmen z.B. weibliche Jugendliche, die sich ursprünglich für eine duale Ausbildung interessiert haben, stattdessen in der Regel überdurchschnittlich häufig eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung bzw. ein Studium auf. Ein anderes Beispiel ist der Wohnort eines Schulabgängers. In Ostdeutschland hat sich die Realisierungswahrscheinlichkeit eines Ausbildungswunsches gegenüber West-

deutschland im Zeitablauf deutlich verbessert, was vor allem auf den starken, demografisch bedingten Rückgang an ausbildungsinteressierten Personen in den neuen Ländern zurückzuführen ist.¹⁷

Differenziert nach weiteren Merkmalen fällt daneben auf, dass sich für bestimmte Gruppen von Schulabgängern eine erfolgreiche Integration in das duale Ausbildungssystem relativ schwierig gestaltet. Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche mit Hauptschulabschluss hatten im Zeitraum 2006 bis 2010 stets schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz (vgl. Tab. 2). Ein vergleichsweise hoher Anteil entsprechender Ausbildungsinteressierter mündet statt in das duale System zunächst in den Übergangsbereich ein (2010: Schulabgänger mit Migrationshintergrund: 17 %; Schulabgänger mit Hauptschulabschluss: 19 %¹⁸). Hinsichtlich der Absolventen von vollzeitschulischen Maßnahmen des Übergangsbereichs, die eine duale Ausbildung aufnehmen möchten, zeigt sich im Betrachtungszeitraum wiederum ein Negativtrend. Die entsprechenden Schulabgänger hatten im Jahr 2006 offenbar noch vergleichsweise gute Realisierungsmöglichkeiten (56 %). Im Jahr 2010 lag diese Quote nur noch bei 44 % und damit deutlich unter derjenigen von anderen Schultypen. Hieran dürfte einerseits die demografisch bedingte Verbesserung der Ausbildungschancen von Jugendlichen zum Ausdruck kommen, da diese dazu beiträgt, dass sich die Teilnehmer des Übergangsbereichs tendenziell zunehmend aus Jugendlichen mit tatsächlichem Förderbedarf rekrutieren. Andererseits könnten die im Übergangsbereich erworbenen beruflichen Qualifikationen häufig nicht ausreichen, um ausbildungsinteressierten Jugendlichen die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung zu ermöglichen.¹⁹

2.3 Ausbildungsbeteiligung von Betrieben

In den vorangegangenen beiden Abschnitten wurde deutlich, dass die Nachfrage nach einer Berufsausbildung im dualen System nach wie vor hoch ist. Angesichts ihrer zentralen Stellung für das Ausbildungsplatzangebot ist im Rahmen des vorliegenden Kapitels zusätzlich die Frage von Interesse, wie sich die betriebliche Ausbildungsbeteiligung darstellt. Ein wesentlicher Indikator zur Erfassung des Anteils der Betriebe, die sich jährlich an der dualen Ausbildung beteiligen, ist die „Ausbildungsbetriebsquote“. Sie misst den Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben in Deutschland mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (inkl. der Ausbildungsbetriebe). Im Falle der nicht-ausbil-

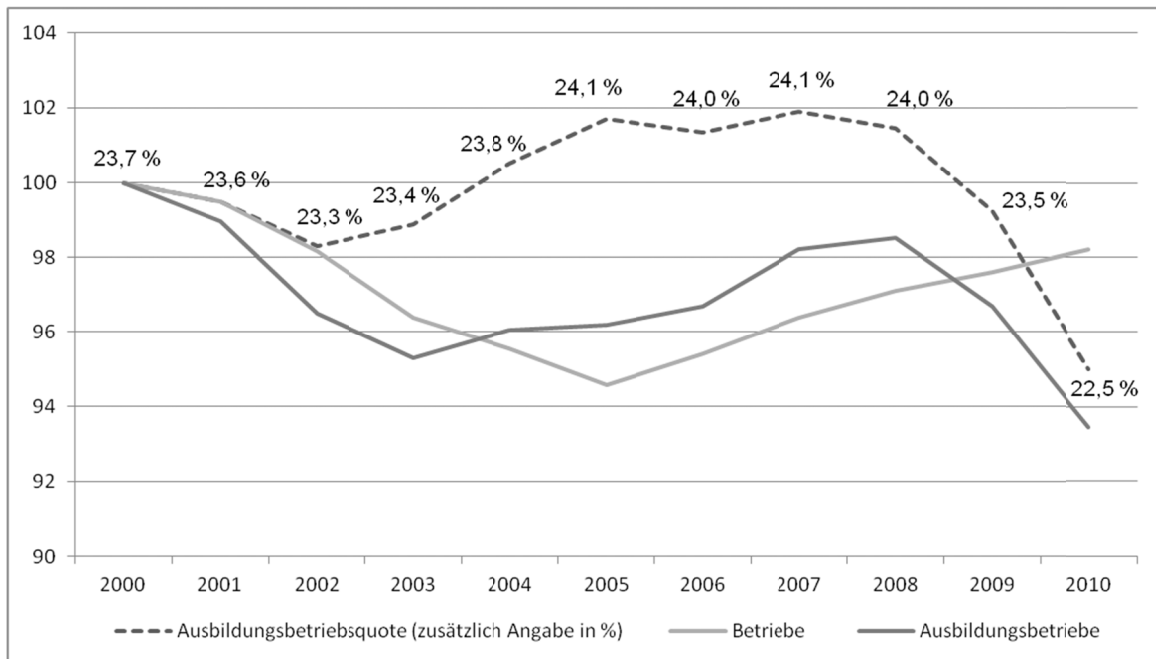
¹⁷ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2011), S. 89f.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 91.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 90f.

denden Betriebe wird dabei nicht nach dem tatsächlichen Vorliegen einer Ausbildungsberechtigung differenziert.²⁰

Abb. 4: Entwicklung der Ausbildungsbetriebsquote in Deutschland, 2000 bis 2010 (2000 = 100)



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 275, Tabelle E3-2A und Bundesinstitut für Berufsbildung (2012c), S. 12f, Tabellen A4.10.1-1 bis A4.10.1-3 auf Grundlage der Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Stichtag jeweils 31. Dezember)

Im Jahr 2010 haben von den bundesweit knapp 2,1 Mio. Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis etwas weniger als 469.000 selbst ausgebildet. Die entsprechende Ausbildungsbetriebsquote belief sich auf 22,5 %. Die vorangegangene Entwicklung wird anhand von Abb. 4 ersichtlich. Hieran zeigt sich zunächst eine gewisse Stabilität der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung, da im Zeitraum 2000 bis 2010 kontinuierlich etwas weniger als ein Viertel aller Betriebe selbst ausgebildet hat. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass für die betriebliche Ausbildungsentscheidung ein mittel- bis langfristiger Entscheidungshorizont von größerer Bedeutung ist als eher kurzfristig orientierte Kostenkalküle. Allerdings ist die betriebliche Ausbildungsbeteiligung zwischen 2008 und 2010 relativ deutlich zurückgegangen, wobei die entsprechende Quote in Ostdeutschland stärker gesunken ist als in den alten Ländern. Grund hierfür ist der Umstand, dass sich beginnend mit dem Jahr 2008 der Gesamtbestand der Betriebe und die Zahl der Ausbildungsbetriebe gegenläufig zueinander entwickelt ha-

²⁰ Vgl. Hucker, T. und Troltsch, K. (2012), S. 39ff. Ein alternativer, an dieser Stelle jedoch nicht behandelter Indikator zur Erfassung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung ist die „Ausbildungsquote“. Sie misst den Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (inkl. der Auszubildenden).

ben (vgl. Abb. 4). Zudem fiel in diesen Jahren der prozentuale Bestandsverlust bei den Ausbildungsbetrieben vor allem aufgrund der Entwicklung in den neuen Ländern deutlich größer aus als der Bestandszuwachs bei allen Betrieben. Beide Effekte haben eine negative Auswirkung auf die rechnerische Höhe der Ausbildungsquote.²¹

Der Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung könnte mit den im gleichen Zeitraum gewachsenen Nachwuchsgpässen am Ausbildungsstellenmarkt zusammenhängen (vgl. Abschnitt 2.1). Denn angesichts dieser Entwicklung liegt die Vermutung nahe, dass sich einige Betriebe aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen zumindest vorübergehend aus der dualen Berufsausbildung zurückgezogen haben oder sich zurückziehen mussten.²²

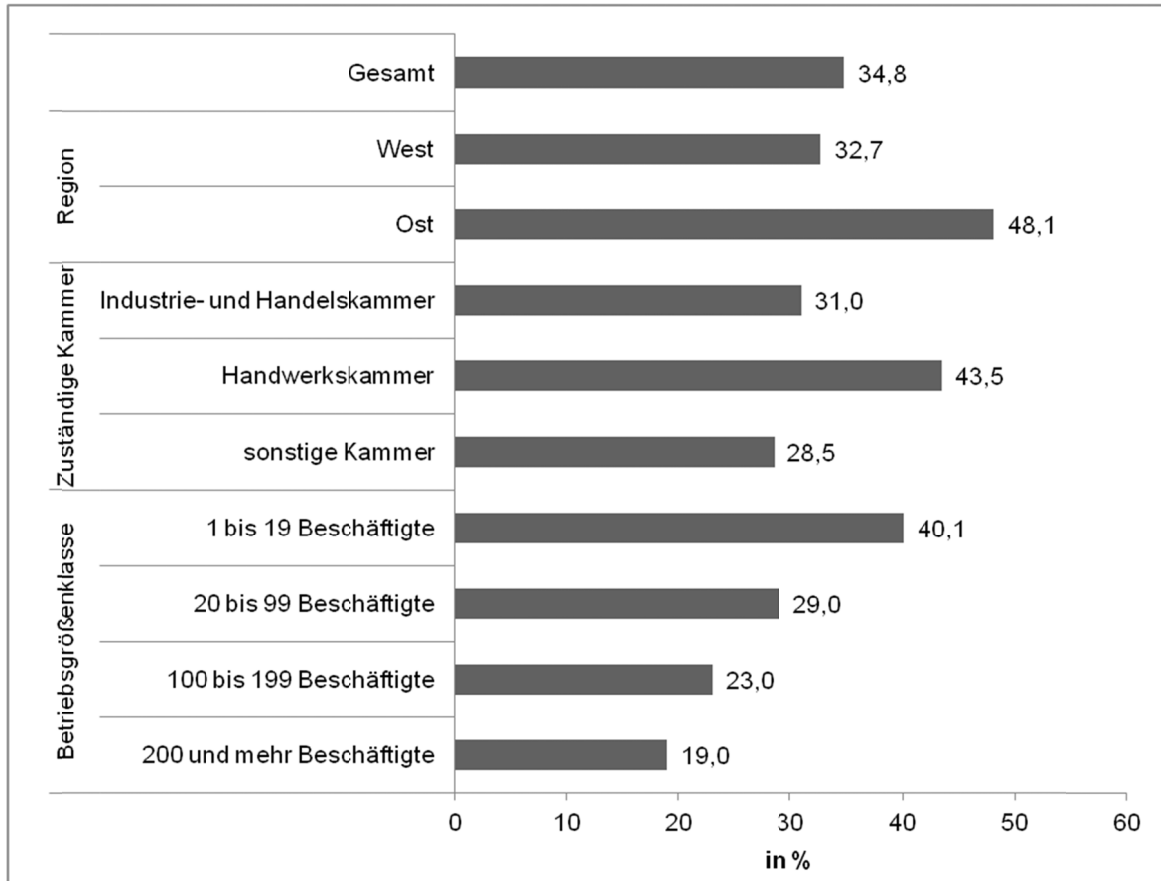
Informationen dahingehend, welche Ausbildungsbetriebe in jüngster Zeit stärker mit Rekrutierungsproblemen zu kämpfen hatten als andere (und bei denen daher ein Ausbildungsverzicht am ehesten wahrscheinlich erscheint), liefern die Ergebnisse des BIBB-Qualifizierungspanel 2011. Hierbei handelt es sich um eine im Frühjahr 2011 durchgeführte repräsentative Erhebung zur Lage am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt, an der 2.000 Betriebe teilgenommen haben.²³ Auf dieser Grundlage wurde für das Ausbildungsjahr 2010/2011 ermittelt, dass knapp 35 % der ausbildenden Betriebe ihre neu angebotenen Ausbildungsstellen entweder teilweise oder vollständig nicht besetzen konnten (vgl. Abb. 5). In Ostdeutschland war mit 48,1 % der Anteil der Betriebe mit Problemen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen überdurchschnittlich hoch. Daneben konnten vor allem Handwerksbetriebe ihre Ausbildungsstellen häufig nicht besetzen, was – in Übereinstimmung zu den Ausführungen in Abschnitt 2.1 – auf die wachsenden Nachwuchsgpässe im handwerklichen Ausbildungsbereich verweist. Ein Erklärungsgrund für diesen Umstand dürfte u.a. die kleinbetrieblich geprägte Unternehmensgrößenstruktur des Handwerks sein. Denn zwischen der Größe eines Betriebs und der Wahrscheinlichkeit von Problemen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen besteht den Ergebnissen nach ein negativer Zusammenhang. In der Größenklasse der Kleinst- und Kleinbetriebe mit maximal 19 Beschäftigten lag der Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen bei 40,1 % und damit deutlich über dem Durchschnitt.

²¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 105f; Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 189f, Bundesinstitut für Berufsbildung (2012c), S. 13ff.

²² Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 204.

²³ Vgl. ebd., S. 204ff.

Abb. 5: Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011, insgesamt und nach ausgewählten Merkmalen (in %)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 207 auf Grundlage des BIBB-Qualifizierungspanel 2011

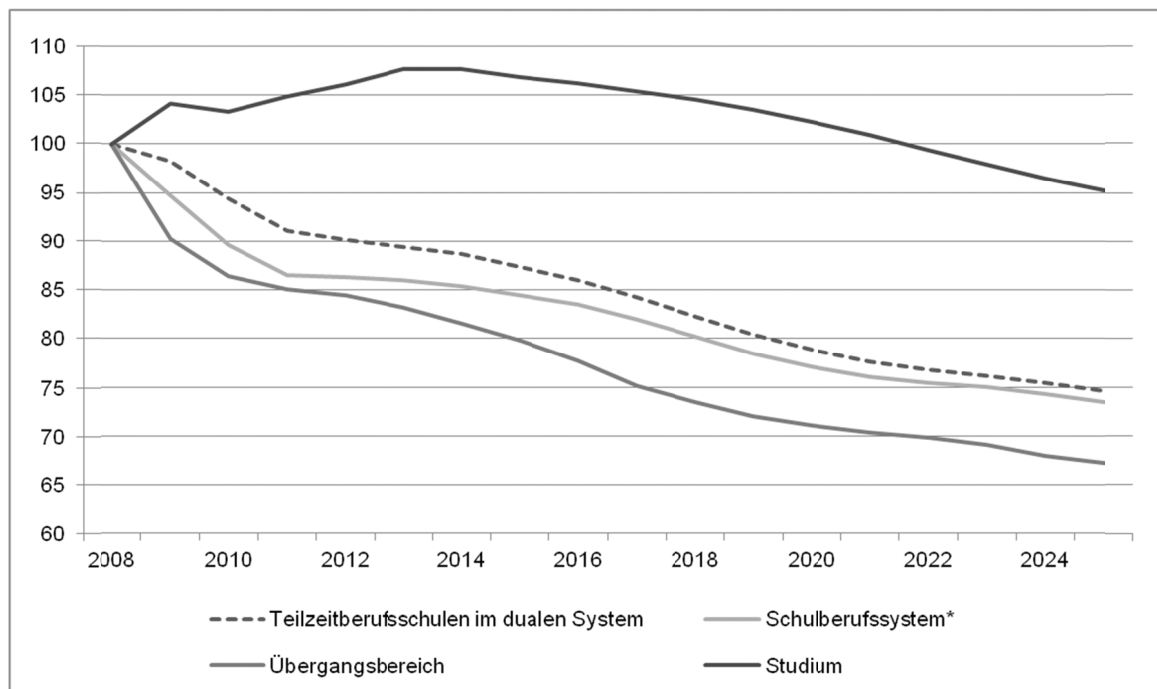
2.4 Vorausberechnungen zur zukünftigen Entwicklung der dualen Ausbildung

Der demografisch bedingte Rückgang der Schulabgänger wird in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach einen prägenden Einfluss auf die Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt ausüben. Verschiedene vorliegende Untersuchungen gehen dabei konkret der Frage nach, wie sich zukünftig in Deutschland die duale Berufsausbildung entwickeln könnte. Die Basisvariante der Bildungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (Ausgabe 2010) liefert in diesem Zusammenhang zunächst für den Zeitraum 2008 bis 2025 eine Abschätzung der potenziellen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Teilnehmerzahlen im dualen System und in anderen Bereichen des Ausbildungsgeschehens (vgl. Abb. 6).

Nach den Ergebnissen der Bildungsvorausberechnung 2010 müssen sowohl das duale System, das Schulberufssystem und der Übergangsbereich in den kommenden Jahren mit sinkenden Teilnehmerzahlen rechnen. Der Umfang des vo-

rausberechneten Rückgangs fällt jedoch unterschiedlich groß aus. Im Falle der dualen Ausbildung würden zwischen den Schuljahren 2008/2009 und 2025/2026 die Teilnehmerzahlen um 25,4 % zurückgehen. Im Falle des Schulberufssystems und des Übergangsbereichs würden sich im gleichen Zeitraum die Rückgänge auf -26,6 % bzw. -32,8 % belaufen. Die zu Vergleichszwecken ebenfalls in Abb. 6 dargestellte Vorausberechnung der Studierendenzahl stellt sich hingegen anders dar. Diesbezüglich wäre nach einem Anstieg mit einem Höhepunkt in den Jahren 2013 bzw. 2014 von einem demografisch bedingten Rückgang bis 2025 in Höhe von rund 5 % im Vergleich zum Ausgangsjahr 2008 auszugehen.

Abb. 6: Vorausberechnungen zur Teilnehmerzahl in ausgewählten Sektoren des Ausbildungsgeschehens, Basisvariante der Bildungsvorausberechnung 2010, 2008 bis 2025 (2008 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2010), S. 64 und S. 68 auf Grundlage der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und der jeweiligen Bildungsstatistiken

* Einschließlich Schulen des Gesundheitswesens

Bei allen vier Vorausberechnungen ist zu berücksichtigen, dass es sich im Kern um eine Fortschreibung von Status-quo-Bedingungen handelt, die nicht zwangsläufig die tatsächliche zukünftige Entwicklung widerspiegeln muss. So wird im Rahmen der Bildungsvorausberechnung 2010 hinsichtlich des Wechsels von allgemeinbildenden auf berufliche Schulen von einem konstanten Übergangsverhalten der Schulabgänger ausgegangen. Zudem liegt den Vorausberechnungen z.B.

die Annahme einer konstanten Anfängerverteilung zwischen den drei Teilsegmenten des beruflichen Ausbildungssystems zu Grunde.²⁴

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 176f hat ebenfalls bezogen auf den Zeitraum 2008 bis 2025 eine Modellprojektion zur künftigen Entwicklung der einzelnen Teilsegmente des beruflichen Ausbildungssystems vorgelegt. Dieser zufolge würden sich die Anfängerzahlen im dualen System und im Schulberufssystem bis 2025 nur um 4 bis 5 Prozentpunkte verringern, wohingegen der Übergangsbereich bis zum Ende des Projektionszeitraums nahezu verschwinden würde. Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, dass sich unter den veränderten Bedingungen am Ausbildungsstellenmarkt (vgl. Abschnitt 2.1) auch das Ausbildungsverhalten von Jugendlichen und Betrieben verändern dürfte. Die Neuzugänge im dualen System könnten demnach durch einen Abbau des Übergangsbereichs auf einem weitgehend stabilen Niveau gehalten werden.

Neben der demografischen Entwicklung der Schulabgängerzahlen berücksichtigt diese Projektion zusätzlich den zukünftigen Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wird das Ausbildungsplatzangebot im dualen System für den Zeitraum ab 2010 in Höhe des Durchschnitts der Jahre 2007 bis 2009 als konstanter Wert fortgeschrieben (620.974 Ausbildungsplätze).²⁵ Den Hintergrund für diese Annahme bildet die Projektion von Hummel u. a. (2010), S. 95ff zum qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarf bis 2025 (vgl. Abb. 7). Denn differenziert nach höchstem erreichten Ausbildungsabschluss bleibt demnach in den kommenden Jahren der Bedarf an Erwerbstätigen mit beruflicher Ausbildung auf der mittleren Qualifikationsstufe mit einem Anteil von etwa 53 bis 54 % nahezu konstant. Die duale bzw. vollzeitschulische Berufsausbildung wird somit auch zukünftig die wichtigste Ausbildungsform in Deutschland darstellen. Der zunehmende Fachkräftebedarf aufgrund des Wandels hin zu anspruchsvolleren Tätigkeiten zeigt sich anhand dieser Projektion daneben durch einen relativ starken Rückgang des Bedarfs an Arbeitskräften ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Hier erwarten die Autoren über alle Qualifikationsstufen prozentual gesehen die größte Veränderung (vgl. Abb. 7).

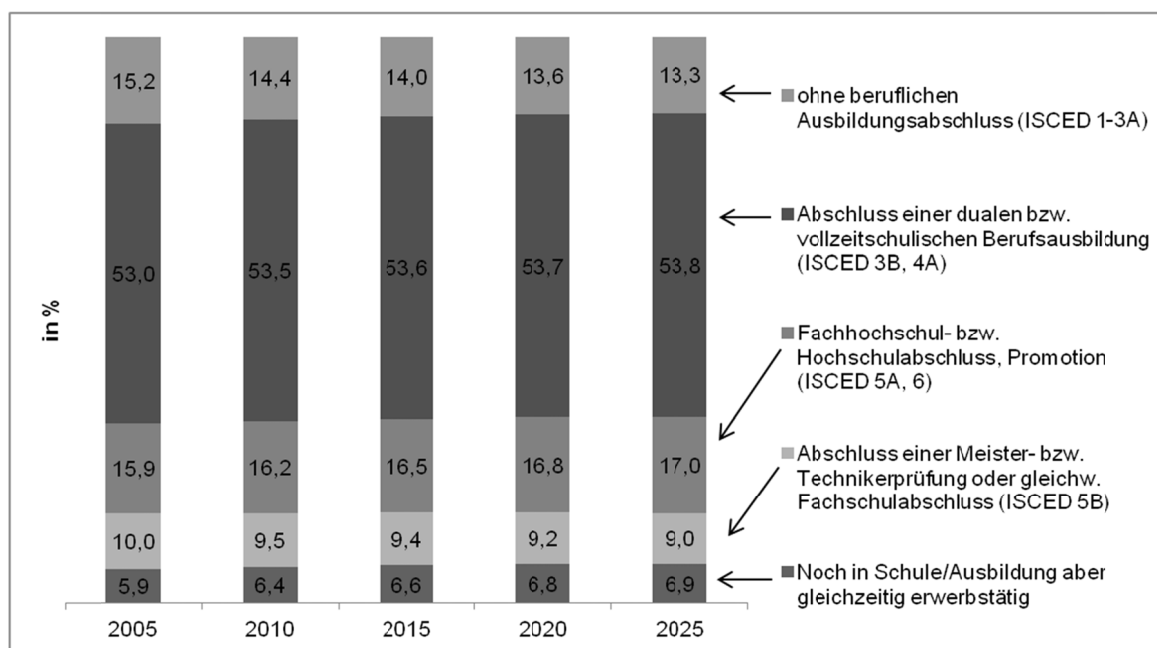
In der Modellprojektion der Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010) wird folglich der wichtige Zusammenhang zwischen der Höhe des Ausbildungsplatzangebots im dualen System und der quantitativen Entwicklung des Übergangsbereichs betont. Denn umso mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, desto eher dürften sich die Neuzugänge im Übergangsbereich nur aus Jugendlichen mit tatsächlichem Förderbedarf zusammensetzen. Allerdings fiel der Rückgang des Übergangsbereichs bisher geringer aus als von der Autorengruppe projiziert. Denn

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2010), S. 22ff und S. 32ff. Die Zuordnung der einzelnen Schularten zu den drei Teilsegmenten des beruflichen Ausbildungssystems orientiert sich an der Abgrenzungssystematik der integrierten Ausbildungsberichterstattung.

²⁵ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 176 und S. 327.

im Zeitraum 2008 bis 2011 hätten sich demnach die Anfängerzahlen im Übergangsbereich bereits um rund 40 % verringern müssen. Tatsächlich fiel der Rückgang mit ca. 19 % zwar durchaus deutlich, aber dennoch geringer aus. Ein Grund hierfür ist darin zu sehen, dass sich das Ausbildungsangebot im dualen System in den Jahren 2010 und 2011 auf 580.000 bzw. 600.000 Ausbildungsplätze und nicht wie in der Projektion unterstellt auf 621.000 Plätze belaufen hat. Auf der anderen Seite könnte die dem Übergangsbereich innewohnende Existenzlogik stärker sein als vermutet. Dies einerseits deshalb, weil die Möglichkeiten zum Erwerb der notwendigen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Berufsausbildung oder zur Verbesserung eines allgemeinbildenden Schulabschlusses die Teilnahme am Übergangsbereich für einen Teil der Jugendlichen auch zukünftig interessant machen dürften. Des Weiteren ist nicht ausgeschlossen, dass die Bildungsanbieter im Übergangsbereich versuchen, zur Sicherung ihrer Einrichtungen den Rückgang der entsprechenden Teilnehmerzahlen durch möglichst attraktive Angebote an Jugendliche zumindest abzumildern.²⁶

Abb. 7: Arbeitskräftebedarf bis 2025 nach Qualifikationsniveau (in %)



Quelle: Hummel, M. u. a. (2010), S. 99 auf Grundlage des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes

* ISCED = International Standard Classification of Education

²⁶ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 12, S. 224 und S. 381; Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 177. Siehe Abschnitt 7.1 für eine alternative Abschätzung der zukünftigen Anfängerzahl im Übergangsbereich, die neben der weiteren Entwicklung der Schulabgängerzahlen unterschiedliche Szenarien zum Ausbildungsplatzangebot berücksichtigt.

Im Rahmen ihrer Analyse zur längerfristigen Entwicklung der dualen Ausbildung verfolgen Maier u. a. (2011) einen anderen Ansatz. Ihr erklärtes Ziel ist das Abstecken eines Projektionskorridors zur Beschreibung der voraussichtlichen Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im dualen System bis zum Jahr 2020. Den diesbezüglichen Ausgangspunkt bildet die Beobachtung, dass die in der Vergangenheit in einzelnen Jahren unterschiedlich gut gewesenen Chancen von Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz anhand der Relation zwischen den Schulabgängerzahlen und den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen abzulesen waren. Angesichts der demografisch bedingten Rückgänge bei den Schulabgängern wäre es nach Ansicht der Autoren daher entscheidend, wie sich die Einmündungsquote in das duale System zukünftig entwickelt. Um in diesem Zusammenhang den angestrebten Projektionskorridor zu umreißen, wählen sie bzgl. der weiteren Entwicklung der neuen Verträge zwei unterschiedliche Szenarien. Ersteres geht von einer im Zuge der sinkenden Schulabgängerzahlen besonders günstig ausfallenden Erhöhung der Einmündungsquote in das duale System aus. Das zweite Szenario basiert im Vergleich dazu von einer etwas pessimistischeren Entwicklung der Ausbildungschancen von Jugendlichen.²⁷

Nach den Ergebnissen der Projektion von Maier u. a. (2011), S. 7 würde zwischen 2009 und 2020 im Falle der optimistischeren Variante (Szenario 1) die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 5,5 % zurückgehen. Gemäß der anderen Projektionsvariante (Szenario 2) wäre hingegen für das Jahr 2020 im Vergleich zum Ausgangsjahr von einem Rückgang der Ausbildungsverträge um 17 % auszugehen. Grundsätzlich rechnen diese Autoren also ebenfalls mit einem Rückgang der Auszubildendenzahl im dualen System. Mit Blick darauf, welche Entwicklung in der Realität tatsächlich eintreten wird, gehen sie ferner von einem Verlauf irgendwo „zwischen diesen beiden Extremszenarien“ (ebd., S. 7) aus. Ob dieser dann eher an der oberen oder näher an der unteren Projektionsvariante liegen wird, sei insbesondere davon abhängig, inwieweit die Betriebe in der Lage sind, das Begabungspotenzial von solchen Jugendlichen besser auszuschöpfen, für die sich eine erfolgreiche Integration in das duale Ausbildungssystem bisher noch relativ schwierig gestaltet (vgl. Abschnitt 2.2).

Dass in diesem Zusammenhang zumindest rein rechnerisch auch in Zukunft ein großer Möglichkeitsspielraum besteht, zeigt eine von Maier u. a. (2011), S. 7f ergänzend durchgeführte Projektion zur Entwicklung des grundsätzlichen Nachfragepotenzials am Ausbildungsstellenmarkt. Als Grundlage für diese Vorausberechnung dienen ihnen die vorliegenden Prognosen zu den Schulabgängerzahlen und die hochgerechneten Ergebnisse der BIBB-Schulabgängerbefragungen zum Anteil

²⁷ Beim ersten Szenario wird, differenziert nach Schulabschlüssen, die höchste Einmündungsquote im Zeitraum 1992 bis 2009 zu Grunde gelegt. Das zweite Szenario unterstellt dagegen für einzelne Schulabschlüsse die durchschnittliche Einmündungsquote zwischen den Jahren 2000 und 2009 (also ein Jahrzehnt, in dem die Ausbildungschancen von Jugendlichen im Durchschnitt deutlich schlechter waren als in den 1990er Jahren; vgl. Maier, T. u. a. 2011, S. 7).

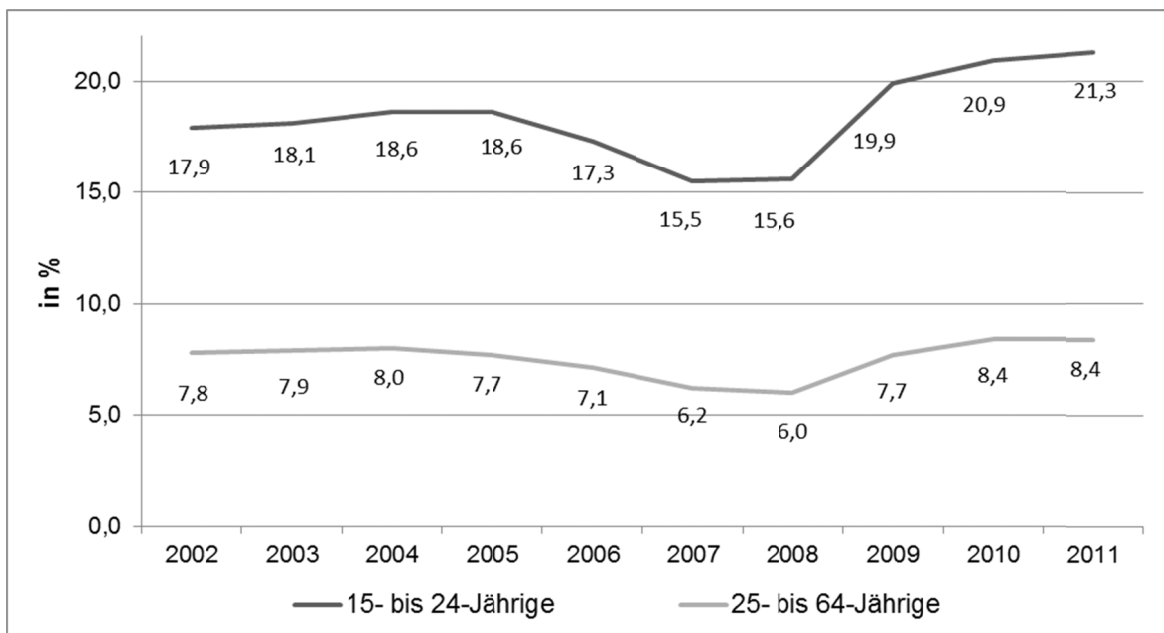
der Jugendlichen, die jeweils in einem Berichtsjahr eine duale Ausbildung anstreben. Den Ergebnissen nach werden den Betrieben im Falle beider Projektionsvarianten zur Entwicklung der neuen Ausbildungsverträge (Szenario 1 und 2) bis 2020 noch mehr als ausreichend ausbildungsinteressierte Schulabgänger zur Verfügung stehen.

3. Jugendarbeitslosigkeit und die Rolle der dualen Ausbildung

3.1 Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Ein prägendes Kennzeichen der Krisenjahre ab 2008 stellt die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa dar. Zwischen 2008 und 2011 hat sich etwa die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in der Europäischen Union von 15,6 % auf 21,3 % erhöht (vgl. Abb. 8). Dieser relative Anstieg fiel damit zwar ähnlich stark aus wie bei den Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren im gleichen Zeitraum (von 6 % auf 8,4 %). Absolut gesehen ist die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen aber im Durchschnitt deutlich höher als im Falle der Älteren, was auf eine mit hohen Risiken behaftete Beschäftigungssituation speziell von jungen Nachwuchskräften schließen lässt. Eine differenzierte Betrachtung macht indes deutlich, dass mit Blick hierauf zwischen einzelnen europäischen Ländern große Unterschiede bestehen (vgl. Tab. 3).

Abb. 8: Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union (EU 27) nach Alter, 2002-2011



Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

Im Jahr 2011 wurde die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in den Niederlanden mit 7,6 % gemessen gefolgt von Österreich und Deutschland mit 8,3 % bzw. 8,6 %. Am anderen Ende der Skala stehen dagegen Griechenland und Spanien, in denen im gleichen Jahr fast die Hälfte der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet war. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sich in einzelnen Ländern in Abhängigkeit vom jeweiligen Bildungssystem die Anteile der Jugendlichen, die sich entweder in einer betrieblichen oder einer vollzeit-

schulischen bzw. akademischen Ausbildungsform befinden, mitunter deutlich voneinander unterscheiden. Teilnehmer einer betrieblich orientierten Ausbildung (wie z.B. im Falle des dualen Systems in Deutschland) werden dabei als Erwerbstätige erfasst und fließen somit in die Berechnungsgrundlage der Jugendarbeitslosenquote mit ein. Am Bildungssystem teilnehmende jugendliche Nichterwerbspersonen (also z.B. Studierende oder Teilnehmer einer vollzeitschulischen Berufsausbildung) werden hingegen bei der Berechnung der Arbeitslosigkeit ausgeklammert.²⁸

Ein alternativer Indikator zur Beurteilung der Situation von Jugendlichen ist daher der Anteil derjenigen Personen an der gesamten Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen, die weder erwerbstätig sind noch eine schulische, akademische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung absolvieren (die sog. NEET-Rate; vgl. Tab. 3). Hieran zeigt sich, dass sich im Jahr 2011 die Lage der jungen Menschen in Krisenländern wie Griechenland oder Spanien zwar insgesamt gesehen weniger dramatisch dargestellt hat als die dortige Höhe der Jugendarbeitslosigkeit zunächst vermuten lässt. Gleichwohl spiegeln die hohen Jugendarbeitslosenquoten dieser Länder eine problematische Arbeitsmarktposition von Jüngeren wider.

Einen Hinweis darauf, wie schwer in einem Land gerade Jugendlichen der Eintritt in das Erwerbsleben fällt, liefert dabei die Relation der Arbeitslosigkeit der jüngeren zu derjenigen der älteren Erwerbsgruppe. Umso höher dieser Wert ausfällt, desto größer ist das länderspezifische Arbeitslosigkeitsrisiko von jungen Menschen einzuschätzen. Bezogen auf das Jahr 2011 weist Deutschland diesbezüglich mit 1,5 den niedrigsten Wert unter den betrachteten Ländern auf (vgl. Tab. 3). Die Integration von jungen Nachwuchskräften in Beschäftigung gelingt hierzulande demnach vergleichsweise reibungslos. Ein wesentlicher Faktor zur Erklärung dieses Umstands dürfte sein, dass das duale Ausbildungssystem mit seiner hohen Teilnehmerzahl und seiner großen Nähe zum Arbeitsmarkt für viele deutsche Jugendliche den Übergang zwischen Schule und Erwerbstätigkeit erleichtert.²⁹ Allerdings handelt es sich bei der relativen Jugendarbeitslosigkeit nur um eine grobe Messgröße zur Beurteilung der dahinterstehenden Übergangsprozesse, die streng genommen noch keine unmittelbare Aussage zur diesbezüglichen Rolle der dualen Ausbildung zulässt.³⁰ Zudem fällt das entsprechende Ergebnis bei anderen Ländern mit langer Tradition im Bereich der dualen Ausbildung (Dänemark, Österreich) offenbar weniger eindeutig aus als im Falle Deutschlands (vgl. Tab. 3). Die folgenden beiden Abschnitte gehen daher vertiefend der Frage nach, welche Bedeutung die duale Berufsausbildung für den erfolgreichen Arbeitsmarkteintritt von jungen Menschen hat.

²⁸ Vgl. Brenke, K. (2012), S. 6ff.

²⁹ Bzgl. dieser Vermutung siehe z.B. OECD (2010b), S. 39f.

³⁰ Vgl. Steedman, H. (2005), S. 11.

Tab. 3: Indikatoren zur Lage von Jugendlichen in Europa (EU 27) im Jahr 2011

	Arbeitslosenquote der 15- bis 24- Jährigen (in %)	NEET-Rate (in %)*	Relation der Ar- beitslosenquoten Jugendlicher und Älterer**
Niederlande	7,6	3,8	2,0
Österreich	8,3	6,9	2,4
Deutschland	8,6	7,5	1,5
Malta	13,7	10,6	2,7
Dänemark	14,2	6,3	2,2
Slowenien	15,7	7,1	2,1
Luxemburg	16,8	4,7	4,1
Tschechien	18,0	8,3	3,1
Belgien	18,7	11,8	3,1
Finnland	20,1	8,4	3,2
Vereinigtes Königreich	21,1	14,3	3,6
EU 27	21,3	12,9	2,5
Frankreich	22,0	12,0	2,8
Estland	22,3	11,8	1,9
Zypern	22,4	14,4	3,4
Schweden	22,9	7,5	4,3
Rumänien	23,7	17,4	4,0
Polen	25,8	11,6	3,2
Ungarn	26,1	13,3	2,6
Bulgarien	26,6	22,6	2,6
Irland	29,1	18,4	2,2
Italien	29,1	19,8	4,2
Portugal	30,1	12,7	2,6
Lettland	31,0	15,7	2,1
Litauen	32,9	12,5	2,4
Slowakei	33,2	13,8	2,8
Griechenland	44,4	17,4	2,8
Spanien	46,4	18,5	2,4

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

* Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die nicht erwerbstätig sind und auch an keiner schulischen, akademischen oder beruflichen Aus- bzw. Fortbildung teilnehmen (NEETs; engl. Not in Education, Employment or Training)

** Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen dividiert durch die der 25- bis 64-Jährigen

3.2 Leichterere Arbeitsmarkteintritt durch duale Ausbildung?

Aus humankapitaltheoretischer Sicht fällt die Produktivität von jungen Arbeitnehmern im Vergleich zu derjenigen von Älteren niedriger aus, weil sie über keine bzw. wenig Berufserfahrung verfügen und ihre Qualifikation daher vorrangig auf ih-

rer Schulbildung basiert. Vor allem in Volkswirtschaften mit unflexibler Lohnbildung und strengem Kündigungsschutz kann dies dazu führen, dass die Beschäftigung von Jüngeren aus Arbeitgebersicht zu teuer erscheint. Junge Nachwuchskräfte mit fehlender Berufserfahrung – und hierbei insbesondere die geringer qualifizierten unter ihnen – sehen sich folglich der Theorie nach mit einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko konfrontiert.³¹ Wie oben gezeigt, bewegt sich im Falle Deutschlands jedoch sowohl die absolute als auch die relative Jugendarbeitslosigkeit ungeachtet eines stärker regulierten Arbeitsmarkts auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Eine wichtige Ursache für diese Tatsache dürfte das duale Ausbildungssystem sein, da dort aufgrund des umfangreichen betrieblichen Ausbildungssteils ein besonderer Stellenwert auf dem Erwerb von beruflichen Praxiserfahrungen liegt.

Die aus einer fehlenden Berufserfahrung für Jugendliche resultierenden Nachteile lassen sich aus informationsökonomischer Sicht erklären. Zwischen einem Arbeitgeber und einem potenziellen Arbeitnehmer besteht demnach im Vorfeld eines Beschäftigungsverhältnisses eine ausgeprägte Informationsasymmetrie. Der Bewerber weiß theoretisch den Grad seiner Eignung für den von ihm angestrebten Posten präzise einzuschätzen, wohingegen der Arbeitgeber nur die durchschnittliche Qualität von Stellenbewerbern kennt. Zur Lösung dieses Problems kann ein Bewerber seine bereits erworbene tätigkeitsrelevante Berufserfahrung anführen und so die Entscheidungsfindung des möglichen zukünftigen Arbeitgebers auf eine bessere Informationsgrundlage stellen. Eben diese Reputationsmöglichkeit steht jungen Berufsanfängern naturgemäß weniger zur Verfügung.

An diesem Punkt hat daher eine duale Berufsausbildung verschiedene Vorteile aufzuweisen. Denn durch eine praxisnahe betriebliche Ausbildung kann ein Arbeitgeber die Qualität und Produktivität von jungen Nachwuchskräften bereits im Vorfeld einer späteren etwaigen Übernahme relativ kostengünstig einschätzen. Zudem hat er durch seinen Einfluss auf die zu vermittelnden Ausbildungsinhalte die Möglichkeit, die Fähigkeiten und Fertigkeiten von zukünftigen Mitarbeitern den eigenen unternehmensspezifischen Erfordernissen anzupassen. Auf der anderen Seite erlaubt hierzulande die Festschreibung von Regeln zum Ausbildungsinhalt im Rahmen bundesweit gültiger und einheitlicher Ausbildungsordnungen den Absolventen des dualen Systems am Arbeitsmarkt eine bessere Signalisierung der von ihnen bereits erworbenen beruflichen Kompetenzen. Hierdurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Übereinstimmung der Qualifikationen von ehemaligen Auszubildenden mit den Anforderungen eines externen Arbeitsplatzes.³²

³¹ Vgl. Plünnecke, A. und Werner, D. (2004), S. 18f; OECD (2010b), S. 100ff.

³² Vgl. Plünnecke, A. und Werner, D. (2004), S. 19ff.

Zwar gelingt auch in Deutschland nicht allen Absolventen des dualen Ausbildungssystems der Berufseinstieg problemlos.³³ Dennoch spricht somit einiges dafür, dass gerade eine duale Ausbildung dazu beiträgt, den Nachteil der fehlenden Berufserfahrung für junge Nachwuchskräfte zumindest ein Stück weit abzumildern; und auf diesem Wege die Beschäftigungsaussichten von Jugendlichen am Beginn des Erwerbslebens zu verbessern. Einen ersten Hinweis hierauf liefern die Ergebnisse von Gangl (2003b), S. 115ff auf Grundlage von Daten der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union für den Zeitraum 1992-1997. Die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu sein, ist demnach für die Gruppe der Berufsanfänger mit ISCED-3-Abschluss³⁴ in Ländern mit umfangreichen Berufsbildungssystemen, in denen u.a. der Erwerb von beruflichen Praxiserfahrungen im Rahmen betrieblicher Ausbildung eine wichtige Rolle spielt (hier: Dänemark, Deutschland, Niederlande, Österreich), relativ niedrig und verharrt zudem über die ersten Erwerbsjahre hinweg auf einem weitgehend konstanten Niveau. In Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien, in denen der Erwerb von berufsspezifischen Kompetenzen häufig erst nach der Einstellung am Arbeitsplatz erfolgt („training on the job“), benötigt dieselbe Personengruppe der Studie zufolge hingegen erst mehrere Jahre Berufserfahrung, um ein ähnlich niedriges Arbeitslosigkeitsrisiko zu erreichen.³⁵

Eine Auswertung von Eurostat-Daten für das Jahr 2011 deutet ebenfalls darauf hin, dass hinsichtlich der Übergangsphase von der Schule zum Beruf zwischen einzelnen Ländern in Abhängigkeit von den Gegebenheiten des jeweiligen Bildungssystems große Unterschiede bestehen (vgl. Abb. 9). Als Indikator zur näherungsweise Erfassung der länderspezifischen Relevanz betrieblicher Ausbildung dient hierbei der Anteil derjenigen Jugendlichen an der gesamten Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen, die einerseits erwerbstätig sind und andererseits parallel am formalen Bildungssystem teilnehmen. Es wird folgendes deutlich: Je höher dieser Anteil in einem Land ist, desto niedriger fällt tendenziell die Arbeitslosenquote von jungen Bildungsabsolventen (ISCED-Stufe 3-4³⁶) aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein niedrigerer Anteil Jugendlicher, die sich in betrieblicher Ausbildung befinden, im entsprechenden Land in der Regel mit einem höheren Anteil junger Nichterwerbspersonen einhergeht, die an einer vollzeitschulischen bzw. akademischen Ausbildungsform teilnehmen.³⁷ Abb. 9 dürfte somit ebenfalls ein Hinweis darauf sein, dass Jugendlichen in Ländern mit stärker schulisch organisierten (Be-

³³ Vgl. Seibert, H. und Kleinert, C. (2009); Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 117ff.

³⁴ ISCED 3 entspricht dem Sekundarbereich II.

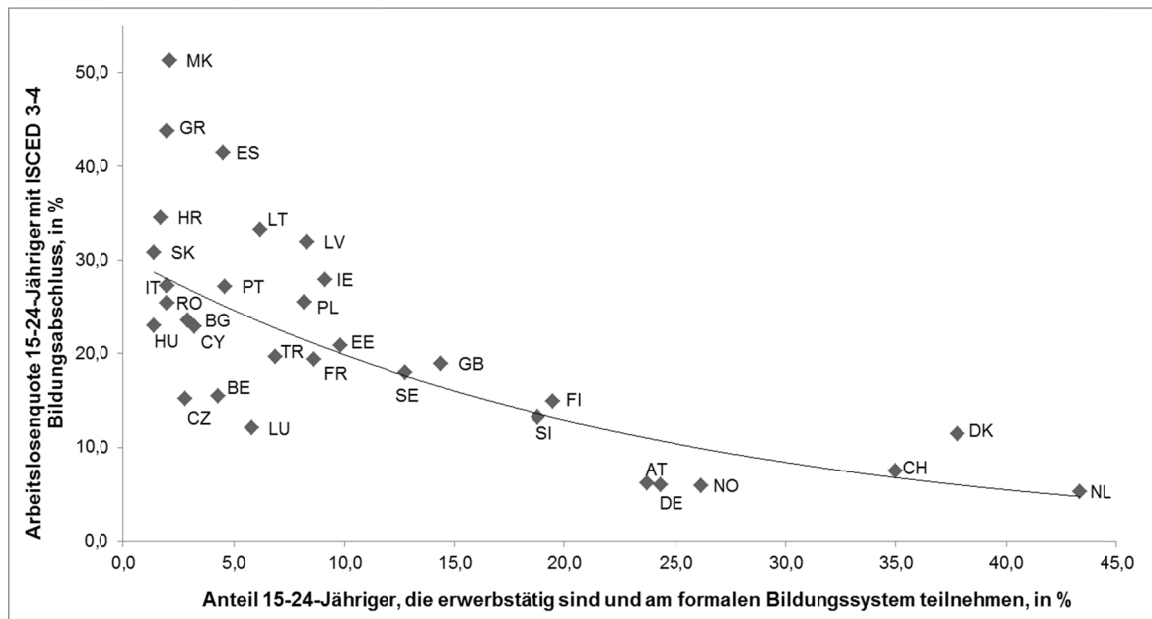
³⁵ Zur Unterscheidung zwischen Ländern mit „beruflichen Arbeitsmärkten“ (occupational labour market systems) und solchen mit „internen Arbeitsmärkten“ (internal labour market systems) siehe z.B. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 406.

³⁶ ISCED 3-4 entspricht dem Sekundarbereich II sowie dem post-sekundären nicht-tertiären Bildungsbereich. Hierunter fällt z.B. in Deutschland die Berufsausbildung im dualen System.

³⁷ Vgl. Brenke, K. (2012), S. 7f.

rufs-)Bildungssystemen der Übergang in das Erwerbsleben weniger reibungslos gelingt als in Ländern mit einem Schwerpunkt auf einer betrieblich orientierten Berufsausbildung. Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Abschnitt die Ergebnisse verschiedener europäischer Vergleichsstudien vorgestellt, die weitere Rückschlüsse hinsichtlich der Frage nach der Bedeutung des dualen Ausbildungssystems für den erfolgreichen Arbeitsmarkteintritt von jungen Menschen erlauben.

Abb. 9: Arbeitslosenquote qualifizierter Jugendlicher und Anteil der erwerbstätigen Jugendlichen in formaler Bildung, verschiedene Länder, 2011



Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

* Ländercodierung nach ISO 3166

3.3 Ergebnisse europäischer Vergleichsstudien

Gangl (2003a) untersucht u.a. anhand verschiedener länderbezogener Indikatoren den Arbeitsmarkterfolg von Berufsanfängern in Abhängigkeit davon, ob sie vor Verlassen des formalen Bildungssystems auf der ISCED-3-Ebene einen allgemeinbildenden bzw. einen beruflichen Bildungsabschluss erworben haben. Hierbei greift er auf Daten für 12 Länder zurück, die im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Zeitraum 1992-1997) erhoben wurden. Eine deskriptive Auswertung macht hierbei bereits deutlich, dass Berufsanfänger, die zuvor eine Lehrlingsausbildung („apprenticeship“) absolviert haben, am Beginn ihres Erwerbslebens hinsichtlich des Arbeitslosigkeitsrisikos bessere Ergebnisse erzielen

als Absolventen von vollzeitschulischen (Berufs-)Bildungsgängen auf der gleichen Qualifikationsstufe.³⁸

Dieses deskriptive Ergebnis wird durch eine multivariate Analyse gestützt, mit deren Hilfe der Autor z.B. für den institutionellen Kontext und die makroökonomischen Rahmenbedingungen eines Landes kontrolliert. In den ersten beiden Jahren unmittelbar nach dem Erwerbseintritt haben Absolventen einer Lehrlingsausbildung demzufolge ein deutlich geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko als Berufsanfänger mit einem vollzeitschulischen Ausbildungsabschluss. Zudem ist es für sie weniger wahrscheinlich, das Erwerbsleben mit einer eher gering qualifizierten Beschäftigung zu beginnen. Die relativen Nachteile einer vollzeitschulischen Ausbildung gleichen sich den Ergebnissen nach jedoch in den unmittelbaren Folgejahren weitgehend aus, so dass nach einiger Zeit kaum noch merkbare Unterschiede zwischen den Arbeitsmarktergebnissen dieser beiden Personengruppen bestehen. Wenn überhaupt, liegen dem Autor zufolge die Vorteile einer betrieblichen Ausbildung weiterhin in einer höheren Arbeitsplatzsicherheit begründet, wohingegen Absolventen einer vollzeitschulischen Ausbildung hinsichtlich der Art der Beschäftigung (z.B. mit Blick auf das Einkommen oder den qualifikatorischen Anforderungen an einen Beschäftigten) etwas besser abzuschneiden scheinen.³⁹

In ihrer Studie gehen van der Velden und Wolbers (2003) hingegen explizit der Hypothese nach, dass Jugendlichen in einem Land mit entwickeltem dualen Ausbildungssystem der Übergang in den Arbeitsmarkt besser gelingt als in einem Land, in welchem die Berufsausbildung vorrangig in vollzeitschulischer Form organisiert ist. Als Datengrundlage dient wiederum die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union für den Zeitraum 1992-1997. Von den Autoren werden dabei Dänemark, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande und Österreich als Länder mit Ausbildungssystemen identifiziert, in denen nach dem dualen Prinzip betriebliches und schulisches Lernen auf bestimmte Art und Weise miteinander kombiniert wird. Den Erfolg der Arbeitsmarktintegration von Berufsanfängern beurteilen sie dabei anhand zweier Indikatoren: dem Vorliegen von Arbeitslosigkeit und der Aufnahme eines nur befristeten Beschäftigungsverhältnisses. Unter Berücksichtigung einer Reihe von Kontrollvariablen (z.B. der ISCED-Bildungsabschluss eines Berufsanfängers oder arbeitsmarktrelevante Rahmenbedingungen) finden die Autoren empirische Belege für ihre Ausgangshypothese. In Ländern mit dual organisierter Berufsausbildung ist demnach für Absolventen des formalen Bildungssystems am Beginn des Erwerbslebens die Wahrscheinlichkeit geringer, arbeitslos zu sein oder nur ein befristetes Beschäftigungsverhältnis aufnehmen zu können. Im Rahmen der empirischen Analyse kontrollieren van der Velden und Wolbers (2003) auch für die grundsätzliche berufsorientierte Ausrichtung des Bildungssys-

³⁸ Ausführlich zur Rolle der Lehrlingsausbildung („apprenticeship“) im Rahmen der Bildungssysteme von verschiedenen Ländern der Europäischen Union siehe European Commission (2012).

³⁹ Vgl. Gangl, M. (2003a), S. 175ff.

tems eines Landes (gemessen anhand des Anteils der Teilnehmer der ISCED-3-Stufe, die sich in beruflichen Bildungsgängen befinden). Der entsprechende Effekt erweist sich im Falle beider betrachteter Erfolgsindikatoren als nicht signifikant. Dies stützt die Vermutung, dass es gerade die spezifischen Besonderheiten einer dualen Berufsausbildung sind, die Jugendlichen die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.⁴⁰

Quintini und Manfredi (2009) stellen hingegen die Dynamik des Arbeitsmarkteintritts von jungen Menschen in den Vordergrund ihrer Untersuchung. Denn individuelle Übergangsverläufe zwischen Schule und Beruf erfolgen häufig sehr unterschiedlich und vor allem oft nicht geradlinig in dem Sinne, dass sich sofort über ein Gelingen oder ein Nichtgelingen urteilen lässt. So wechseln junge Berufsanfänger z.B. häufig erst zwischen verschiedenen Stellen oder durchlaufen zeitweise Phasen der Erwerbslosigkeit, bevor sie ein erstes stabiles Beschäftigungsverhältnis aufnehmen können. Ein anderes Beispiel sind Jugendliche, die den Arbeitsmarkt bald nach dem Eintritt (vorübergehend) wieder verlassen, entweder um in das Bildungssystem zurückzukehren oder um gänzlich inaktiv zu werden. Durch eine Orientierung an zeitpunktbezogenen Indikatoren, wie der jährlichen Jugendarbeitslosenquote eines Landes, werden den Autoren zufolge solche dynamischen Prozesse jedoch kaum greifbar.

Auf Grundlage von Daten des Haushaltspanels der Europäischen Union (Zeitraum 1994-2001) vergleichen Quintini und Manfredi (2009), S. 15ff daher für eine Reihe von europäischen Ländern die individuellen Übergangsverläufe von Schulabgängern mit maximal ISCED-3-Abschluss über einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren nach dem (erstmaligen) Verlassen des Bildungssystems.⁴¹ In der weiteren empirischen Analyse fassen sie dann jeweils solche Übergangsverläufe, die hinsichtlich des Auftretens und der Länge unterschiedlicher Phasenabschnitte (d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Rückkehr in das Bildungssystem oder gänzliche Inaktivität) zueinander möglichst ähnlich sind, in einzelnen Clustern zusammen. Im Ergebnis stehen typische „Pfade“, durch die sich der Übergangsprozess zwischen Schule und Arbeitsmarkt klassifizieren lässt. Hinsichtlich der Relevanz von bestimmten Übergangspfaden zeigen sich dabei zwischen den betrachteten europäischen Ländern erwartungsgemäß große Unterschiede. Ein wichtiger Erklärungsgrund hierfür ist nach Ansicht der Autoren die länderabhängige Bedeutung betrieblicher Lehrlingsausbildung. Hierfür spricht, dass in Ländern, die diesbezüglich keinen Schwerpunkt haben (z.B. Italien oder Spanien), gemäß den Ergebnissen im Durchschnitt einem deutlich kleineren Anteil Jugendlicher ein schneller und reibungsloser Übergang in ein erstes stabiles Beschäftigungsverhältnis gelingt. Stattdessen ist dort ein vergleichsweise großer Anteil der jungen Berufsanfänger

⁴⁰ Vgl. van der Velden, R. und Wolbers, M. (2003), S. 196ff.

⁴¹ Parallel dazu werden auch Übergangsverläufe von US-amerikanischen Jugendlichen betrachtet.

einem eher instabilen bzw. kritisch zu sehenden Übergangspfad (d.h. mit häufigeren Stellenwechseln und Phasen der Arbeitslosigkeit bzw. Inaktivität) zuzuordnen.

Alles in allem haben die vorangegangenen Ausführungen somit aus theoretischer und empirischer Sicht deutlich gemacht, dass Jugendlichen unterhalb der Hochschulebene gerade eine praxisnahe betriebliche Berufsausbildung die schwierige Übergangsphase an der sog. „zweiten Schwelle“ zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt erleichtern kann. Gangl u. a. (2003), S. 295 drücken dies folgendermaßen aus: „Compared to school-based training, apprenticeships do have a certain safety-net effect.“

3.4 Zusammenfassung (Argument Nr. 1)

Die vorangegangenen Ausführungen machen aus einer europäischen Vergleichsperspektive heraus deutlich, dass der Abschluss einer betrieblich orientierten Berufsausbildung gegenüber vollzeitschulischen (Berufs-)Bildungsangeboten auf der gleichen Qualifikationsstufe den potenziellen Vorteil eines reibungsloseren Übergangs an der Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit sich bringt. Dieser Vorteil des dualen Ausbildungssystems liegt in der Betonung von betrieblichen Praxiserfahrungen während der Ausbildungszeit und einer großen Nähe zum Arbeitsmarkt begründet. Die während der zurückliegenden Krisenjahre in Ländern wie Deutschland oder Österreich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau gebliebene Jugendarbeitslosigkeit kann somit zu einem erheblichen Teil auf die dortige Rolle der dualen Ausbildung zurückgeführt werden.

Das erste Argument für die duale Ausbildung lautet somit:

„Das duale Ausbildungssystem erleichtert Jugendlichen den erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt.“

4. Duale Ausbildung als lohnende Bildungsinvestition?

4.1 Die individuelle Perspektive

Gemäß dem humankapitaltheoretischen Ansatz wird Bildung als Investition verstanden. Während der Ausbildung fallen demnach zunächst Kosten an. Der in dieser Phase aufgebaute Stock an Wissen, Fähig- und Fertigkeiten erhöht jedoch die zukünftige Arbeitsleistung (Produktivität) von Individuen. Da hierdurch auch der Nutzen von Arbeitgebern in Form eines höheren Wertschöpfungspotenzials wächst, schlägt sich für einen Arbeitnehmer die Bildungsinvestition während seiner weiteren Lebensarbeitszeit in einer höheren Entlohnung nieder. Rationale Individuen entscheiden sich nun der Theorie nach für eine bestimmte Ausbildung, solange sie diesbezüglich für sich die Erzielung einer positiven Bildungsrendite erwarten können. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist, dass das ausbildungsbedingt gestiegene Einkommen mindestens so hoch ausfällt wie die während der Ausbildungsphase angefallenen direkten Kosten (etwa für Lehrmaterialien oder die Anfahrt zur Bildungseinrichtung). Damit eine private Bildungsinvestition aber wirklich lohnend ist, muss des Weiteren auch die hiermit verbundene Rendite mindestens so hoch ausfallen wie im Falle von alternativ zur Verfügung stehenden Investitionsmöglichkeiten. Hiermit sind die sog. Opportunitätskosten einer Bildungsentscheidung angesprochen. Sie äußern sich in Form entgangenen Erwerbseinkommens während der Ausbildungszeit. Insofern ist der relative Einkommensvorteil entscheidend, der sich für ein Individuum als Resultat der Erreichung eines höheren Bildungsabschlusses einstellt.⁴²

Im vorliegenden Zusammenhang ist die private Bildungsrendite einer dualen Berufsausbildung von besonderem Interesse, da sich hierdurch aus individueller Sicht der damit verbundene Nutzen aufzeigen lässt. Exemplarisch sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer breit angelegten Untersuchung des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh Göttingen). Gefragt wird hierbei u.a. nach dem monetären Ertrag, den ein Gesellenabschluss im Handwerk potenziell für einen Ausbildungsinteressierten bietet. Wie oben dargelegt, muss diesbezüglich eine vergleichende Perspektive eingenommen werden. Gegenstand der entsprechenden Nutzenbetrachtung ist folglich die Schätzung des relativen Einkommensvorteils, der mit einer handwerklichen Erstausbildung verbunden ist. Als Datengrundlage zur Berechnung dieser Bildungsrendite dienten Personendaten zweier Teilstichproben des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Erhebungsjahr 2005. Erstere (die Teilstichprobe „ausschließlich Handwerk“) umfasst dabei nur Antworten von solchen Personen, die in einem ausschließlich zum Handwerk gehörendem Ausbildungsberuf erwerbstätig sind. Der zweiten Teilstichprobe („überwiegend Handwerk“) wurden

⁴² Vgl. Ammermüller, A. und Dohmen, D. (2004), S. 13ff; Wolter, S. und Weber, B. (2005), S. 38f.

über diese Personengruppe hinaus auch solche Erwerbstätige zugeordnet, die einem überwiegend handwerklich geprägten Ausbildungsberuf zugeordnet werden können.⁴³

Tab. 4: Private Bildungsrendite einer dualen Ausbildung im Handwerk

	Stichprobe „ausschließlich Handwerk“	Stichprobe „überwiegend Handwerk“
Qualifikationsniveau	Gesellenabschluss	Gesellenabschluss
Bildungsrendite (in Prozent je Monat)*	7,4	7,9
Geschätzte durchschnittliche Einkommensdifferenz (in Euro je Monat)*	139,38	148,26
Durchschnittliches zusätzliches Lebensarbeitseinkommen (Brutto, in Euro)* / **	80.116	85.220

Quelle: Bizer, K. u. a. (2009), S. 94ff auf Grundlage des SOEP 2005

* Vergleichsgruppe: Erwerbstätige ohne Ausbildungsabschluss

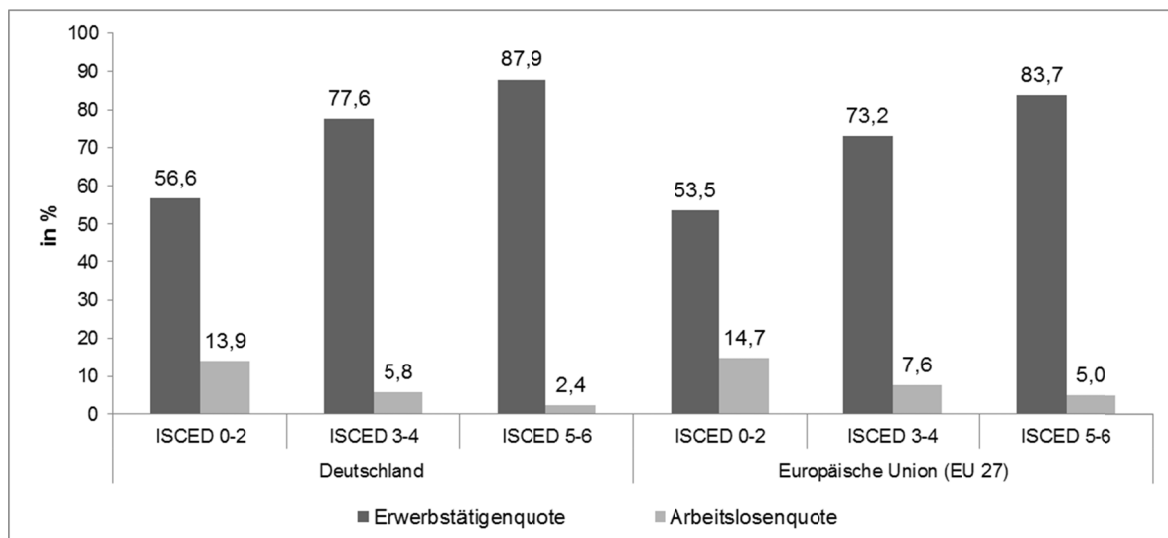
** Zu Grunde gelegt wird eine durchschnittliche Lebensarbeitszeit von 47,9 Jahren. Diese ergibt sich aus einem angenommenen Renteneintrittsalter von 65 Jahren abzüglich der durchschnittlichen Zahl der (Aus-)Bildungsjahre eines Handwerksgehilfen gemäß SOEP und einem angenommenen Einschulungsalter von sechs Jahren.

Im Falle beider Teilstichproben bildeten unqualifizierte Erwerbstätige (d.h. erwerbstätige Personen ohne beruflichen oder universitären Bildungsabschluss) die erforderliche Vergleichsgruppe zur Schätzung der Bildungsrendite einer dualen Ausbildung im Handwerk. Daneben wurde im Rahmen der empirischen Analyse für eine Reihe von anderen Faktoren kontrolliert, die ebenfalls einen Einfluss auf das Einkommen von Erwerbstätigen haben können (z.B. Bildungsabschlüsse außerhalb des dualen Systems, Alter, Geschlecht, Region, Wirtschaftszweig oder die Betriebsgröße). Tab. 4 fasst die wesentlichen Untersuchungsergebnisse zusammen. Demnach verspricht eine berufliche Erstausbildung im Handwerk gegenüber einer unqualifizierten Erwerbstätigkeit einen durchschnittlichen monatlichen Einkommensaufschlag in Höhe von 7,4 % („ausschließlich Handwerk“) bzw. 7,9 % („überwiegend Handwerk“). Mit Blick auf das monatliche Bruttoerwerbseinkommen ergibt sich in der Stichprobe „ausschließlich Handwerk“ eine geschätzte monatliche Einkommensdifferenz zwischen Personen mit Gesellenabschluss und unqualifizierten Erwerbstätigen in Höhe von 139,38 Euro. Im Falle der Stichprobe „überwiegend Handwerk“ liegt dieser Unterschied hingegen bei 148,26 Euro. Um auf dieser Grundlage den kumulierten Einkommenszuwachs einer handwerklichen Berufsausbildung über das gesamte Erwerbsleben eines Beschäftigten näherungsweise abschätzen zu können, wurde zunächst die durchschnittliche Lebensar-

⁴³ Vgl. Bizer, K. u. a. (2009), S. 90ff.

beitszeit eines Handwerksgesellen bestimmt. Der Einkommenszuwachs, der sich durch eine duale Ausbildung im Handwerk gegenüber der Vergleichsgruppe der Unqualifizierten im Laufe der Lebensarbeitszeit durchschnittlich aufsummiert, liegt demnach in Abhängigkeit von der betrachteten Stichprobe bei 80.116 Euro bzw. 85.220 Euro. Dieses Beispiel führt deutlich vor Augen, dass eine duale Berufsausbildung unter bildungsökonomischen Gesichtspunkten eine lohnende Investition in das Humankapital von Individuen darstellt.⁴⁴

Abb. 10: Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquoten der 25- bis unter 65-jährigen Bevölkerung nach höchstem erreichtem Bildungsabschluss, 2011



Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

* ISCED 0-2: Elementarbereich, Primarbereich, Sekundarbereich I; ISCED 3-4: Sekundarbereich II, post-sekundärer, nicht-tertiärer Bereich; ISCED 5-6: Erste und zweite Phase des Tertiärbereichs

Hinsichtlich dieser Bildungsrendite ist freilich zu berücksichtigen, dass nur monetäre Erträge eines dualen Ausbildungsabschlusses betrachtet werden. Nicht erfasst sind damit solche Erträge privater Bildungsinvestitionen, die sich kaum oder gar nicht quantifizieren lassen. Diese äußern sich etwa durch ein mit höherer Bildung sinkendes Arbeitslosigkeitsrisiko von Erwerbspersonen, was neben den dadurch zu erwarteten positiven Effekten auf das Lebensarbeitseinkommen auch zu einer allgemein höheren Erwerbsbeteiligung beiträgt. So macht Abb. 10 deutlich, dass Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren, welche mindestens die ISCED-Stufe 3-4 (worunter auch die Berufsausbildung im dualen System fällt) erfolgreich absolviert haben, weitaus häufiger erwerbstätig und deutlich seltener arbeitslos sind als Personen ohne Ausbildungsabschluss. Ein anderes Beispiel sind nicht-monetäre Effekte von Bildung in Form einer größeren Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit oder mit dem Leben allgemein, einer gesünderen Lebensführung oder

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 95f.

einer stärkeren gesellschaftlichen Integration (z.B. mit Blick auf den Umfang der sozialen Teilhabe).⁴⁵ Somit dürften die privaten Bildungserträge einer dualen Berufsausbildung noch deutlich über dem oben dargestellten Ergebnis liegen.⁴⁶ Speziell mit Blick auf die duale Ausbildung ist ferner die Rolle der Ausbildungsvergütungen zu berücksichtigen. Bereits während der Ausbildungszeit fallen hierdurch Erträge für Auszubildende an, was die entsprechenden Opportunitätskosten verringert und somit aus individueller Sicht die Vorteilhaftigkeit einer dualen Berufsausbildung zusätzlich erhöht.⁴⁷

Abschließend muss jedoch betont werden, dass ein streng kausaler Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsabschluss und monetären bzw. nicht-monetären Erträgen nicht automatisch gegeben ist. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Tatsache, dass auch nicht-beobachtbare Faktoren wie z.B. die individuelle Begabung einer Person einen entscheidenden Einfluss haben. Persönliche Fähigkeiten beeinflussen nämlich nicht nur das spätere Erwerbseinkommen stark, sondern prägen bereits den Verlauf des vorangegangenen Bildungswegs entscheidend mit (das sog. Endogenitätsproblem).⁴⁸ Zudem ist die Annahme eines über den Erwerbslauf einer dual qualifizierten Fachkraft hinweg sicheren und konstanten (monetären) Bildungsertrags nicht zwingend realitätsnah.⁴⁹ Denn es liegen empirische Hinweise vor, dass im Rahmen der Ausbildung erworbene berufsspezifische Kompetenzen im Zuge des technologischen und strukturellen Wandels schneller veralten als allgemeinbildende Wissensbestandteile. Dies wiederum kann sich vor allem im fortgeschrittenen Erwerbssalter schnell negativ auf die Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen des dualen Systems (z.B. hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung oder des Arbeitslosigkeitsrisikos) auswirken.⁵⁰ Um daher nach dem Verständnis der Humankapitaltheorie die Nachteile einer Entwertung von beruflichen Ausbildungsinhalten möglichst zu vermeiden, sind gerade für Erwerbstätige mit dualer Ausbildung rechtzeitige Gegenanstrengungen in Form kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung von großer Wichtigkeit.

⁴⁵ Vgl. Anger, C. u. a. (2010), S. 38ff; Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 206ff.

⁴⁶ Zur Unterschätzung der privaten Bildungsrendite in Folge einer Nichtberücksichtigung des durch Bildung niedrigeren Arbeitslosigkeitsrisikos siehe z.B. Steiner, V. und Schmitz, S. (2010).

⁴⁷ Vgl. Sölter, A. und Bizer, K. (2010), S. 78.

⁴⁸ Vgl. Ammermüller, A. und Dohmen, D. (2004), S. 24ff.

⁴⁹ Vgl. Sölter, A. und Bizer, K. (2010), S. 79.

⁵⁰ Siehe hierzu Ludwig, V. und Pfeiffer, F. (2005); Hanushek, E. u. a. (2011); Hanushek, E. u. a. (2012).

4.2 Duale und vollzeitschulische Berufsausbildung im Vergleich

Die Ausführungen in Kapitel 3 haben aus einer europäischen Vergleichsperspektive heraus bereits deutlich gemacht, dass der Abschluss einer betrieblich orientierten Berufsausbildung gegenüber vollzeitschulischen (Berufs-)Bildungsangeboten auf der gleichen Qualifikationsstufe den potenziellen Vorteil eines reibungsloseren Übergangs an der Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit sich bringt. Gleichwohl gab es in den vorangegangenen Abschnitten bereits verschiedene Hinweise, wonach sich dieser anfängliche Vorteil womöglich im weiteren Erwerbsleben weitgehend ausgleicht. Angesichts einer positiven (privaten) Bildungsrendite der dualen Ausbildung (vgl. Abschnitt 4.1) interessiert vor diesem Hintergrund insbesondere, wie sich hierzulande der grundsätzliche Arbeitsmarkterfolg von Erwerbstätigen mit dualer Berufsausbildung im Vergleich zu demjenigen von Fachkräften mit vollzeitschulischer Berufsausbildung darstellt.⁵¹

Zunächst stellt sich die Frage, ob sich auch am konkreten Beispiel Deutschlands die Vorteilhaftigkeit einer dualen Ausbildung am Beginn der Erwerbstätigkeit zeigt. Eben dies lässt sich mittels einer Auswertung einer im Jahr 2006 vom BIBB durchgeführten Erhebung (die sog. BIBB-Übergangsstudie 2006) belegen. Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Befragung von Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, in der diese rückblickend Auskunft zu verschiedenen Aspekten ihrer individuellen Bildungs- und Berufsbiografie gaben. Den Befragungsergebnissen nach gelang Jugendlichen mit einer betrieblichen Berufsausbildung ein schnellerer Einstieg in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis als Absolventen des Schulberufssystems. Bereits drei Monate nach Ausbildungsabschluss hatten 47 % der betrieblich Ausgebildeten ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis mit mindestens 20 Wochenarbeitsstunden aufgenommen. Bei den Jugendlichen mit schulischem Berufsabschluss war dies im gleichen Zeitraum hingegen nur bei 15 % der Befragten der Fall. Ein Jahr nach Ausbildungsabschluss hatte sich bei den Absolventen einer betrieblichen Ausbildung der entsprechende Anteil auf 50 % erhöht. Bei den Schulberufsabsolventen lag er zu diesem Zeitpunkt bei knapp 20 % und damit immer noch deutlich niedriger als bei den betrieblich Ausgebildeten. Auffällig ist zudem, dass 12 Monate nach Ausbildungsende ein vergleichsweise großer Anteil der Absolventen einer vollzeitschulischen Berufsausbildung wieder in das Bildungssystem zurückgekehrt war, entweder um dort eine weitere vollqualifizierende Ausbildung an die berufliche Erstausbildung anzuschließen oder um an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen. Gegenüber einer betrieblichen Ausbildung ist der

⁵¹ Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass dual qualifizierte Ausbildungsabsolventen am Arbeitsmarkt nur in relativ wenigen Bereichen direkt mit Absolventen einer vollzeitschulischen Berufsausbildung konkurrieren dürften. Ausführlich zur vollqualifizierenden Berufsausbildung an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO siehe Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 216ff.

Abschluss einer vollzeitschulischen Berufsausbildung demnach hierzulande relativ häufig nicht mit einem direkten Übergang in die Erwerbstätigkeit verbunden.⁵²

Für einen ersten Vergleich zu den längerfristigen Arbeitsergebnissen von Erwerbstätigen mit betrieblicher bzw. vollzeitschulischer Berufsbildung eignen sich die Ergebnisse der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006. Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Erhebung unter erwerbstätigen Personen in Deutschland zu verschiedenen berufs- und qualifikationsbezogenen Themen, die vom BIBB im Zeitraum 2005/2006 gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt wurde. Eine deskriptive Auswertung dieses Datensatzes hinsichtlich des Arbeitserfolgs von Erwerbstätigen, die als höchsten Abschluss entweder eine betriebliche oder eine schulische Berufsausbildung absolviert haben, offenbart dabei hinsichtlich der Ausbildungsadäquanz der zum Befragungszeitpunkt ausgeübten Tätigkeit einen nennenswerten Unterschied zwischen den beiden betrachteten Gruppen. So fällt hinsichtlich der Stellung im Beruf auf, dass betrieblich Ausgebildete mit einem Anteil von 23,7 % etwas häufiger eine Tätigkeit ausüben, die vom Qualifikationsniveau her nur einer an- oder ungelernten Arbeitskraft entspricht. Bei den schulisch ausgebildeten Erwerbstätigen ist dies nur bei 20 % der Fall. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den qualifikatorischen Mindestanforderungen, die nach eigener Einschätzung der Befragten mit ihrem derzeitigen Arbeitsplatz verbunden sind. Betrieblich Ausgebildete gehen mit einem Anteil von 20,3 % demnach häufiger als schulische Ausgebildete (15,8 %) einer Erwerbstätigkeit nach, für die kein beruflicher Ausbildungsabschluss erforderlich ist. Alles in allem sind schulisch ausgebildete Personen somit offenbar im Durchschnitt eher ausbildungsadäquat beschäftigt als Erwerbstätige mit betrieblicher Ausbildung.⁵³

Im Falle von weiteren im Rahmen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 erhobenen beruflichen Erfolgsindikatoren (empfundenes Entlassungsrisiko, Verwertbarkeit von Ausbildungsinhalten, allgemeine Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit, Einkommen) zeigt sich folgendes Bild: Betrieblich Ausgebildete geben mit einem Anteil von 34,2 % der Befragten häufiger als schulisch Ausgebildete (22,1 %) an, berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten, die sie während der Ausbildungszeit erworben haben, bei ihrer jetzigen beruflichen Tätigkeit wenig bis gar nicht verwerten zu können. Eine vertiefte Auswertung macht jedoch deutlich, dass dies weniger auf die Art der Ausbildung, sondern vielmehr auf die systemabhängige Wahrscheinlichkeit eines Berufswechsels zurückzuführen sein dürfte. Denn von den befragten Erwerbstätigen mit dualem Abschluss haben rund 40 % bereits ihren Beruf gewechselt. Im Falle der schulisch Ausgebildeten liegt dieser Anteil nur bei rund 24 %. Werden nun Berufswechsler und Nichtberufswechsler getrennt voneinander

⁵² Vgl. Beicht, U. und Ulrich, J. (2008), S. 21ff. Für einen ähnlichen Befund auf Grundlage einer Auswertung des Mikrozensus 2008 siehe Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 265ff.

⁵³ Vgl. BMBF (2008), S. 244f.

betrachtet, zeigen sich hinsichtlich der Möglichkeit zur beruflichen Verwertung von Ausbildungsinhalten zwischen betrieblich und schulisch Ausgebildeten keine nennenswerten Unterschiede mehr. Bzgl. der anderen Erfolgsindikatoren finden sich ebenfalls kaum Differenzen zwischen den beiden betrachteten Gruppen. Wenn überhaupt stehen schulisch Ausgebildete den Ergebnissen nach im Durchschnitt mit Blick auf die Einkommenshöhe etwas besser da als Erwerbstätige mit betrieblichem Ausbildungsabschluss.⁵⁴

Eine rein deskriptive Betrachtung anhand von Durchschnittswerten kann jedoch nur ein erster Schritt sein, um die Arbeitsmarktergebnisse von Erwerbstätigen hinsichtlich der spezifischen Art ihrer beruflichen Ausbildung (d.h. betrieblich vs. vollzeitschulisch) miteinander zu vergleichen. Grund hierfür ist die Tatsache, dass es zwischen dem dualen System und dem Schulberufssystem starke strukturelle Unterschiede gibt. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die unterschiedliche Zusammensetzung der jeweiligen Teilnehmergruppe bzgl. ihrer schulischen Vorbildung.⁵⁵ Insofern stellt sich die Frage, ob eine mögliche Diskrepanz im Arbeitsmarkterfolg von betrieblich und schulisch ausgebildeten Erwerbstätigen tatsächlich in der Art der beruflichen Ausbildung oder nicht stattdessen in anderen systemabhängigen Faktoren zu suchen ist. Eine weitere wichtige Einflussgröße dürfte in diesem Zusammenhang der Berufsbereich der Ausbildung sein, da individuelle Erwerbschancen, wie die Aussicht auf ein ausbildungsadäquates Beschäftigungsverhältnis oder die erzielbare Einkommenshöhe, hiervon stark abhängen.⁵⁶

Ein Schwerpunkt des dualen Systems liegt bei den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen (vgl. Abb. 11). Zudem findet die duale Berufsausbildung vergleichsweise häufig im kaufmännisch-verwaltenden Bereich statt. Demgegenüber wird der überwiegende Anteil der Absolventen des Schulberufssystems in Gesundheits- bzw. Sozial- und Erziehungsberufen ausgebildet. Vor diesem Hintergrund lässt sich etwa der beobachtete Unterschied zwischen betrieblich und schulisch Ausgebildeten hinsichtlich der Ausbildungsadäquanz des derzeitigen Arbeitsplatzes auch durch die unterschiedliche Schwerpunktsetzung bei den jeweils relevanten Berufsbereichen erklären. Denn die Wahrscheinlichkeit mit Abschluss der Ausbildung eine Beschäftigung im eigenen Ausbildungsberufsfeld zu finden liegt im Falle der gewerblich-technischen Berufe häufig niedriger als in den Dienstleistungsberufen.⁵⁷

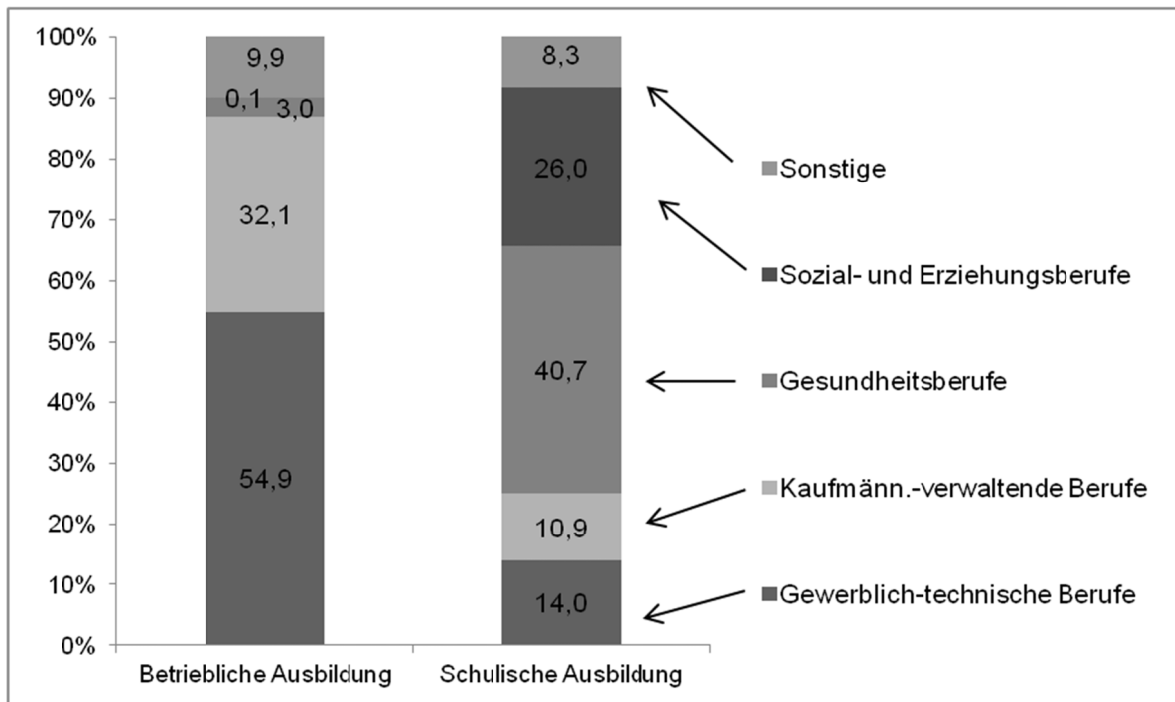
⁵⁴ Vgl. ebd., S. 245f.

⁵⁵ Der Anteil der Ausbildungsanfänger mit oder ohne Hauptschulabschluss lag z.B. im Jahr 2010 im dualen System mit 33,4 % deutlich höher als im Schulberufssystem (18 %; vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 103).

⁵⁶ Vgl. BMBF (2008), S. 244f.

⁵⁷ Vgl. hierzu Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 118f.

Abb. 11: Berufsbereich der Ausbildung von Erwerbstätigen nach der Art der absolvierten Ausbildung (in Prozent)



Quelle: BMBF (2008), S. 245 auf Grundlage der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006, eigene Darstellung

* Erwerbstätige mit betrieblicher Ausbildung: n=15.407; Erwerbstätige mit schulischer Ausbildung: n=2.466

Ein Beispiel für eine entsprechend differenzierte Studie liefern Hall und Schade (2005). Auf Grundlage einer Unterstichprobe des Mikrozensus 2003, der amtlichen Repräsentativstatistik in Deutschland zu Fragen der Bevölkerung und des Arbeitsmarkts, gehen sie der Frage nach, ob sich Absolventen einer vollqualifizierenden Berufsfachschulausbildung mit Blick auf ihr Erwerbslosigkeitsrisiko von Absolventen des dualen Systems systematisch unterscheiden.⁵⁸ Ausgangspunkt war dabei die Beobachtung, dass die Erwerbslosenrate bei Personen mit dualer Berufsausbildung nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2003 im Durchschnitt über alle Altersgruppen zwischen 20 und 64 Jahren um 2,5 % höher liegt als bei Erwerbspersonen, die ihren berufsqualifizierenden Abschluss an einer Berufsfachschule erworben haben. Hieraus einen Beleg für „systembedingte schlechtere Erwerbschancen“ von Absolventen des dualen Systems abzuleiten, sei nach Ansicht der Autoren jedoch unzulässig, solange nicht für weitere relevante Einflussgrößen kontrolliert wird. Im Rahmen einer multivariaten Analyse berücksichtigen Hall und

⁵⁸ Hierbei wurden nur solche Personen betrachtet, bei denen die betriebliche bzw. die schulische Berufsausbildung der höchste Bildungsabschluss ist. Ausgeschlossen waren somit z.B. Personen, die nach ihrer Berufsbildung noch eine Aufstiegsfortbildung zum Meister absolviert haben.

Schade (2005) daher verschiedenen Faktoren, die potenziell ebenfalls einen bestimmenden Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Erwerbslosigkeit von Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung haben könnten (z.B. die übergreifende Fachrichtung des Ausbildungsberufs oder die Höhe des allgemeinbildenden Schulabschlusses). Die entsprechenden Auswertungsergebnisse lassen darauf schließen, dass die unterschiedlich hohen Erwerbslosenraten bei den beiden betrachteten Personengruppen in der Tat weniger mit der spezifischen Art der Ausbildung zusammenhängt, sondern vielmehr auf die strukturellen Gegebenheiten des jeweiligen beruflichen Ausbildungssystems zurückzuführen ist.⁵⁹

Ein unter methodischen Gesichtspunkten nochmals deutlich fortgeschrittener Untersuchungsansatz kommt in der Arbeit von Gelzer (2012) zur Anwendung. Durch ihre auf Basis von SOEP-Daten (Erhebungsjahre 2000 bis 2009) ermittelten Schätzergebnisse lassen sich die Effekte verschiedener Ausbildungsabschlüsse auf den Bruttostundenlohn eines Erwerbstätigen ablesen. Hierdurch wird eine mögliche Grundlage geliefert, um die Höhe des monetär messbaren Bildungsertrags einer dualen Ausbildung mit demjenigen einer vollqualifizierenden Berufsfachschulausbildung zu vergleichen. Die Studie hat dabei gegenüber thematisch ähnlich gelagerten Untersuchungen den Vorteil, dass in der Regressionsanalyse neben einer Reihe relevanter Einflussgrößen (z.B. der allgemeinbildende Schulabschluss, das Geschlecht, die Berufserfahrung oder der Wirtschaftszweig eines Erwerbstätigen) explizit für die kognitiven Fähigkeiten und den familiären Hintergrund einer Person kontrolliert wird. Hierdurch wird das in Abschnitt 4.1 erwähnte Endogenitätsproblem bei der Berechnung von privaten Bildungsrenditen unmittelbar angegangen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass sowohl eine duale Berufsausbildung als auch eine vollqualifizierende Ausbildung an einer Berufsfachschule aus individueller Sicht lohnenswert ist. Die Lohnprämie gegenüber dem Einkommen eines Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluss fällt nach dieser Schätzung zwar im Falle einer Berufsfachschulausbildung mit 10,85 % höher aus als bei einer dualen Ausbildung (4,9 %).⁶⁰ Insofern bestätigen sich die obigen Hinweise, dass sich die Absolventen einer vollzeitschulischen Berufsausbildung mit Blick auf das Einkommen längerfristig im Durchschnitt etwas besser stellen als Absolventen einer dualen Ausbildung. Auch im Falle dieser Vergleichsanalyse sind jedoch die unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten der beiden betrachteten Ausbildungssysteme in Rechnung zu stellen. Insbesondere genaue Informationen zum Ausbildungsberuf eines Erwerbstätigen sollten nach Möglichkeit in zukünftigen Forschungsarbeiten als weiterer Erklärungsfaktor berücksichtigt werden, da zwischen einzelnen Berufsgruppen – wie oben dargelegt – starke Unterschiede bzgl. der individuellen Erwerbschancen bestehen. Die in diesem Abschnitt angestellte Betrachtung zum Arbeitsmarkterfolg von Erwerbstätigen hinsichtlich der spezifischen Art ihrer beruf-

⁵⁹ Vgl. Hall, A. und Schade, H.-J. (2005), S. 24ff.

⁶⁰ Vgl. Gelzer, A. (2012), S. 52ff, Modell 2a.

lichen Ausbildung ist daher gerade angesichts der großen Heterogenität des dualen Systems nur als Tendenzaussage zu interpretieren. Unter bildungsökonomischen Gesichtspunkten ist im vorliegenden Fall vielmehr die Tatsache von großer Bedeutung, dass sich die Entscheidung zur Absolvierung einer dualen Ausbildung über den Erwerbsverlauf hinweg für einzelne Individuen potenziell in Form einer positiven Bildungsrendite bezahlt macht.

4.3 Die staatlich-gesellschaftliche Perspektive

Neben der individuellen Sicht ergeben sich auf der staatlich-gesellschaftlichen Ebene durch die duale Ausbildung weitere Vorteile. Zunächst ist der monetäre Ertrag zu nennen, den eine Bildungsinvestition für die öffentliche Hand mit sich bringt. Auf der Kostenseite fallen für den Staat zwar zunächst direkte Ausgaben durch die Finanzierung der Berufsschulen im dualen System und die öffentliche Förderung des nicht-schulischen Teils der dualen Ausbildung an.⁶¹ Darüber hinaus wirkt sich das während der Ausbildungszeit potenziell entgangene Erwerbseinkommen einer an- oder ungelernten Arbeitskraft in Form geringerer Steuereinnahmen und Sozialabgaben negativ auf die öffentlichen Haushalte aus. Auf der Nutzenseite entstehen für den Staat jedoch unmittelbare Erträge durch die duale Ausbildung, da aufgrund des höheren Einkommens einer ausgebildeten Fachkraft eine entsprechend hohe Summe an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen eingenommen werden kann. Zudem hat ein ausbildungsbedingt gestiegenes Einkommensniveau bzw. gesunkenes Arbeitslosigkeitsrisiko verschiedene Einsparungspotenziale bei sozialen Transferleistungen zur Folge.⁶²

Dass sich der Erwerb von Bildungsabschlüssen in der Regel aus Sicht der öffentlichen Hand finanziell lohnt, führt Abb. 12 auf Grundlage von Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eindrücklich vor Augen. Dargestellt sind die auf den Gegenwartswert (Referenzjahr 2008 bzw. jüngstes verfügbares Jahr) abgezinsten staatlichen Kosten und Nutzen von zusätzlichen Bildungsinvestitionen, wie sie über das gesamte Erwerbsleben einer männlichen Person näherungsweise zu erwarten sind.⁶³ Hierbei zeigt sich zunächst, dass der Staat gerade von einem Abschluss im Tertiärbereich (ISCED 5-6) stark profitiert. Dies ist nicht zuletzt auf die umfangreichen Steuern und Sozialabgaben zurückzuführen, welche sich durch das im Durchschnitt höhere Einkommen eines entsprechenden Absolventen erzielen lassen. Aber auch im Falle eines Bildungsabschlusses auf der Ebene des Sekundarbereichs II bzw. des postsekundären, nicht-tertiären Bereichs (ISCED 3-4) überwiegt aus staatlicher Sicht der Nutzen die hierfür aufgewendeten Kosten deutlich. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass auch die zu dieser Qualifikationsstufe zählende Berufs-

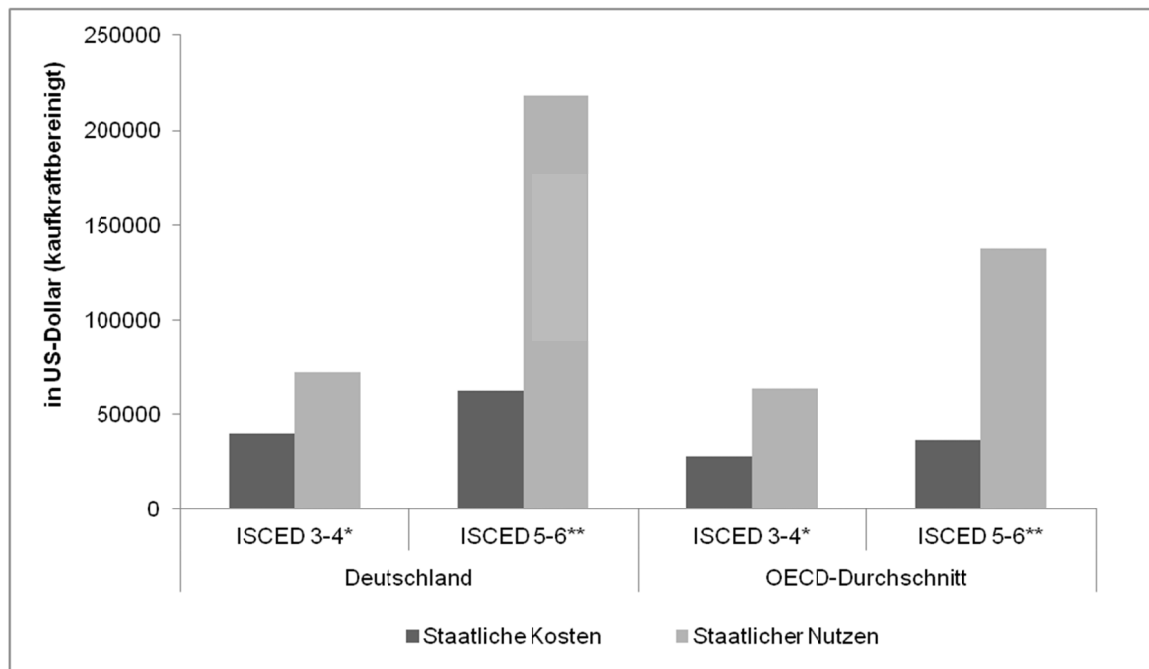
⁶¹ Siehe hierzu ausführlich Abschnitt 6.1.

⁶² Vgl. Ammermüller, A. und Dohmen, D. (2004), S. 16ff.

⁶³ Ausführlich zur Methodik siehe OECD (2012), S. 204ff.

ausbildung im dualen System hierzulande nicht nur für einzelne Individuen, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes mit langfristigen finanziellen Erträgen verbunden ist. Dies dürfte umso mehr gelten, da die Finanzierung der dualen Berufsausbildung für die öffentliche Hand aufgrund der hohen Kostenbeteiligung der privatwirtschaftlichen Betriebe vergleichsweise günstig ausfällt (vgl. Kapitel 6).

Abb. 12: Staatliche Kosten und Nutzen von Bildungsabschlüssen über das Erwerbsleben einer männlichen Person, in US-Dollar (kaufkraftbereinigt)



Quelle: OECD (2012), S. 210 und S. 214, eigene Darstellung

* Vergleichsgruppe: Personen mit Bildungsabschluss unterhalb ISCED 3-4

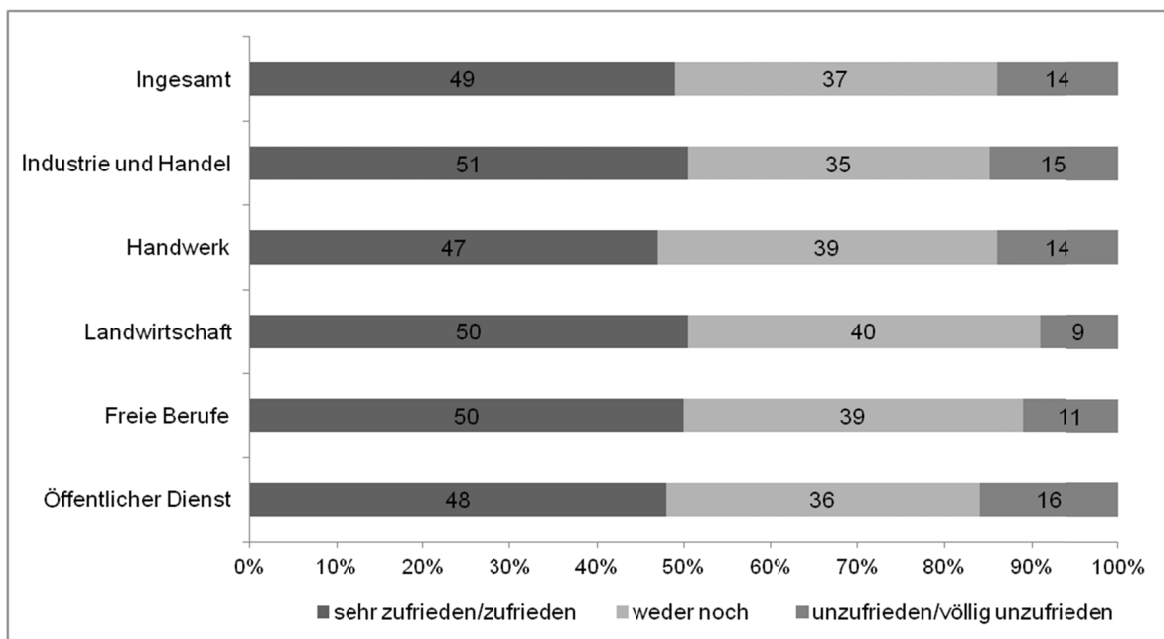
** Vergleichsgruppe: Personen mit Bildungsabschluss auf der Ebene ISCED 3-4

Darüber hinausgehend ist die duale Ausbildung aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive mit einem weiteren wirtschaftlichen Nutzen verbunden. Dies trifft vor allem auf ihren Beitrag zur qualitativen und quantitativen Fachkräftesicherung zu. Diesbezüglich liefert die „BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007“⁶⁴ ein anschauliches Beispiel. Die weit überwiegende Mehrheit der knapp 3.000 befragten Ausbildungsbetriebe äußerte sich hierbei sehr zufrieden, zufrieden oder zumindest neutral hinsichtlich der Frage, wie sie die Leistungsfähigkeit des dualen Systems zur Deckung des betrieblichen Fachkräftebedarfs einschätzen. Nur ein kleiner Anteil (14 %) aller Befragten brachte diesbezüglich seine Unzufriedenheit zum Ausdruck (vgl. Abb. 13). Dieses Bild zeigt sich mit leichten Abweichungen über alle

⁶⁴ Siehe hierzu ausführlich Kapitel 5.

Ausbildungsbereiche hinweg.⁶⁵ In diesem Zusammenhang ist zudem in Abschnitt 2.4 am Beispiel einer von Hummel u. a. (2010) für den Zeitraum bis 2025 erstellten Projektion deutlich geworden, dass der hohe Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung auf der mittleren Qualifikationsebene zukünftig nahezu konstant bleiben dürfte. Andererseits wird nach der von Kalinowski und Quinke (2010), S. 110ff erstellten Projektion des zukünftig verfügbaren Arbeitskräfteangebots im Falle der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufsausbildung der Ersatzbedarf, welcher aufgrund des Ausscheidens von Personen aus dem Erwerbsleben resultiert, in den Jahren bis 2025 zunehmend deutlich über dem entsprechenden Neuangebot liegen. Unter Status-quo-Bedingungen würde angesichts dieser beiden Projektionen daher auf absehbare Zeit der Bedarf an Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung nicht mehr gedeckt werden können und sich auf der mittleren Qualifikationsstufe folglich ein massiver Fachkräftemangel einstellen.⁶⁶ Eine zukunftsorientierte Stärkung des dualen Ausbildungssystems als zentrales Teilsegment der beruflichen Bildung stellt daher einen wichtigen Schritt dar, damit ein solches Szenario in der Realität entweder nicht oder zumindest nur in abgeschwächter Form tatsächlich eintritt.

Abb. 13: Zufriedenheit von Ausbildungsbetrieben mit der Leistungsfähigkeit des dualen Systems zur Deckung des eigenen Qualifikationsbedarfs (in %)



Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 162 auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, eigene Darstellung

⁶⁵ Ein wichtiger Erklärungsgrund für die im Falle des Handwerks etwas niedrigeren Zufriedenheitswerte können Strukturunterschiede sein. Denn in Kleinunternehmen (1-9 Beschäftigte) und im gewerblichen Berufsbereich – jeweils Schwerpunkte des Handwerks – fielen die Zufriedenheitswerte relativ niedrig aus.

⁶⁶ Vgl. Helmrich, R. und Zika, G. (2010), S. 23f.

Aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive sind ferner die positiven Auswirkungen von Bildung auf das Wachstum einer Volkswirtschaft zu berücksichtigen.⁶⁷ Auch hier ist ein entsprechend wichtiger Beitrag des dualen Ausbildungssystems zu vermuten. Berechnungen der OECD haben etwa ergeben, dass der Anstieg der Arbeitseinkommen von Bildungsabsolventen der ISCED-Stufe 3-4 in der Vergangenheit einen relativ großen Beitrag zum Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts geleistet hat. Ursache hierfür ist der Umstand, dass in Deutschland eine verhältnismäßig große Zahl an Erwerbstätigen als höchsten Bildungsabschluss über einen beruflichen Abschluss der mittleren Qualifikationsstufe verfügt.⁶⁸

Zu guter Letzt sind aus gesamtgesellschaftlicher Sicht die positiven, nicht-monetären Effekte von Bildung zu nennen (z.B. mit Blick auf die Höhe der Wahlbeteiligung oder der Jugendkriminalität).⁶⁹ Insofern dürfte in Deutschland das duale System mit seiner umfangreichen Teilnehmerzahl trotz der aktuell bestehenden Integrationsprobleme (vgl. Abschnitt 2.2) einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung sozialer Folgekosten leisten. Denn die dortigen Ausbildungsaktivitäten tragen entscheidend zur Herausbildung einer beruflichen Identität und beruflichem Engagements bei. Dies wiederum fördert die gesellschaftliche Integration von jungen Menschen.⁷⁰ In diesem Zusammenhang sind insbesondere von der dualen Ausbildung im Handwerk, deren private Bildungsrendite am Beginn dieses Kapitels deutlich wurde, hohe gesellschaftliche Erträge zu erwarten; verfügt dort doch ein überdurchschnittlich großer Anteil der Auszubildenden über eine relativ geringe schulische Vorbildung.⁷¹

4.4 Zusammenfassung (Argument Nr. 2)

Das vierte Kapitel setzt sich mit dem grundsätzlichen Arbeitsmarkterfolg von dual qualifizierten Fachkräften auseinander. Ausgehend vom Erklärungsansatz der Humankapitaltheorie machen die entsprechenden Ausführungen deutlich, dass die

⁶⁷ Zu den volkswirtschaftlichen Folgekosten unzureichender Bildung aufgrund entgangenen Wirtschaftswachstums siehe Wößmann, L. und Piopiunik, M. (2009); Piopiunik, M. und Wößmann, L. (2011).

⁶⁸ Vgl. OECD (2012), S. 217ff und S. 231ff. Im Jahr 2010 hatten in Deutschland insgesamt 56,2 % der 25- bis 64-Jährigen als höchsten formalen Bildungsabschluss einen Abschluss in einem beruflichen Bildungsgang der ISCED 3-4 Stufe (vgl. ebd., S. 45). In einer Reihe von Ländern lag dieser Anteil im gleichen Jahr deutlich niedriger, so z.B. in Belgien (25%), Frankreich (30,3 %), Griechenland (15 %), Irland (11,1 %), Italien (30,9 %), Niederlande (33,5 %), Portugal (14,2 %) oder in Spanien (8 %).

⁶⁹ Vgl. Ammermüller, A. und Dohmen, D. (2004), S. 19; OECD (2012), S. 241ff.

⁷⁰ Vgl. Rauner, F. (2010), S. 72ff; Rauner, F. (2007), S. 10f.

⁷¹ Im Jahr 2010 waren 4,2 % der Ausbildungsanfänger im Handwerk ohne Hauptschulabschluss, wohingegen 53,5 % über einen solchen als höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss verfügten. Im Bereich „Industrie und Handel“ beliefen sich diese beiden Anteile im gleichen Jahr nur auf 2,5 % bzw. 25,7 % (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2012a, S. 154).

duale Berufsausbildung sowohl aus individueller als auch aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive eine lohnende Bildungsinvestition ist. So beläuft sich den vorgestellten Untersuchungsergebnissen zufolge der durchschnittliche Einkommensvorteil auf etwa 80.000 bis 85.000 Euro, den eine Person im Laufe ihres Erwerbslebens durch den Abschluss einer handwerklichen Berufsausbildung im Vergleich zu einer Person ohne Ausbildungsabschluss erzielen kann. Diese private „Bildungsrendite“ einer dualen Ausbildung dürfte tatsächlich noch deutlich höher liegen, wenn zusätzlich weitere Effekte von Bildung, wie z.B. ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko, berücksichtigt werden. Ähnlich sieht es aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive aus. Auf Grundlage von internationalen Vergleichsdaten wird deutlich, dass sich für die öffentliche Hand ein formaler Bildungsabschluss auf der Qualifikationsstufe der dualen Ausbildung über das Erwerbsleben einer entsprechenden Person auch unter Berücksichtigung der hierfür aufgewendeten Kosten finanziell bezahlt macht. Schwieriger messbar, aber deshalb nicht weniger wichtig, sind zudem die gesellschaftlichen Beiträge des dualen Ausbildungssystems zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zum Wachstum der deutschen Volkswirtschaft. Insbesondere die duale Ausbildung im Handwerk dürfte auch zur gesellschaftlichen Integration von vielen jungen Menschen beitragen, da im handwerklichen Ausbildungsbereich ein überdurchschnittlich großer Anteil der Auszubildenden über eine relativ geringe schulische Vorbildung verfügt.

Eine weiterführende Einschätzung zur Frage, ob sich der Arbeitsmarkterfolg von Erwerbstätigen in Abhängigkeit von der spezifischen Art ihrer beruflichen Ausbildung (d.h. betrieblich oder vollzeitschulisch) grundsätzlich unterscheidet, fällt differenziert aus. So findet einerseits am Beispiel Deutschlands das Ergebnis des vorangegangenen Kapitels seine Bestätigung, wonach Absolventen des dualen Systems gegenüber Absolventen des Schulberufssystems den potenziellen Vorteil eines reibungsloseren Übergangs in ein erstes stabiles Beschäftigungsverhältnis haben. Andererseits gleicht sich dieser anfängliche Vorteil offenbar im weiteren Erwerbsleben weitgehend aus. So stehen schulisch Ausgebildete auf längere Sicht hinsichtlich der Ausbildungsadäquanz ihrer beruflichen Tätigkeit und der Einkommenshöhe im Durchschnitt sogar etwas besser da als Erwerbstätige mit dualer Ausbildung. Dies dürfte jedoch weniger auf die spezifische Art der Berufsausbildung, sondern vor allem auf die strukturellen Unterschiede zwischen dem dualen System und dem Schulberufssystem zurückzuführen sein. Entscheidend ist vielmehr die Feststellung, dass beide berufliche Ausbildungsformen aus individueller Perspektive eine lohnende Bildungsinvestition darstellen.

Das zweite Argument für die duale Ausbildung lautet somit:

„Die duale Berufsausbildung ist aus individueller und aus staatlich-gesellschaftlicher Sicht eine lohnende Bildungsinvestition.“

5. Zur betrieblichen Kosten-Nutzen-Relation der dualen Ausbildung mit besonderem Fokus auf das Handwerk

5.1 Theoretischer und empirischer Hintergrund

Vom Standpunkt der ökonomischen Theorie aus lässt sich die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben unterschiedlich erklären. Zunächst ist das *Produktionsmotiv* zu nennen. Nach diesem Erklärungsansatz steht im Rahmen des betrieblichen Entscheidungskalküls die produktive Arbeitsleistung eines Auszubildenden und nicht dessen spätere Übernahme im Vordergrund. Das primäre Ziel der eigenen Ausbildung ist demnach für den Betrieb, dass die während der Ausbildungszeit anfallenden Kosten durch den Beitrag des Auszubildenden zum Geschäftserfolg gedeckt werden bzw. sich im Idealfall sogar ein positiver Nettoertrag einstellt. Ein alternativer Erklärungsansatz zielt auf das *Investitionsmotiv* eines ausbildenden Betriebs ab. Demzufolge gibt der Beitrag der eigenen Ausbildung zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs den entscheidenden Ausschlag. Der betriebliche Planungshorizont weist hierbei über die eigentliche Ausbildungszeit hinaus, da den zunächst entstehenden Ausbildungskosten vor allem die verschiedenen Erträge, die sich erst mittel- bis längerfristig durch die Übernahme von Ausbildungsabsolventen ergeben, gegenübergestellt werden.⁷²

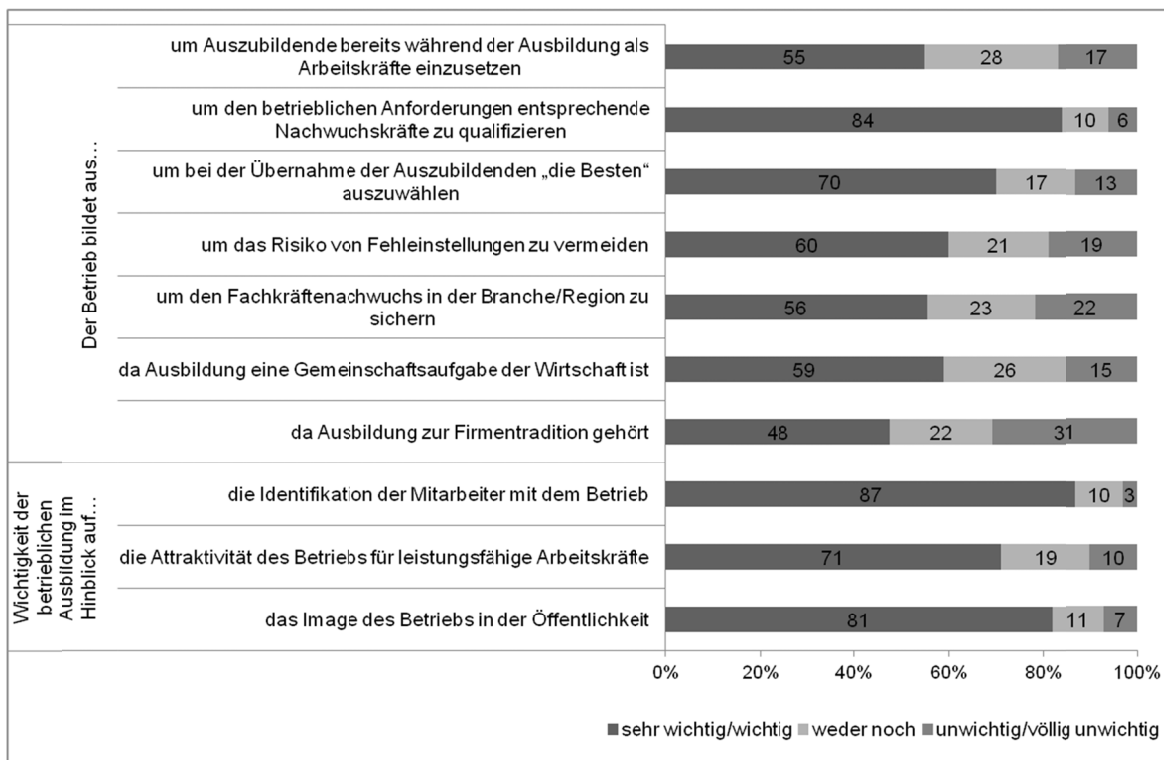
Neben diesen beiden Kernmotiven lassen sich zur Erklärung betrieblicher Ausbildungsbereitschaft noch weitere mögliche Gründe anführen. Das transaktionskostenorientierte *Screening-Motiv* geht von der Möglichkeit aus, dass Informationsasymmetrien zwischen einem Betrieb und seinen zukünftigen Mitarbeitern durch ein vorangegangenes Ausbildungsverhältnis leichter abgebaut werden können. Nach diesem Erklärungsansatz gelangt ein Arbeitgeber durch die Einstellung von Auszubildenden relativ günstig an Informationen über deren tatsächliche Produktivität, weshalb die betriebliche Ausbildung hier als „verlängerte Probezeit“ zu verstehen ist. Das *Reputationsmotiv* bezieht sich auf Imagegewinne (und die daraus resultierenden Marktvorteile), die ein Betrieb aufgrund seiner Ausbildungsanstrengungen aus Sicht von Kunden, Lieferanten oder der allgemeinen Öffentlichkeit für sich verbuchen kann. Ferner fällt hierunter die grundsätzliche Verbesserung der betrieblichen Arbeitsmarktposition, wenn vom eigenen Ausbildungsengagement auch eine positive Signalwirkung auf externe Fachkräfte ausgeht.

Neben diesen verschiedenen ökonomisch orientierten Gründen kann auch aus einem *sozialen Verantwortungsgefühl* heraus eine Bereitschaft zur Ausbildung resultieren; etwa wenn die betriebliche Ausbildung als Beitrag zur Fachkräftesicherung innerhalb einer Region oder der eigenen Branche verstanden wird oder wenn die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nach eigener Überzeugung einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag darstellt. Hiermit im engen Zusammenhang ste-

⁷² Vgl. Hollmann, C. u. a. (2010), S. 13f; Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 14.

hend ist als weiteres nicht-ökonomisches Ausbildungsmotiv die *Firmentradition* zu nennen. Gerade im Handwerk ist dieser Aspekt von Relevanz, da traditionell das Ausbildungsengagement von vielen der dortigen Betriebe stark im eigenen Selbstverständnis verankert ist.⁷³

Abb. 14: Empirische Relevanz von ausgewählten betrieblichen Ausbildungsmotiven (in %)



Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 148 und S. 155 auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, eigene Darstellung

In der betrieblichen Praxis dürften sich häufig verschiedene Ausbildungsmotive überlagern. Die „BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007“⁷⁴ erlaubt über alle Ausbildungsbereiche hinweg einen ersten Eindruck zur relativen empirischen Relevanz verschiedener Ausbildungsmotive (vgl. Abb. 14). Den Ergebnissen zufolge kommt solchen Gründen für die betriebliche Ausbildung, die eher dem Investitionsmotiv bzw. dem Screening-Motiv zuzuordnen sind, im Durchschnitt die größte Bedeutung zu. So stellt für 84 % der befragten Betriebe die Ausbildung ein sehr

⁷³ Vgl. Hollmann, C. u. a. (2010), S. 14f; Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 14f; Haverkamp, K. u. a. (2009), S. 29.

⁷⁴ Bezogen auf das Berichtsjahr 2007 wurden 2.986 Ausbildungsbetriebe aus ganz Deutschland über alle Branchen und Betriebsgrößenklassen hinweg zu den Kosten und zum Nutzen der dualen Ausbildung, hinsichtlich ihres Ausbildungsverhaltens und zu ihren Ausbildungsmotiven befragt. Ansprechpartner waren jeweils die Personal- und Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2009, S. 231).

wichtiges bzw. wichtiges Instrument zur Deckung des betrieblichen Fachkräftebedarfs dar. Der Übernahme von Auszubildenden, die sich während der Ausbildungszeit bewährt haben, messen 70 % der ausbildenden Betriebe eine große Bedeutung zu, wohingegen 60 % in der eigenen Ausbildung von Nachwuchskräften eine wichtige Alternative zur Vermeidung des Risikos von Fehleinstellungen bei der Rekrutierung von betriebsfremden Fachkräften sehen.

Für eine Reihe von Betrieben ist es dagegen wichtig, die eigenen Auszubildenden bereits während der Ausbildungszeit als Arbeitskräfte einsetzen zu können. Mit 55 % fallen die Zustimmungswerte hier jedoch niedriger aus als bei den eher investitionsorientierten Ausbildungsmotiven. Insgesamt kommt somit offenbar dem Produktionsmotiv im Rahmen der Entscheidung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zumindest aus subjektiver Einschätzung der Betriebe eine geringere Bedeutung zu. Andererseits halten jedoch nur 17 % der Befragten diesen Aspekt für unwichtig.⁷⁵ Daneben spielen für viele Betriebe auch aus einem sozialen Verantwortungsgefühl heraus resultierende Beweggründe eine wichtige Rolle. So äußern 59 % der befragten Betriebe die Auffassung, dass die betriebliche Ausbildung eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe der Wirtschaft darstellt. Mit 56 % stößt zudem die Einschätzung auf Zustimmung, dass die eigene Ausbildung ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Region bzw. der Branche ist. Auch ist für 48 % der befragten Betriebe die eigene Firmentradition ein wichtiger Ausbildungsgrund.⁷⁶

Des Weiteren wurden die Betriebe zur Bedeutung ihrer Ausbildungsaktivitäten für die Personalpolitik und die Unternehmensentwicklung befragt (vgl. Abb. 14). Demnach nimmt das Reputationsmotiv in der Tat für viele ausbildende Betriebe einen wichtigen Stellenwert ein. Im Falle öffentlichkeitswirksamer Imagegewinne, die sich durch die betriebliche Ausbildung erzielen lassen, bewegt sich der entsprechende Zustimmungswert bei 81 %. Des Weiteren geben 71 % der Befragten an, dass die eigene Ausbildung auch einen wichtigen Beitrag dazu leistet, damit der Betrieb für externe Fachkräfte als möglicher Arbeitgeber an Attraktivität gewinnt. Wie im Falle der möglichen Gründe für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wurde im Rahmen der BIBB-Erhebung darüber hinaus die Relevanz von weiteren unternehmensrelevanten Aspekten der dualen Ausbildung abgefragt. Ein Beispiel hierfür ist die eingeschätzte Wichtigkeit der betrieblichen Ausbildung für eine effek-

⁷⁵ An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass es bei diesem Ausbildungsmotiv keineswegs automatisch auf die umgangssprachliche „Ausbeutung“ von Auszubildenden hinausläuft. Denn der Einsatz von Auszubildenden in qualifizierenden und gleichzeitig produktiven Arbeitsprozessen hat nicht nur einen positiven Einfluss auf den betrieblichen Nutzen der dualen Ausbildung, sondern kann gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der individuell empfundenen Ausbildungsqualität leisten (vgl. Rauner, F. 2008).

⁷⁶ Eine tiefergehende Auswertung bestätigt die Vermutung, dass die eigene Firmentradition gerade für Handwerksbetriebe ein wichtiges Ausbildungsmotiv darstellt (vgl. Schönfeld, G. u. a. 2010, S. 151f).

tive Mitarbeiterbindung. Für 87 % der Betriebe ist dies von großer Bedeutung. Hieran wird noch einmal deutlich, dass die Deckung des eigenen Qualifikationsbedarfs ein zentrales betriebliches Ausbildungsmotiv ist.

5.2 Kosten und Nutzen während der Ausbildung

Aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive leisten ausbildende Betriebe einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses (vgl. Abschnitt 4.3). Die oben diskutierten Ausbildungsmotive legen jedoch bereits nahe, dass im Vorfeld der betrieblichen Entscheidung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen das dahinterstehende Verhältnis von Kosten und Nutzen aus rationalen Erwägungen heraus durchaus eine wichtige Rolle spielen dürfte.⁷⁷ Unter ökonomischen Gesichtspunkten interessiert daher zum einen, inwiefern Betriebe durch die Übernahme von selbst ausgebildeten Fachkräften wirtschaftlich profitieren können (vgl. Abschnitt 5.3). Zum anderen ist nach der betrieblichen Kosten-Nutzen-Bilanz zu fragen, welche sich bereits während der Ausbildungszeit einstellt. Die BIBB-Erhebung 2007 zu den Kosten und zum Nutzen der dualen Berufsausbildung aus Sicht der ausbildenden Betriebe erlaubt in beiden Fällen die nötigen Rückschlüsse.

Nach den vorliegenden Ergebnissen beliefen sich demnach im Jahr 2007 für einen Betrieb die jährlichen Bruttokosten pro Auszubildenden im Durchschnitt auf rund 15.288 Euro. Mit einem Anteil von 62 % haben dabei die Personalkosten der Auszubildenden das größte Gewicht (9.490 Euro je Auszubildenden) (vgl. Abb. 15). Hierunter wird die Zahlung von Ausbildungsvergütungen sowie von gesetzlichen, tariflichen und freiwilligen Sozialleistungen erfasst. Ein Kostenanteil in Höhe von 22 % entfällt daneben auf Personalkosten für haupt- und nebenberufliche sowie externe Ausbilder (3.292 Euro je Auszubildenden). Bei den Anlage- und Sachkosten für die Ausstattung der betrieblichen Lernorte „Arbeitsplatz“, „Lehrwerkstatt“ und „innerbetrieblicher Unterricht“ (691 Euro je Auszubildenden) und bei den sonstigen Kosten, z.B. für Kammergebühren, Kurse in externen Bildungseinrichtungen oder die betriebliche Ausbildungsverwaltung (1.814 Euro je Auszubildenden), liegen die Anteile bei 4 % bzw. 12 %.⁷⁸

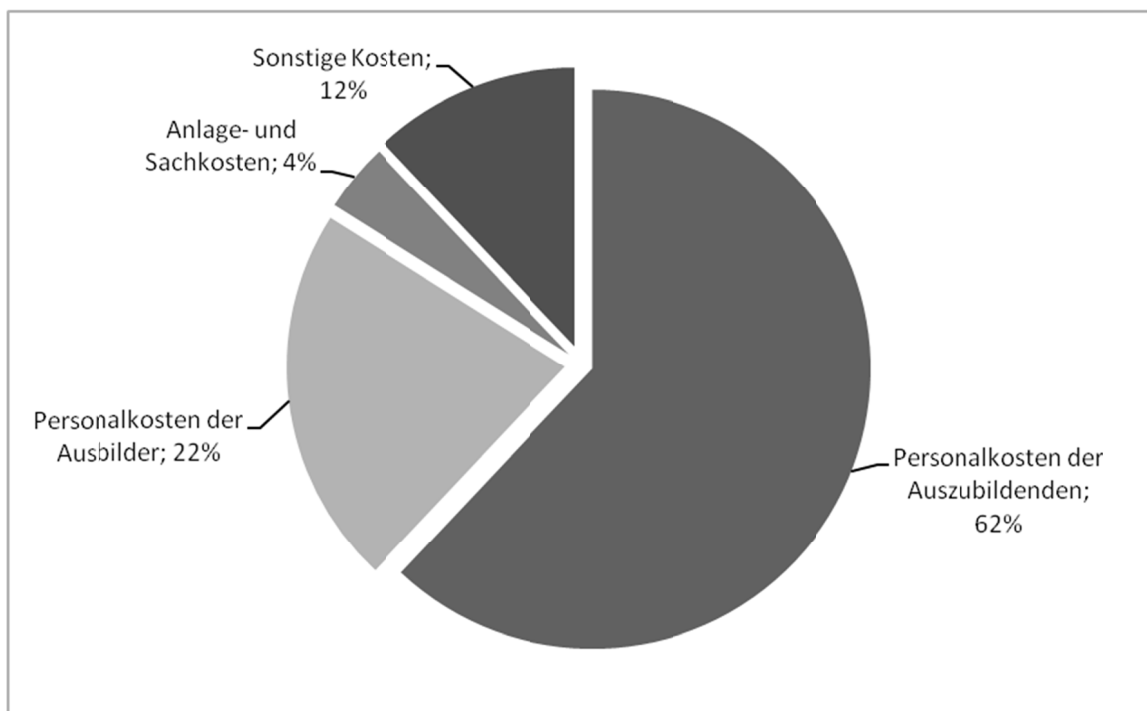
Auszubildende verursachen für einen Betrieb aber nicht nur Kosten. Sie können durch ihre Einbindung in die betrieblichen Arbeitsprozesse bereits in der Ausbildungsphase einen nennenswerten Beitrag zum Unternehmenserfolg leisten. Solche produktiven Leistungen sind als Ausbildungserträge von den Bruttokosten abzuziehen, da sie aus betrieblicher Sicht zu einem wirtschaftlich unmittelbar verwertbaren Nutzen führen. Nach den vorliegenden Ergebnissen sind in den deutschen Betrieben im Jahr 2007 im Durchschnitt entsprechende Erträge in Höhe von

⁷⁷ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2009), S. 230.

⁷⁸ Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 42ff.

11.692 Euro je Auszubildenden entstanden (vgl. Tab. 5).⁷⁹ Unter Berücksichtigung dieses Nutzens aus den produktiven Leistungen von Auszubildenden ergeben sich somit für das Betrachtungsjahr durchschnittliche Nettokosten des betrieblichen Teils der dualen Ausbildung in Höhe von insgesamt 3.596 Euro je Auszubildenden. Bei diesen Größen handelt es sich wie erwähnt um Durchschnittswerte über eine große Zahl von Ausbildungsbetrieben. Es ist daher von besonderem Interesse, dass in rund 35 % der befragten Betriebe die Bruttokosten von den Ausbildungserträgen gedeckt bzw. überschritten wurden und sich für sie somit bereits während der Ausbildung eine vorteilhafte Kosten-Nutzen-Bilanz eingestellt hat.⁸⁰

Abb. 15: Verteilung der betrieblichen Bruttokosten je Auszubildenden 2007



Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 43ff auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, eigene Darstellung

Die Nettokosten der betrieblichen Ausbildung fallen in den einzelnen Ausbildungsbereichen unterschiedlich hoch aus, da die jeweiligen Bruttokosten und Ausbil-

⁷⁹ Die Methodik zur Berechnung der Ausbildungserträge fußt auf dem Äquivalenzprinzip. Dazu werden die Kosten betrachtet, welche theoretisch entstanden wären, wenn die Aufgaben des Auszubildenden durch eine normale Arbeitskraft ausgeführt worden wären. Hierbei wird nach unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden von produktiven Tätigkeiten und dem Leistungsgrad von Auszubildenden differenziert. Letzterer misst die relative Leistungsfähigkeit eines Auszubildenden im Vergleich zur durchschnittlichen Arbeitsleistung einer ausgebildeten Fachkraft. Ferner fließen in die Berechnung der Erträge auch öffentliche Fördermittel an die Betriebe (Bund, Länder, Europäischer Sozialfonds, Bundesagentur für Arbeit) mit ein, da sie ebenfalls die Bruttokosten der betrieblichen Ausbildung reduzieren (vgl. ebd., S. 35f).

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 47f.

dungserträge relativ stark voneinander abweichen (vgl. Tab. 5). Am Beispiel des Handwerks fällt auf, dass dort 2007 im Durchschnitt rund 81 % der Bruttokosten durch Ausbildungserträge gedeckt werden konnten. In Handwerksbetrieben wird demnach offenbar kostengünstiger ausgebildet als z.B. in der Industrie und im Handel, wo sich der entsprechende Anteil bei 72,5 % bewegt. Sowohl bei den Bruttokosten als auch bei den Erträgen liegt das Handwerk jedoch absolut gesehen unter dem dortigen Niveau. Der Unterschied zwischen beiden Ausbildungsbereichen fällt aber bei den Bruttokosten größer aus als bei den Erträgen, wodurch sich rechnerisch für das Handwerk während der Ausbildung im Durchschnitt eine günstigere Kosten-Nutzen-Relation ergibt.

Tab. 5: Bruttokosten, Erträge und Nettokosten je Auszubildenden 2007, insgesamt und nach Ausbildungsbereichen (in Euro)

	Bruttokosten	Erträge	Nettokosten
Insgesamt	15.288	11.692	3.596
Ausbildungsbereich			
Industrie und Handel	16.739	12.133	4.607
Handwerk	13.334	10.820	2.513
Landwirtschaft	12.100	11.138	962
Freie Berufe	12.958	12.691	268
Öffentlicher Dienst	17.297	10.063	7.234

Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 49 auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007

Bei den Bruttokosten je Auszubildenden belegt das Handwerk über alle Ausbildungsbereiche mit 13.334 Euro eine mittlere Position; dies vor allem deshalb, weil die Ausbildungsvergütungen dort vergleichsweise niedrig ausfallen und tariflichen bzw. freiwilligen Sozialleistungen nur eine geringe Bedeutung zukommt. Daneben fallen im Handwerk mit durchschnittlich 10.820 Euro je Auszubildenden die zweitniedrigsten Ausbildungserträge an. Die Abweichungen zum Bereich Industrie und Handel sind an dieser Stelle in erster Linie auf Unterschiede hinsichtlich der Bewertung der produktiven Zeiten zurückzuführen, die ein Auszubildender am betrieblichen Arbeitsplatz verbringt. Einerseits spielt hier das vergleichsweise niedrige Lohn- und Gehaltsniveau in Handwerksbetrieben eine Rolle, da dieses als Wertgerüst für die produktiven Arbeitsleistungen von Auszubildenden genutzt wird. Ein weiterer Einflussfaktor ist, dass die befragten Handwerksbetriebe im Durchschnitt die Leistungsfähigkeit ihrer Auszubildenden im Vergleich zu einer qualifizierten Fachkraft niedriger eingeschätzt haben als Industrie- und Handelsbetriebe. Im Rahmen der Berechnung der Ausbildungserträge hat dies ebenfalls entsprechende Auswirkungen auf die Beurteilung der produktiven Leistungen von Auszubildenden im Handwerk.⁸¹ Der von den Betrieben im Durchschnitt relativ niedrig

⁸¹ Vgl. ebd., S. 57ff. Siehe hierzu auch Fußnote 79.

eingeschätzte Leistungsgrad von handwerklichen Auszubildenden dürfte vor allem auf deren schulische Vorbildungsstruktur zurückzuführen sein. Denn z.B. im Jahr 2007 verfügten von den Ausbildungsanfängern im Handwerk 59 % maximal über einen Hauptschulabschluss. Dieser Anteil fiel im Vergleich dazu im Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ mit 27,9 % deutlich kleiner aus.⁸²

Unter Berücksichtigung einer Reihe weiterer Merkmale bestätigt die auf Basis der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 von Wenzelmann u. a. (2009), S. 6 durchgeführte Regressionsanalyse, dass die Nettokosten der betrieblichen Ausbildung im Handwerk niedriger ausfallen als in Industrie und Handel.⁸³ Verschiedene Einflussgrößen haben den Schätzergebnissen nach ebenfalls einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Höhe der Nettokosten. So sind bspw. bei den mittelgroßen Betrieben (50-499 Beschäftigte) die Nettokosten signifikant niedriger als bei den kleinen Betrieben (10-49 Beschäftigte). Eine Ausbildung in Westdeutschland und eine dreieinhalbjährige Ausbildungsdauer sind dagegen mit höheren Nettokosten verbunden (in Vergleich zu einer Ausbildung in Ostdeutschland bzw. einer dreijährigen Ausbildung). Ein starker und statistisch signifikanter Nettokostenanstieg ergibt sich, wenn im Betrieb eine Lehrwerkstatt vorhanden ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die in einer Lehrwerkstatt verbrachten Ausbildungszeiten nicht nur hohe Kosten verursachen, sondern aufgrund der Loslösung vom betrieblichen Leistungserstellungsprozess mit keinen oder nur mit geringen Erträgen verbunden sind.⁸⁴

5.3 Der längerfristige Ausbildungsnutzen für den Betrieb

Im vorherigen Abschnitt zeigte sich auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, dass sich nur für einen Teil der ausbildenden Betriebe bereits während der Ausbildungszeit im Sinne des Produktionsmotivs eine positive Kosten-Nutzen-Bilanz einstellt. Angesichts dieser Tatsache könnte es aus betrieblicher Sicht unter bestimmten Umständen rational erscheinen, das eigene Ausbildungsangebot zurückzufahren und stattdessen auf extern ausgebildete Fachkräfte zurückzugreifen. Wie in Abschnitt 5.1 dargelegt, kommt aus subjektiver Einschätzung der Betriebe jedoch vor allem den eher investitionsorientierten Ausbildungs-

⁸² Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 154.

⁸³ Die folgenden Merkmale eines Betriebs wurden von Wenzelmann, F. u. a. (2009) neben dem Ausbildungsbereich als mögliche Einflussgrößen der Nettokosten berücksichtigt: die Betriebsgrößenklasse, Unternehmenssitz in Ost- oder Westdeutschland, die Dauer der betrieblichen Ausbildung (drei- oder dreieinhalbjährig), die Existenz einer eigenen Lehrwerkstatt, die Art des Ausbildungsberufs und die betriebliche Zahl der Auszubildenden im Ausbildungsberuf.

⁸⁴ Gegenüber gestellt werden müssten hier freilich die verschiedenen, schwer quantifizierbaren Vorteile einer Lehrwerkstatt (etwa die Möglichkeit von Skalenerträgen im Falle einer gleichzeitigen Unterweisung einer größeren Zahl von eigenen Auszubildenden oder betriebsübergreifende Effizienzpotenziale, wenn die Lehrwerkstatt im Rahmen der Verbundausbildung genutzt wird (vgl. Schönfeld, G. u. a. 2010, S. 69).

motiven eine hohe Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund sollte gerade der längerfristige Ausbildungsnutzen eine wichtige Rolle spielen, der sich für einen Betrieb erst durch die Übernahme eines ehemaligen Auszubildenden und dessen Weiterbeschäftigung als qualifizierte Fachkraft ergibt.

Ein wesentlicher wirtschaftlicher Vorteil der Übernahme von selbst ausgebildeten Fachkräften ist die Möglichkeit zur Einsparung von Personalgewinnungskosten, welche bei einer Rekrutierung am externen Arbeitsmarkt ansonsten anfallen würden. Hierunter sind einerseits Kosten zu verstehen, die unmittelbar mit dem Bewerbungsverfahren einhergehen (d.h. für Stelleninserate, das eingesetzte Personal oder externe Berater). Andererseits zählen hierzu die Kosten der Einarbeitungszeit, wenn Weiterbildungsmaßnahmen zur Anpassung an betriebsspezifische Qualifikationserfordernisse nötig werden (d.h. Kosten durch betriebliche Fehlzeiten während der Weiterbildung und die direkten Kosten der Kurse) oder wenn noch Leistungsunterschiede zwischen betrieblich und extern ausgebildeten Fachkräften bestehen.⁸⁵ Auf Grundlage seiner Kosten- und Nutzenerhebung 2007 hat das BIBB diese Personalgewinnungskosten für die Gruppe der 1.010 Stichprobenbetriebe, die in den zurückliegenden drei Jahren Fachkräfte im jeweiligen Beruf eingestellt haben, errechnet. Insgesamt ergibt sich demnach im Durchschnitt ein Einsparpotenzial in Höhe von 4.214 Euro, wenn statt einer Personalrekrutierung am externen Arbeitsmarkt auf eine selbst ausgebildete Fachkraft gesetzt wird (vgl. Tab. 6). Wird dieser Wert wiederum den durchschnittlichen Nettokosten je Auszubildenden gegenübergestellt (3.596 Euro; vgl. Tab. 5), dann zeigt sich, dass allein aufgrund der eingesparten Personalgewinnungskosten in Folge der Übernahme von ehemaligen Auszubildenden die duale Ausbildung für viele Betriebe mittel- bis längerfristig rentabel sein dürfte.

Tab. 6: Personalgewinnungskosten 2007 bei Rekrutierung einer externen Fachkraft, insgesamt und nach Ausbildungsbereichen (in Euro)

	Bewerbungsverfahren	Einarbeitungszeit	Gesamte Personalgewinnungskosten
Insgesamt	1.191	3.023	4.214
Ausbildungsbereich			
Industrie und Handel	1.525	3.845	5.370
Handwerk	664	2.231	2.895
Landwirtschaft	536	1.776	2.311
Freie Berufe	1.157	1.843	3.001
Öffentlicher Dienst	1.168	3.212	4.380

Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 121ff auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 117ff.

Wie im Falle der während der Ausbildungszeit anfallenden betrieblichen Kosten und Nutzen unterscheidet sich auch die Höhe der einsparbaren Personalgewinnungskosten mitunter stark in Abhängigkeit von bestimmten Merkmalen eines Betriebs.⁸⁶ Tab. 6 stellt in diesem Zusammenhang die Personalgewinnungskosten differenziert nach Ausbildungsbereichen dar. Zunächst wird hieran deutlich, dass über die gesamte Stichprobe hinweg die Einarbeitungszeit einen deutlich größeren Anteil an den Personalgewinnungskosten ausmacht als der Aufwand für das Bewerbungsverfahren. Eine tiefergehende Auswertung zeigt, dass bei den Einarbeitungskosten wiederum die Leistungsunterschiede zwischen betrieblich und extern ausgebildeten Fachkräften mit rund 77 % das größte Gewicht haben. Hierbei werden neben einer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit während der Einarbeitungszeit auch mögliche Lohnunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen berücksichtigt.⁸⁷

Im Handwerk schlagen für eine extern rekrutierte Fachkraft mit 2.895 Euro geringere Personalgewinnungskosten zu Buche als in Industrie und Handel (5.370 Euro; vgl. Tab. 6). Insgesamt gesehen scheint damit auf den ersten Blick die Übernahme eines Auszubildenden im Handwerk im Durchschnitt weniger lohnend zu sein. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass das BIBB sowohl bei der Berechnung der Personalkosten für das Bewerbungsverfahren als auch zur Bewertung der weiterbildungsbedingten Fehlzeiten und der Leistungsunterschiede zwischen betrieblich und extern ausgebildeten Fachkräften die im jeweiligen Betrieb gezahlten Löhne (inkl. Lohnnebenkosten) als Wertmaßstab heranzieht. Insofern trägt ähnlich wie im Falle der während der Ausbildungszeit anfallenden Kosten und Nutzen (vgl. Abschnitt 5.2) das vergleichsweise niedrige Lohn- und Gehaltsniveau im Handwerk dazu bei, dass die Personalgewinnungskosten von Handwerksbetrieben rechnerisch gesehen niedriger sind als in Industrie und Handel. Des Weiteren machen die im Rahmen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 unmittelbar von den befragten Betrieben bezifferten Inserierungs-, Beratungs- und direkten Weiterbildungskosten im Falle des Handwerks nur einen unterdurchschnittlichen Anteil der Personalgewinnungskosten aus. Hier dürfte nicht zuletzt die finanziell und personell beschränkte Ressourcenbasis im kleinbetrieblich geprägten Handwerk zum Tragen kommen.⁸⁸ Werden zudem die Personalgewinnungskosten von Handwerksbetrieben mit den betrieblichen Nettokosten einer Ausbildung im Handwerk verglichen (2.513 Euro; vgl. Tab. 3), so zeigt sich auch hier der Vorteil einer Übernahme von selbst ausgebildeten Fachkräften.

⁸⁶ Für einen Überblick siehe Bundesinstitut für Berufsbildung (2009), S. 237.

⁸⁷ Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 118 und S. 121.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 36f und S. 122f. Eine multivariate Analyse bestätigt unter Berücksichtigung einer Reihe von Kontrollvariablen, dass die Personalgewinnungskosten im Handwerk im Vergleich zum Bereich „Industrie und Handel“ signifikant niedriger ausfallen (vgl. ebd., S. 126f).

Neben der Einsparung von Personalgewinnungskosten ergeben sich für einen Betrieb durch die längerfristige Weiterbeschäftigung von Ausbildungsabsolventen noch weitere, jedoch nur schwer in monetäre Größen zu fassende Vorteile. Hier ist etwa an zumindest vorübergehend weiter bestehende Produktivitätsunterschiede zwischen betrieblich und extern ausgebildeten Fachkräften zu denken, wenn der Lern- und Aneignungsprozess hinsichtlich der betriebsspezifischen Abläufe und Besonderheiten über die unmittelbare Einarbeitungszeit hinaus andauert. Wenig überraschend ist daher das Ergebnis der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, wonach aus Sicht der Betriebe selbst ausgebildete Fachkräfte im Vergleich zu extern eingestellten Fachkräften in der Tat große Vorzüge aufweisen (z.B. mit Blick auf die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit Kunden und Kollegen, Betriebs-treue oder Fachkenntnisse). Die diesbezüglichen Einschätzungen der Handwerksbetriebe weichen dabei kaum vom Gesamtdurchschnitt ab. Ein weiterer Vorteil der Übernahme von selbst Ausgebildeten ist daneben das hierdurch reduzierbare Fehlbesetzungsrisiko, wenn eine extern rekrutierte Fachkraft nach einiger Zeit z.B. aufgrund einer mangelnden fachlichen und sozialen Qualifikation oder aus eigenem Entschluss den Betrieb wieder verlässt. Denn die dann nötig werdenden Neueinstellungen verursachen aus betrieblicher Sicht wieder hohe Personalgewinnungskosten. Dieses Risiko liegt typischerweise bei selbst ausgebildeten Fachkräften – zumindest mit Blick auf nicht passgenaue Qualifikationen – sehr viel niedriger. Nach den Ergebnissen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 haben durchschnittlich rund 14 % der in den zurückliegenden drei Jahren eingestellten Fachkräfte den Betrieb innerhalb eines Jahres wieder verlassen. Unter den Ausbildungsbereichen fiel diese Quote im Handwerk mit 16 % am höchsten aus. Gerade im Handwerk dürfte daher die duale Ausbildung mitunter als Weg gesehen werden, die negativen Konsequenzen personeller Fehlbesetzungen möglichst zu vermeiden.⁸⁹

Das im Handwerk vergleichsweise hohe Fehlbesetzungsrisiko liefert bereits einen Hinweis auf eine weitere Nutzenkategorie der betrieblichen Ausbildung. Denn neben den verschiedenen konkreten Ausbildungsmotiven (vgl. Abb. 14) ist der im Handwerk traditionell starke Fokus auf die eigene Ausbildungsleistung auch die Folge einer schwachen Arbeitsmarktposition. Diese äußert sich in den Schwierigkeiten vieler Handwerksbetriebe, ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal zu gewinnen bzw. die Abwanderung von selbst ausgebildeten Fachkräften in andere Wirtschaftsbereiche zu verhindern.⁹⁰ Insofern sollte sich insbesondere im Falle des Handwerks ein zusätzlicher Nutzen durch die betriebliche Ausbildung aufgrund der hierdurch möglichen Vermeidung von sog. Ausfallkosten ergeben. Diesen kaum quantifizierbaren Opportunitätskosten eines Verzichts auf Ausbil-

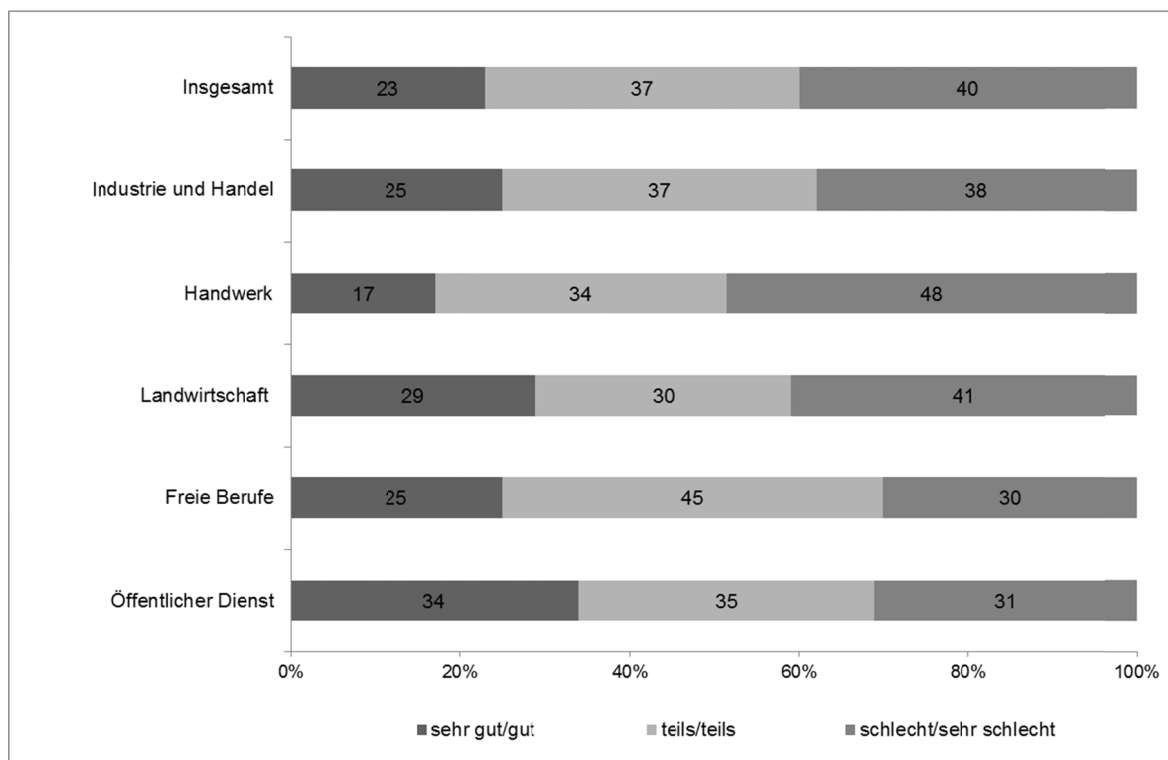
⁸⁹ Vgl. ebd., S. 142ff. Allerdings legt ein Mittelwertvergleich nahe, dass es hinsichtlich der eingeschätzten Wichtigkeit des Ausbildungsmotivs „Vermeidung des Risikos von Fehleinstellungen“ (vgl. Abb. 14) zwischen dem Handwerk und dem Bereich „Industrie und Handel“ keinen nennenswerten Unterschied gibt (vgl. ebd. 152f).

⁹⁰ Vgl. Mendius, H. (2003), S. 124ff.

dungsaktivitäten (bzw. der Nicht-Übernahme von ehemaligen Auszubildenden) liegt der Kerngedanke zu Grunde, dass die eigene Ausbildung aus Sicht eines Betriebes umso vorteilhafter erscheinen dürfte, je ungünstiger sich seine Rekrutierungssituation auf dem externen Arbeitsmarkt darstellt. Ausfallkosten äußern sich dabei durch konkrete Störungen im Betriebsablauf, z.B. wenn in Folge eines Personalmangels wichtige Kundenaufträge nicht ausgeführt werden können.⁹¹

Um sich der Bedeutung von Ausfallkosten für die betriebliche Kosten-Nutzen-Relation der dualen Ausbildung zumindest auf indirektem Wege anzunähern, wurden die befragten Betriebe im Rahmen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 zusätzlich gebeten, ihre Arbeitsmarktposition einzuschätzen. Eine eher negative Einschätzung des extern verfügbaren Arbeitskräfteangebots (hinsichtlich der Zahl der in einer Region vorhandenen und potenziell in Frage kommenden Arbeitskräfte sowie deren Einsatzfähigkeit im Betrieb) ist dann ein Indikator für den betrieblichen Nutzen einer Übernahme von Ausbildungsabsolventen.

Abb. 16: Einschätzungen der Betriebe zur betrieblichen Einsatzfähigkeit von extern rekrutierten Arbeitskräften (in %)



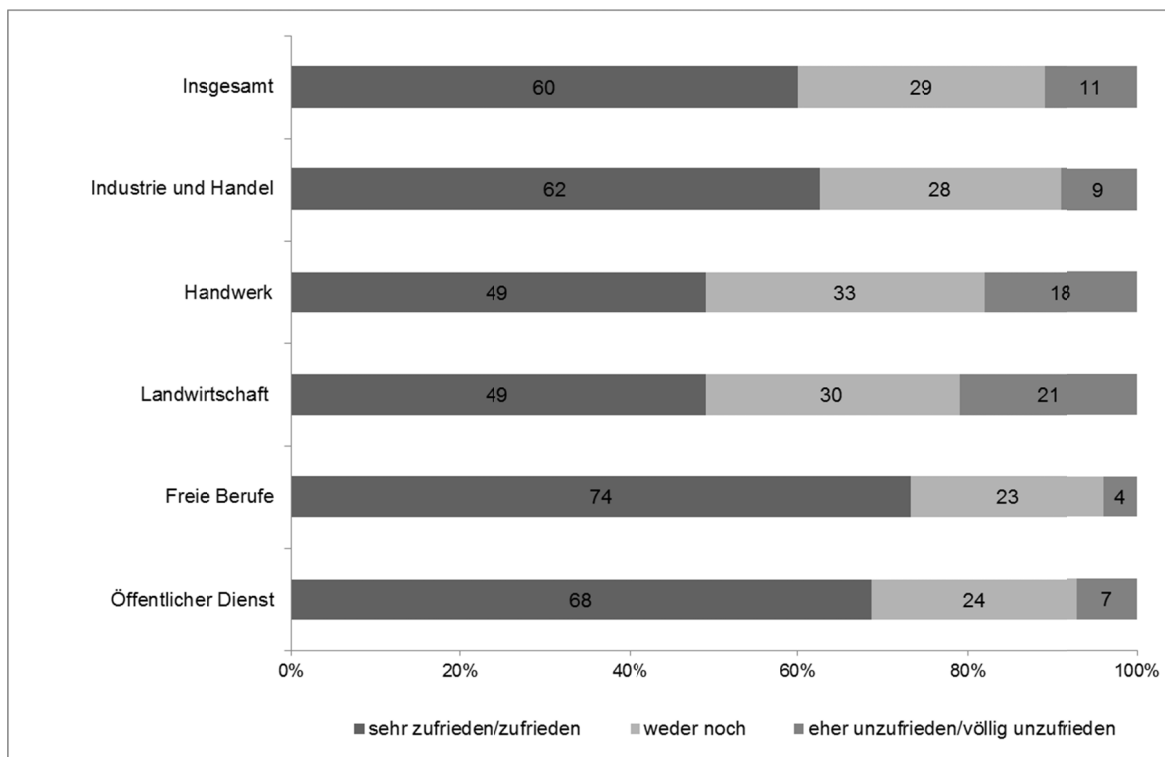
Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 135 auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, eigene Darstellung

Vor allem am Beispiel der Einsatzfähigkeit von externen Arbeitskräften zeigt sich die schwierige Arbeitsmarktposition vieler Handwerksbetriebe (vgl. Abb. 16). Denn

⁹¹ Vgl. Beicht, U. u. a. (2004), S. 211; Bundesinstitut für Berufsbildung (2009), S. 239.

von einem überdurchschnittlich großen Anteil der Befragten aus dem Handwerk wird diese als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt (48 %). Im Bereich Industrie und Handel liegt der entsprechende Anteil mit 38 % deutlich niedriger. Dieser Befund findet auch im Rahmen einer von Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 139f durchgeführten multivariaten Analyse seine Bestätigung. Insofern dürfte im Falle eines Ausbildungsverzichts gerade für Handwerksbetriebe die Gefahr von Ausfallkosten bestehen. Hierfür spricht, dass sich Betriebe aus dem Handwerk nach den Ergebnissen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 häufiger als andere Betriebe in den vorangegangenen zwölf Monaten dazu gezwungen sahen, auf Aufträge und Lieferungen zu verzichten oder diese erst mit Verzögerung durchzuführen. Hierbei handelt es sich natürlich nur um eine Momentaufnahme zur Arbeitsmarktlage von Ausbildungsbetrieben im auch für das Handwerk konjunkturell günstigen Umfeld des Jahres 2007.⁹² Die aufgezeigten relativen Unterschiede zwischen den Ausbildungsbereichen könnten dennoch ein Hinweis darauf sein, dass in Handwerksbetrieben die aufgrund der eigenen Ausbildung vermiedenen Ausfallkosten einen wichtigen Teil des eigenen Ausbildungsnutzens ausmachen.

Abb. 17: Gesamtzufriedenheit der Betriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung (in %)



Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 157 auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, eigene Darstellung

⁹² Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 132ff. Zur Konjunkturlage des Handwerks im Zeitraum 2006 bis 2008 siehe Thomä, J. (2010), S. 37ff.

Alles in allem lassen die Ausführungen in diesem und im vorangegangenen Abschnitt darauf schließen, dass der Großteil der in Deutschland ausbildenden Betriebe von der dualen Ausbildung – auch unter Berücksichtigung der hiermit für sie verbundenen Kosten – profitieren dürfte. Ebendies wird durch ein weiteres Ergebnis der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 bestätigt (vgl. Abb. 17). Diesem lag eine Frage nach der subjektiven Gesamtzufriedenheit mit der Kosten-Nutzen-Relation der eigenen betrieblichen Ausbildung zu Grunde. Die weit überwiegende Mehrheit der insgesamt befragten Betriebe (60 %) brachte diesbezüglich ihre grundsätzliche Zufriedenheit zum Ausdruck. Auch im Falle des Handwerks zeigt sich mit knapp 50 % ein hohes Zufriedenheitsniveau. Vor dem Hintergrund der oben diskutierten Ergebnisse ist jedoch auf den ersten Blick überraschend, dass die Zufriedenheit der Handwerksbetriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung dennoch relativ deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Mit 18 % bringt zudem ein größerer Anteil der Handwerksbetriebe in Bezug darauf ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck als es z.B. in Industrie und Handel der Fall ist.

Die im Handwerk geringer ausfallenden Zufriedenheitswerte dürften auf verschiedene Einflussfaktoren zurückzuführen sein. Zunächst spielt es z.B. eine Rolle, dass das Handwerk stark durch Kleinbetriebe mit unter 10 Beschäftigten geprägt ist. Gerade in kleineren Betrieben werden aus subjektiver Sicht eigene Ausbildungsaktivitäten aufgrund von Ressourcenbeschränkungen eher als Belastung empfunden. Eine entsprechende Differenzierung zeigt denn auch, dass in kleineren Betrieben die Gesamtzufriedenheit mit dem Kosten- und Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung unterdurchschnittlich ausfällt.⁹³

Ein weiterer Erklärungsgrund könnte die im Handwerk häufig anzutreffende „Ausbildung über eigenen Bedarf“⁹⁴ sein. Denn in Folge der Nicht-Übernahme eines ehemaligen Auszubildenden – z.B. weil er nicht den betrieblichen Anforderungen entsprochen hat, auf eigenen Wunsch gegangen ist, sich die Auftragslage des Betriebs verschlechtert hat oder aber weil dies von vornherein Teil des betrieblichen Ausbildungskalküls war – entfällt für einen Betrieb auch der längerfristige Ausbildungsnutzen. Nach den Ergebnissen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 haben 58 % der befragten Handwerksbetriebe zwischen 2005 und 2007 mindestens einen Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung übernommen. Im Bereich Industrie und Handel liegt diese Quote dagegen bei 67 %. Hinsichtlich der Anteile an jeweiligen Betrieben, in denen Ausgebildete trotz eines Übernahmeangebots auf eigenen Wunsch gegangen sind, bestehen hingegen zwischen beiden Ausbildungsbereichen keine nennenswerten Unterschiede (27 % vs. 28 %).⁹⁵

Im Rahmen einer von Schönfeld u. a. (2010), S. 157ff durchgeführten multivariaten Analyse bestätigt sich, dass ein hohes Übernahmeinteresse seitens eines

⁹³ Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 156f.

⁹⁴ Vgl. Mendius, H. (2003), S. 126f.

⁹⁵ Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 112.

ausbildenden Betriebes und dessen Gesamtzufriedenheit mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der dualen Ausbildung in der Tat in einem positiven Zusammenhang zueinander stehen. Ebenfalls findet hier der oben diskutierte Umstand seine Bestätigung, dass kleinere Betriebe signifikant unzufriedener mit dem Kosten-Verhältnis sind. Interessanterweise ist hierbei jedoch auch unter Berücksichtigung einer Reihe von Kontrollmerkmalen bei den Handwerksbetrieben weiterhin eine im Vergleich zum Bereich „Industrie und Handel“ größere Unzufriedenheit zu verzeichnen. Es erscheint plausibel, dass dies zu einem nicht unerheblichen Teil auf die unterschiedliche Vorbildungsstruktur unter den Auszubildenden der beiden Ausbildungsbereiche zurückzuführen ist. Denn wie in Abschnitt 5.2 ausgeführt, verfügt im Handwerk ein überdurchschnittlich großer Anteil der Ausbildungsanfänger maximal über einen Hauptschulabschluss. Eine Untersuchung des ifh Göttingen hat in diesem Zusammenhang aufgezeigt, dass sich Hauptschulabsolventen deutlich seltener als ehemalige Realschüler oder Abiturienten durch ihre schulische Vorbildung gut auf die Anforderungen ihrer handwerklichen Berufsausbildung vorbereitet fühlen.⁹⁶ Die betriebliche Ausbildungsphase ist daher gerade im Handwerk mit einer hohen Betreuungsintensität verbunden, was aus subjektiver Einschätzung der Betriebe die eigene Ausbildung verteuern dürfte. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass sich der wichtige gesellschaftliche Beitrag des Handwerks hinsichtlich der sozialen Integration von eher gering qualifizierten Jugendlichen (vgl. Abschnitt 4.3) dort direkt im betrieblichen Kosten-Nutzen-Verhältnis der dualen Ausbildung niederschlägt.

Ein weiterer, hiermit im Zusammenhang stehender Erklärungsansatz ist die im Handwerk gegenüber Industrie und Handel traditionell höhere Wahrscheinlichkeit einer vorzeitigen Lösung des Ausbildungsvertrags.⁹⁷ Auch im Rahmen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 hat sich dieser Umstand wieder gezeigt. Nach den Angaben der hierbei befragten Handwerksbetriebe haben in den letzten drei Jahren im Durchschnitt 8,9 % der Auszubildenden ihre Ausbildung vorzeitig beendet. Im Bereich Industrie und Handel liegt die entsprechende Quote nur bei 5,5 %.⁹⁸ Aus betrieblicher Sicht geht die vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen mit hohen Kosten einher, wenn sich die bis zum Zeitpunkt der Vertragslösung getätigten Ausbildungsinvestitionen nicht mehr durch Nutzengewinne auszahlen können. Unter Berücksichtigung der bis zur Vertragslösung angefallenen Brutto-

⁹⁶ Vgl. Haverkamp, K. u. a. (2009), S. 44f. Es gibt vielfältige Gründe für die vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen: „Sie reichen von Betriebsschließungen und gesundheitlichen Gründen, revidierten Berufswahlentscheidungen bis hin zu Konflikten zwischen Ausbildern und Auszubildenden“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2011, S. 179).

⁹⁷ Zur Problematik der vorzeitigen Ausbildungsabbrüche im Handwerk siehe ebd., S. 27f. In diesem Zusammenhang ist von Relevanz, dass grundsätzlich im dualen System die Vertragsauflösungsquote bei Auszubildenden ohne und mit Hauptschulabschluss deutlich über dem Durchschnitt liegt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 115f).

⁹⁸ Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 107f.

kosten und Erträge der Ausbildung sowie der durchschnittlichen Vertragslösungsquote in einzelnen Ausbildungsberufen haben Wenzelmann und Lemmermann (2012) in diesem Zusammenhang errechnet, dass über alle Ausbildungsbereiche hinweg im Handwerk mit rund 1.609 Euro je Auszubildende die höchsten zu erwartenden Kosten einer Vertragslösung zu Buche schlagen (im Vergleich dazu Industrie und Handel: rund 1.232 Euro je Auszubildenden). Das besonders im Handwerk auftretende Problem der vorzeitigen Lösung von Ausbildungsverträgen dürfte daher zu einem nicht unerheblichen Teil die unterdurchschnittliche Zufriedenheit der Handwerksbetriebe mit dem subjektiv empfundenen Kosten-Nutzen-Verhältnis der dualen Ausbildung erklären.

5.4 Zusammenfassung (Argument Nr. 3)

In diesem Kapitel wird zunächst deutlich, dass Betriebe aus unterschiedlichen Motiven ausbilden. Besonders häufig gibt der Beitrag der eigenen Ausbildung zur Deckung des betrieblichen Fachkräftebedarfs den entscheidenden Ausschlag. Weitere wichtige Ausbildungsgründe sind z.B. durch Ausbildungsaktivitäten erzielbare Imagegewinne, die eigene Firmentradition oder der produktive Einsatz von Auszubildenden während der Ausbildungszeit. Im Rahmen der betrieblichen Entscheidung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen dürfte dabei das hiermit verbundene Verhältnis von Kosten und Nutzen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Denn für einen Betrieb besteht womöglich der Anreiz, aus der dualen Ausbildung auszusteigen, wenn sich sein Ausbildungsengagement für ihn nicht in der einen oder anderen Form bezahlt macht.

Auf Grundlage von Ergebnissen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 wird ferner ersichtlich, dass ein Teil der in Deutschland ausbildenden Betriebe bereits während der Ausbildungszeit aufgrund des produktiven Einsatzes ihrer Auszubildenden eine vorteilhafte Kosten-Nutzen-Bilanz verbuchen kann. Darüber hinaus ist vor allem der längerfristige Ausbildungsnutzen wichtig, der sich für einen Betrieb erst durch die Übernahme eines ehemaligen Auszubildenden und dessen Weiterbeschäftigung als qualifizierte Fachkraft ergibt. Wie diesbezüglich dargelegt, dürfte die eigene Ausbildung bereits durch die Einsparung der bei einer externen Fachkräfterekrutierung ansonsten anfallenden Personalgewinnungskosten für viele Betriebe mittel- bis längerfristig rentabel sein. Ferner tragen hierzu für einen gewissen Zeitraum fortbestehende Produktivitätsunterschiede zwischen betrieblich und extern ausgebildeten Fachkräften und ein geringeres Fehlbesetzungsrisiko im Falle eines Rückgriffs auf ehemalige Auszubildende bei.

Alles in allem kann somit geschlussfolgert werden, dass sich die duale Ausbildung für die Mehrzahl der ausbildenden Betriebe lohnen dürfte. Dies gilt auch für das Handwerk (nicht zuletzt angesichts der eher schwachen Arbeitsmarktposition vieler Handwerksbetriebe und der damit einhergehenden Gefahr, qualifiziertes Personal nicht ausreichend genug über den externen Arbeitsmarkt rekrutieren zu können). Allerdings fällt den Ergebnissen nach die subjektive Gesamtzufriedenheit der Handwerksbetriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbil-

derung nur unterdurchschnittlich hoch aus. Neben der kleinbetrieblich geprägten Unternehmensgrößenstruktur des Handwerks können hierfür verschiedene Gründe verantwortlich sein. Ein wichtiger Aspekt dürfte die im Handwerk oft vorkommende „Ausbildung über eigenen Bedarf“ sein, da ein Betrieb im Falle einer Nicht-Übernahme von ehemaligen Auszubildenden auch keinen längerfristigen Ausbildungsnutzen für sich generieren kann. Daneben könnte die Tatsache, dass ein relativ großer Teil der Ausbildungsanfänger im Handwerk über eine relativ geringe schulische Vorbildung verfügt, für viele Betriebe aus subjektiver Sicht die eigene Ausbildung aufgrund einer hohen Betreuungsintensität verteuern. Zu guter Letzt zeigt Kapitel 5 auf, dass das gerade im Handwerk häufig auftretende Problem der vorzeitigen Lösung von Ausbildungsverträgen wegen der damit verbundenen hohen betrieblichen Kosten zu einem nicht unerheblichen Teil die im Durchschnitt geringere Zufriedenheit der Handwerksbetriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung erklären dürfte.

Das dritte Argument für die duale Ausbildung lautet somit:

„Für die Mehrheit der ausbildenden Betriebe fällt das Kosten-Nutzen-Verhältnis der dualen Ausbildung positiv aus.“

6. Das Finanzierungsmodell des dualen Ausbildungssystems

6.1 Finanzierungsbausteine

Für verschiedene Akteursgruppen (Staat, Betriebe, Privathaushalte) ist die berufliche Bildung mit einem unmittelbaren Nutzen verbunden. Infolgedessen haben sich in einzelnen Ländern spezifische Strukturen herausgebildet, wie die Finanzierung der Kosten für die Bereitstellung der beruflichen Ausbildungsangebote zwischen der öffentlichen Hand, den Bildungsteilnehmern und den Arbeitgebern aufgeteilt ist.⁹⁹ Ein europaweiter Vergleich im Rahmen einer Studie der Europäischen Kommission ergab diesbezüglich, dass im Kern zwei Finanzierungsmodelle voneinander zu unterscheiden sind. Zum einen dominiert in Ländern, in denen die Berufsausbildung vorrangig in schulischer Form vonstattengeht (z.B. Polen, Slowakei, Spanien) die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung entsprechender Bildungsangebote. Private Finanzierungsbeiträge haben hier nur ergänzenden Charakter. Zum anderen ist eine Reihe von Ländern zu nennen, in denen im Rahmen der Berufsausbildung der betriebliche Ausbildungsteil einen großen Stellenwert einnimmt. Entsprechend fällt dort im Vergleich zum ersten Modell auch der Finanzierungsbeitrag von privater Seite deutlich höher aus.¹⁰⁰ Das in Deutschland stark ausgebaute System der dualen Berufsausbildung liefert hierfür ein besonders treffendes Beispiel. Nicht zuletzt dieser Tatsache dürfte der Umstand geschuldet sein, dass die OECD die gegenseitige Ergänzung von privaten und öffentlichen Finanzierungsmitteln als eine Stärke des deutschen Berufsbildungssystems hervorgehoben hat.¹⁰¹

Im Wesentlichen lassen sich hierzulande bezüglich der Finanzierung der dualen Berufsausbildung drei verschiedene Ausgabenbereiche voneinander abgrenzen:

Berufsschulen im dualen System

Die Länder und Kommunen haben im Jahr 2009 rund 3,8 Mrd. Euro zur Finanzierung der Berufsschulen im dualen System ausgegeben. Ausgangspunkt dieser Schätzung sind die vom Statistischen Bundesamt für das Haushaltsjahr 2009 ermittelten durchschnittlichen Ausgaben je Teilzeitberufsschüler im dualen System in Höhe von 2.400 Euro.¹⁰² Diese Kenngröße umfasst einerseits Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung (einschließlich Beihilfeaufwendungen und Sozialversicherungsbeiträge), laufenden Sachaufwand und Investitionsausgaben. Da ein Großteil der im aktiven Dienst befindlichen Lehrkräfte verbeamtet ist, flie-

⁹⁹ Vgl. OECD (2010a), S. 50ff.

¹⁰⁰ Vgl. European Commission (2012), S. 73f und 121.

¹⁰¹ Vgl. Hoeckel, K. und Schwartz, R. (2010), S. 5; OECD (2010a), S. 178.

¹⁰² Vgl. Statistisches Bundesamt (2012b), S. 6.

ßen zudem unterstellte (fiktive) Sozialbeiträge für deren Alters- und Krankenversorgung in die Berechnungsgrundlage mit ein. Zur Schätzung der Gesamtausgaben für den schulischen Teil der dualen Ausbildung wurde ferner die Zahl der am 31. Dezember 2009 als Auszubildende in einer dualen Ausbildung nach BBiG bzw. HwO gemeldeten Personen (1.571.457 Personen gemäß Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder) zu Grunde gelegt.¹⁰³ Wird diese Schätzung in gleicher Vorgehensweise am Beispiel Niedersachsens durchgeführt, ergibt sich eine Summe von 338,7 Mio. Euro, die im Jahr 2009 für niedersächsische Berufsschulen des dualen Systems ausgegeben wurden.¹⁰⁴

Öffentliche Förderung des nicht-schulischen Teils der dualen Ausbildung

Neben der Finanzierung der Berufsschulen fördert die öffentliche Hand den nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung auf unterschiedliche Art und Weise. Hierbei handelt es sich in der Regel um Zuschüsse im Rahmen der betrieblichen, außerbetrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung entweder für ausbildende Betriebe, Auszubildende oder für beteiligte Maßnahme- bzw. Projektträger. Um einen überblicksartigen Eindruck zur öffentlichen Förderung der dualen Ausbildung zu bekommen, listet Tab. 7 bezogen auf das Jahr 2010 eine Reihe ausgewählter Förderprogramme und -maßnahmen unter Angabe der jeweils eingesetzten Mittel auf. Als Informationsgrundlage dienen eine vom BIBB durchgeführte Befragung von zuständigen Bundes- und Landesministerien bzw. -behörden sowie die Haushaltsplanungen der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Gemessen an der Ausgabenhöhe sind zunächst die Angebote der BA im Bereich der Berufsausbildung zu nennen. Arbeitgeber konnten im Jahr 2010 z.B. einen Ausbildungsbonus als Zuschuss für die zusätzliche betriebliche Ausbildung von förderungsbedürftigen Jugendlichen erhalten (etwa für Auszubildende, die ihren Ausbildungsplatz aufgrund einer Betriebsinsolvenz verloren haben). Bei Vorlage bestimmter Anspruchsvoraussetzungen wurde Auszubildenden zudem Berufsausbildungsbeihilfe während ihrer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung gewährt. Ein weiterer Schwerpunkt der BA lag 2010 auf der Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender, worunter u.a. die Gewährung von Zuschüssen und die Erstattung von Maßnahmekosten für Bildungsträger der außerbetrieblichen Berufsausbildung fallen.¹⁰⁵

¹⁰³ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 99.

¹⁰⁴ In niedersächsischen Berufsschulen im dualen System beliefen sich die Ausgaben pro Schüler im Jahr 2009 auf 2.200 Euro (vgl. Statistisches Bundesamt (2012b), S. 6). Am 31.12.2009 befanden sich in Niedersachsen wiederum 153.934 Auszubildende in einer dualen Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2011), S. 124).

¹⁰⁵ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012b), S. 8f.

Tab. 7: Beispiele öffentlicher Förderung mit Bezug zum nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung im Jahr 2010

Programmtitel/Maßnahmebezeichnung	In 2010 eingesetzte Mittel in Mio. Euro
Bund	
<i>Bundesagentur für Arbeit</i>	
Ausbildungsbonus	36,4
Berufsausbildungsbeihilfe (während der beruflichen Erstausbildung)	400,3*
Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	672
<i>Sonstige</i>	
Ausbildungsplatzprogramm Ost	16,4
JOBSTARTER - Für die Zukunft ausbilden	17,9
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) und ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren (BMBF-Zuständigkeitsbereich)	43,0
Überbetriebliche berufliche Bildung im Handwerk (überbetriebliche Lehrlingsunterweisung- ÜLU)	47,4
Land Niedersachsen	
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren (Investitionen)	5,7
Qualifizierung Auszubildender durch Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung	6,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2010); Bundesagentur für Arbeit (2012); Bundesinstitut für Berufsbildung (2012d)

* Geschätzter Wert auf Grundlage der Leistungsempfänger im Jahresdurchschnitt und des Jahreskopfsatzes (brutto) je Leistungsempfänger (Soll 2010).

Weitere Mittel wurden im Rahmen verschiedener Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung – zum Teil unterstützt durch Mittel der Europäischen Union – bereitgestellt. Durch das bis 2012/2013 degressiv auslaufende Ausbildungsplatzprogramm Ost hat z.B. der Bund im Ausbildungsjahr 2010/2011 gemeinsam mit den neuen Ländern 935 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Das durch Mittel des Europäischen Sozialfonds unterstützte Programm „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“ ist hingegen ein Beispiel für die öffentliche Förderung von innovativen Projektvorhaben der beruflichen Bildung. Es soll zur Verbesserung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen und regionaler Ausbildungsstrukturen einen Beitrag leisten. Der Bund hat im Jahr 2010 ferner umfangreiche Fördermittel im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung bereitgestellt. Die Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und von Lehrgängen der überbetrieblichen Ausbildung bildete im gleichen Jahr auch einen wesentlichen Teil der Berufsausbildungsförderung des Landes Niedersachsen (mit

Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bzw. des Europäischen Sozialfonds).¹⁰⁶

Kosten der dualen Ausbildung für Betriebe

Der dritte und mit Abstand größte Beitrag zur Finanzierung der dualen Ausbildung wird durch die ausbildenden Betriebe der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes geleistet. Deren Ausbildungskosten werden in regelmäßigen Abständen im Rahmen der BIBB-Erhebungen zu den Kosten und zum Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung dokumentiert, wobei die derzeit aktuellsten Ergebnisse für 2007 vorliegen.¹⁰⁷ Im diesem Berichtsjahr beliefen sich für die Betriebe in Deutschland die während der betrieblichen Ausbildungsphase anfallenden Bruttokosten je Auszubildenden (d.h. ohne Abzug der Erträge aus den produktiven Leistungen der Auszubildenden) durchschnittlich auf 15.288 Euro.¹⁰⁸

Multipliziert mit der Zahl der Ausbildungsverhältnisse betragen damit im Jahr 2007 in Deutschland die Gesamtbruttokosten der betrieblichen Ausbildung 23,82 Mrd. Euro (vgl. Tab. 8). Die Bruttokosten je Auszubildenden fielen dabei in Westdeutschland höher aus als in Ostdeutschland, was zu einem Großteil auf ein unterschiedliches Lohn- und Gehaltsniveau zurückzuführen ist. Als Gesamtbruttokosten der betrieblichen Ausbildung standen in den alten Ländern rund 19,8 Mrd. Euro zu Buche, wovon knapp 2,3 Mrd. Euro von niedersächsischen Betrieben getragen wurden. Die höchsten Pro-Kopf-Bruttokosten fielen in den Ausbildungsbereichen „Industrie und Handel“ sowie „Öffentlicher Dienst“ an; vor allem aufgrund der dort höheren Personalkosten für Auszubildende. Die hochgerechneten Ergebnisse zeigen dagegen, dass das Handwerk neben dem Bereich „Industrie und Handel“ einen wesentlichen Teil der Gesamtbruttokosten der betrieblichen Ausbildung trägt.¹⁰⁹

Abschließend bleibt an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Ausbildungsanstrengungen seitens der öffentlichen Hand durch die BIBB-Erhebung ein Stück weit unterschätzt werden, da Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst für Berufe der gewerblichen Wirtschaft entsprechend der jeweils zuständigen Kammer den Bereichen „Industrie und Handel“ oder „Handwerk“ zugeordnet sind.¹¹⁰

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 3ff und S. 29ff.

¹⁰⁷ Gemäß Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 262 ist für 2013 die nächste Erhebung vorgesehen, bezogen auf das Jahr 2012 als Referenzzeitraum.

¹⁰⁸ Siehe hierzu ausführlich Abschnitt 5.2.

¹⁰⁹ Vgl. Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 55ff und S. 102ff.

¹¹⁰ Vgl. Baumann, T. u. a. (2010), S. 271.

Tab. 8: Kosten der dualen Ausbildung für Betriebe im Jahr 2007, je Auszubildenden und hochgerechnet für Gesamtdeutschland

	Bruttokosten je Auszubildenden in Euro	Gesamtbruttokosten in Mrd. Euro
Insgesamt	15.288	23,82
Region		
Westdeutschland	16.149	19,76
<i>davon:</i> Niedersachsen	15.493	2,27
Ostdeutschland	12.133	4,05
Ausbildungsbereich		
Industrie und Handel	16.739	14,61
Handwerk	13.334	6,36
Landwirtschaft	12.100	0,51
Freie Berufe	12.958	1,60
Öffentlicher Dienst	17.297	0,74

Quelle: Schönfeld, G. u. a. (2010), S. 55ff und S. 102ff auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzererhebung 2007

6.2 Gesamtausgaben für die duale Ausbildung

Um Schlussfolgerungen zum Finanzierungsmodell des dualen Ausbildungssystems ziehen zu können, ist zunächst eine Schätzung der jährlichen Gesamtausgaben für die duale Berufsausbildung erforderlich, die eine Vergleichsbetrachtung mit der Finanzierungsstruktur in anderen Bildungsbereichen erlaubt. Das vom Statistischen Bundesamt erstellte Bildungsbudget liefert hierfür wichtige Informationen. In Form einer Gesamtrechnung fasst es bezogen auf einzelne Jahre alle in Deutschland für Bildung, Forschung und Wissenschaft getätigten Ausgaben zusammen und zeigt dabei die entsprechenden Finanzierungsbeiträge der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden), des privaten Bereichs (Unternehmen, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie des Auslands auf. Der nicht-schulische Teil der dualen Ausbildung ist im international vergleichbaren Bereich A des Bildungsbudgets als eine formale Bildungseinrichtung abgegrenzt. Hierbei werden die jährlichen Gesamtausgaben für die betriebliche, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildung (einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der BA) ausgewiesen. Bei der entsprechenden Berechnung greift das Statistische Bundesamt als Datenquelle derzeit unter anderem auf die im vorangegangenen Abschnitt diskutierte BIBB-Erhebung 2007 zu den Kosten und zum Nutzen der betrieblichen Ausbildung zurück.¹¹¹

¹¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2012c); Baumann, T. u. a. (2010). Mit Hilfe ergänzender Informationen werden die BIBB-Daten aus dem Jahr 2007 für die späteren Be-

Unter methodischen Gesichtspunkten verdienen an dieser Stelle zwei Aspekte besondere Berücksichtigung. Erstens werden im Rahmen des Bildungsbudgets grundsätzlich nur solche direkten Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen erfasst, die unmittelbar zur Finanzierung des Bildungsprozesses dienen. Wie am Beispiel der jährlichen Ausgaben je Teilzeitberufsschüler im dualen System bereits dargestellt wurde, handelt es sich dabei z.B. um Ausgaben für Lehr- und sonstiges Personal, Sachaufwand, Investitionsausgaben sowie unterstellte Sozialbeiträge für die im Bildungsbereich derzeit tätigen Beamten.¹¹² Im Falle des betrieblichen Beitrags zur Finanzierung der dualen Ausbildung hat dies etwa zur Folge, dass die auf Grundlage der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 erfassten Personalkosten für Auszubildende – also die größte Komponente der betrieblichen Ausbildungskosten (vgl. Abschnitt 5.2) – keine Berücksichtigung finden. Denn Ausbildungsvergütungen gelten aus Budgetsicht als arbeitsmarktrelevante Kompensation für die produktiven Leistungen von Auszubildenden und somit nicht als direkter Beitrag zur Finanzierung des Bildungsprozesses im Rahmen des dualen Systems.¹¹³ Aufgrund dessen werden im Falle der vorliegenden BIBB-Daten auch nur Ausgaben für die betriebliche Ausbildung in Höhe von 5.797 Euro je Auszubildenden als budgetrelevant eingestuft. Nach dem konzeptionellen Ansatz des Bildungsbudgets ergibt sich somit hochgerechnet mit der Zahl der Auszubildenden ein Betrag von rund 8,5 Mrd. Euro, der im Jahr 2007 insgesamt für die betriebliche Ausbildung ausgegeben wurde.¹¹⁴

Zweitens ist zu erwähnen, dass das Statistische Bundesamt bei der Berechnung der Ausgaben für die betriebliche Ausbildung auf ein mehrstufiges methodisches Verfahren zurückgreift, um im Bildungsbudget die Ausbildungsanstrengungen des öffentlichen Dienstes möglichst präzise von denen der Privatwirtschaft abgrenzen zu können (vgl. Abschnitt 6.1).¹¹⁵

Bezogen auf das Jahr 2009 weist das Bildungsbudget für den nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung eine Gesamtausgabensumme von 10,9 Mrd. Euro aus. Dies entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 0,5 %. Der Finanzierungsbeitrag des privaten Bereichs wird hierbei mit 7,9 Mrd. Euro beziffert. Die übrigen Bildungsausgaben in Höhe von 3,0 Mrd. Euro entfallen auf den öffentlichen Bereich.¹¹⁶ Um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen, sei an dieser

richtsjahre des Bildungsbudgets fortgeschrieben (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 262f).

¹¹² Vgl. Statistisches Bundesamt (2012c), S. 4; Statistisches Bundesamt (2011c), S. 29.

¹¹³ Für eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Annahme siehe die empirische Untersuchung von Beicht, U. und Walden, G. (2012). Die Ergebnisse der beiden Autoren lassen darauf schließen, dass Ausbildungsvergütungen statt als Entgelt für erbrachte produktive Arbeitsleistungen eher als Ausbildungsbeihilfe (und somit als unmittelbar bildungsrelevant) aufgefasst werden sollten.

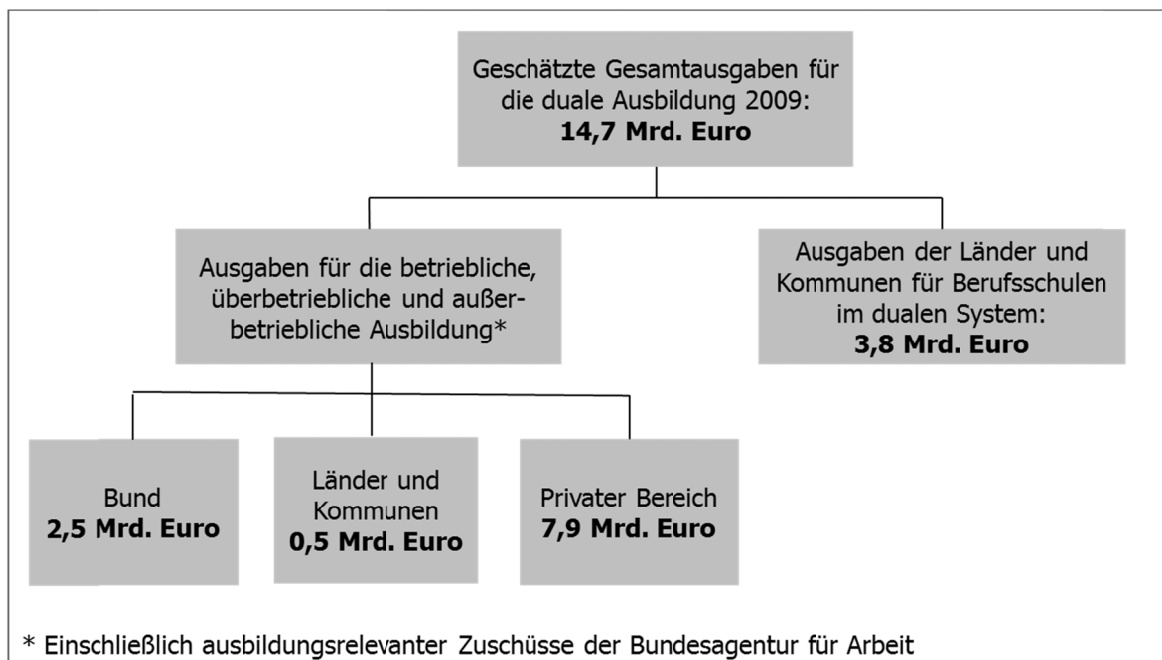
¹¹⁴ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 262.

¹¹⁵ Vgl. Baumann, T. u. a. (2010), S. 271.

¹¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (2012c), S. 11f.

Stelle noch einmal erwähnt, dass es sich bei diesen Summen um Schätzungen seitens des Statistischen Bundesamts gemäß der konzeptionellen Grundlage des Bildungsbudgets handelt. Die im Abschnitt 6.1 bezüglich des nicht-schulischen Teils der dualen Ausbildung angeführten Zahlen wurden daher nicht zur Berechnung herangezogen, sondern dienen nur der besseren Veranschaulichung dieses Ausgabenbereichs. Werden dagegen die Ausgaben der Länder und Kommunen im Jahr 2009 für die Finanzierung der Berufsschulen im dualen System gemäß der in Abschnitt 6.1 vorgenommenen Schätzung noch hinzugerechnet (3,8 Mrd. Euro), ergeben sich die Gesamtausgaben für die duale Berufsausbildung im Sinne des Bildungsbudget-Ansatzes. Demnach wurden im Jahr 2009 in Deutschland rund 14,7 Mrd. Euro für die Finanzierung des dualen Ausbildungssystems ausgegeben (vgl. Abb. 18).

Abb. 18: Geschätzte Gesamtausgaben für die duale Ausbildung 2009 gemäß Bildungsbudget-Ansatz



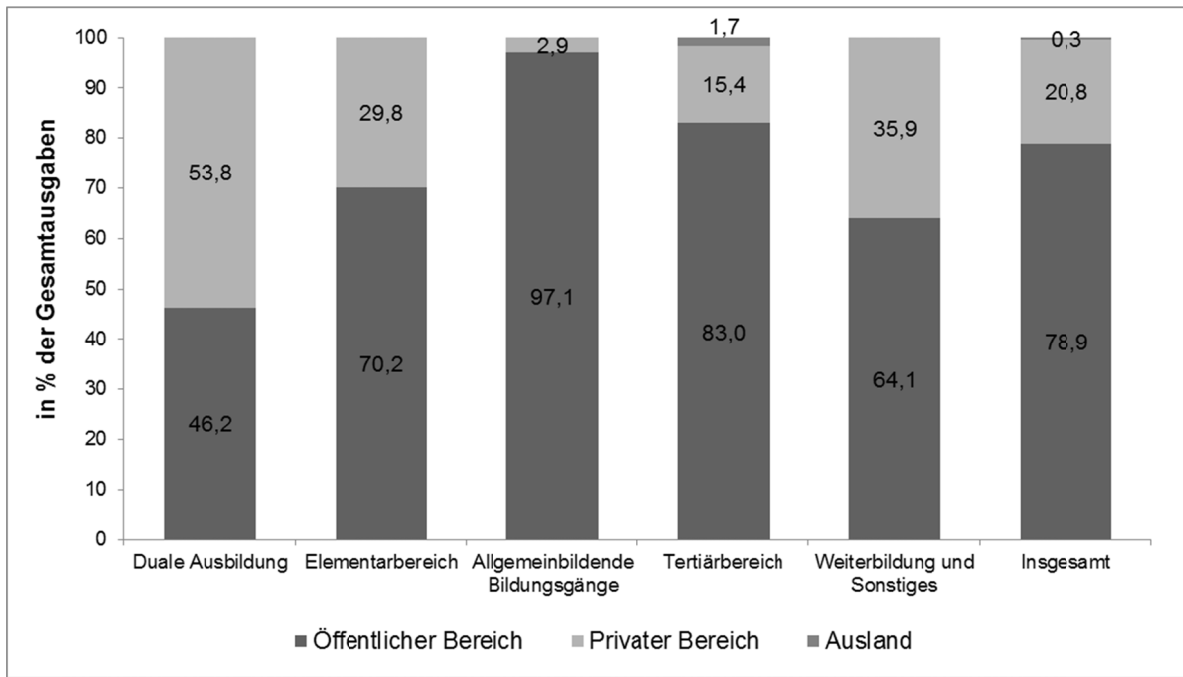
Quelle: eigene Darstellung

6.3 Implikationen der Finanzierungsstruktur

Auf Grundlage der im Bildungsbudget erfassten direkten Ausgaben für verschiedene formale Bildungseinrichtungen lässt sich zeigen, dass das deutsche Bildungswesen zu einem Großteil von öffentlichen Mitteln getragen wird. Über alle Bildungsbereiche hinweg hat die öffentliche Hand im Jahr 2009 rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben in Deutschland finanziert. Auf den Bund entfielen hierbei 12,1 % der Bildungsausgaben. Die Länder haben 52,4 % und die Kommu-

nen 14,4 % der Mittel beigesteuert. Der Finanzierungsbeitrag des privaten Bereichs belief sich auf knapp 21 %.¹¹⁷

Abb. 19: Finanzierungsstruktur der Gesamtausgaben für die duale Ausbildung 2009 im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen



Quelle: Abschnitt 6.2; Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 37 und Tab. B3-1A auf Grundlage verschiedener Datenquellen; eigene Darstellung

Ein Vergleich der in Abschnitt 6.2 entsprechend der konzeptionellen Grundlage des Bildungsbudgets ermittelten Finanzierungsstruktur der Gesamtausgaben für die duale Ausbildung mit derjenigen in anderen Bildungsbereichen liefert demgegenüber ein differenziertes Bild (vgl. Abb. 19). Vor allem im Elementarbereich (z.B. Kindergärten), im Bereich allgemeinbildender Schulen und im Tertiärbereich (z.B. Universitäten und Fachhochschulen) dominiert demnach die Bildungsfinanzierung aus öffentlichen Mitteln. Der Finanzierungsbeitrag des privaten Bereichs fällt hier entsprechend niedrig aus. Anders stellt sich die Lage hingegen im Falle des dualen Systems dar. Mit einem Anteil von rund 54 % an den budgetrelevanten Bildungsausgaben überwiegt hier die Bereitstellung von privaten Finanzierungsmitteln. Aus finanzpolitischer Sicht gestaltet sich daher die Finanzierung der dualen Ausbildung vergleichsweise günstig.¹¹⁸

¹¹⁷ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 37.

¹¹⁸ Es ließe sich argumentieren, dass der Beitrag der öffentlichen Hand zur Finanzierung der dualen Ausbildung tatsächlich höher ausfällt, da Aufwendungen für die Ausbildung den steuerpflichtigen Gewinn von Unternehmen reduzieren (vgl. Statistisches Bundesamt (2011c), S. 26). Die Quantifizierung einer solchen indirekten Bildungsförderung durch den Fiskus ist jedoch schwer möglich (vgl. BLK (2006), S. 14; Statisti-

Da in Ländern mit stärker schulisch organisierten Berufsausbildungssystemen in der Regel der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand entsprechend hoch ausfällt (vgl. Abschnitt 6.1), lässt sich vor diesem Hintergrund die starke Beteiligung der privatwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland an der Finanzierung der dualen Ausbildung auch als potenzielle Kostenersparnis für die öffentliche Hand interpretieren.¹¹⁹ Eine vereinfachte Modellrechnung soll dies im Folgenden noch einmal veranschaulichen (vgl. Tab. 9). Ausgangspunkt ist hier die Frage, welche Mehrbelastung sich theoretisch aus Sicht der öffentlichen Haushalte im Jahr 2009 ergeben hätte, wenn im Vergleich zum Status quo alle Auszubildenden des dualen Systems stattdessen allein in vollzeitschulischer Form unterrichtet worden wären.

Tab. 9: Theoretische Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte in Folge einer Umwandlung des dualen Systems in vollzeitschulische Berufsausbildung

Zahlenbasis	
Durchschnittliche Ausgaben 2009 je Teilzeitberufsschüler im dualen System	2.400 Euro*
Durchschnittliche Ausgaben 2009 je Berufsfachschüler	6.800 Euro*
Öffentlich finanzierte Ausgaben 2009 für den nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung	3,0 Mrd. Euro
Zahl der Auszubildenden in einer dualen Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO am 31.12.2009	1.571.457
Modellrechnung	

Annahme:

Nach der Umwandlung in ein vollzeitschulisches Berufsausbildungssystem verursachen die bisherigen Teilnehmer des dualen Systems pro Kopf die gleichen jährlichen Ausgaben wie ein Berufsfachschüler im Jahr 2009.

Theoretische Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte im Vergleich zum Status quo:

A. $(6.800 \text{ Euro} - 2.400 \text{ Euro}) \times 1.571.457 = 6,91 \text{ Mrd. Euro}$

B. $6,91 \text{ Mrd. Euro} - 3,0 \text{ Mrd. Euro} = \mathbf{3,91 \text{ Mrd. Euro}}$

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012b); Statistisches Bundesamt (2012d), Statistisches Bundesamt (2012c); Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a)

* Umfasst Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung (inkl. Beihilfeaufwendungen und unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte), laufenden Sachaufwand und Investitionsausgaben

ches Bundesamt (2011c), S. 92f). Zudem würde der Finanzierungsbeitrag des privaten Bereichs wiederum deutlich höher ausfallen, wenn die Personalkosten für Auszubildende – anders als nach dem Bildungsbudget-Ansatz vorgesehen – bei der Berechnung der Ausgaben für den nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung berücksichtigt werden würden.

¹¹⁹ Bzgl. dieses Blickwinkels auf das Finanzierungsmodell des dualen Ausbildungssystems siehe z.B. auch European Commission (2012), S. 106.

Als wesentliche Annahme wird in der Modellrechnung vorausgesetzt, dass die bisherigen Teilnehmer der dualen Ausbildung nach der Umwandlung in ein vollzeitschulisches Berufsausbildungssystem pro Kopf die gleichen jährlichen Ausgaben verursachen wie ein Berufsfachschüler im Jahr 2009 (6.800 Euro). Im Rahmen der Modellrechnung wird daher zunächst zwischen dieser Kennziffer und den 2009 je Teilzeitberufsschüler im dualen System entstandenen Ausgaben (2.400 Euro) die Differenz gebildet. Annahmegemäß kommen hierdurch die höheren öffentlichen Pro-Kopf-Bildungsausgaben für berufsschulischen Vollzeitunterricht zum Ausdruck. Diese werden anschließend mit den zum 31. Dezember 2009 gemeldeten Ausgabeverhältnissen des dualen Systems hochgerechnet. Abschließend werden hiervon die gemäß Bildungsbudget 2009 auf den öffentlichen Bereich entfallenen Ausgaben für den nicht-schulischen Teil der dualen Ausbildung abgezogen (3,0 Mrd. Euro), da diese theoretisch im Falle eines rein vollzeitschulischen Berufsausbildungsangebots eingespart werden könnten. Als Ergebnis der vorliegenden Modellrechnung stehen somit Bildungsausgaben in Höhe von rund 3,9 Mrd. Euro, welche die öffentlichen Haushalte im Jahr 2009 in Folge einer (theoretischen) Umwandlung des dualen Systems in ein vollzeitschulisch organisiertes Berufsausbildungssystem zusätzlich hätten finanzieren müssen.

6.4 Zusammenfassung (Argument Nr. 4)

Ausgangspunkt des sechsten Kapitels ist die Feststellung, dass sich in Europa im Falle der Berufsausbildung zwei unterschiedliche Finanzierungsmodelle herausgebildet haben. Zum einen dominiert in Ländern, in denen die Berufsausbildung vorrangig in schulischer Form vonstattengeht (z.B. Polen oder Spanien) die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung entsprechender Bildungsangebote. Zum anderen ist eine Reihe von Ländern zu nennen, in denen im Rahmen der Berufsausbildung der betriebliche Ausbildungsteil einen großen Stellenwert einnimmt. Der Finanzierungsbeitrag von privater Seite fällt dort im Vergleich zum ersten Modell entsprechend hoch aus. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland liefert hierfür ein anschauliches Beispiel.

Mit den Berufsschulen im dualen System, der öffentlichen Förderung des nicht-schulischen Teils der dualen Ausbildung und den Ausbildungskosten der Betriebe lassen sich hierzulande bezüglich der Finanzierung der dualen Berufsausbildung drei verschiedene Ausgabenbereiche voneinander abgrenzen. Ein Vergleich mit der Finanzierungsstruktur in anderen Bildungsbereichen bestätigt in diesem Zusammenhang die Vermutung, dass das duale Ausbildungssystem aus Sicht der öffentlichen Haushalte aufgrund der hohen privaten Finanzierungsbeteiligung ein vergleichsweise günstig zu finanzierendes Bildungsangebot darstellt.

Angesichts der großen Zahl an Jugendlichen, die nach wie vor in Deutschland ihre berufliche Ausbildung im Rahmen des dualen Systems absolvieren, konnte somit eine Modellrechnung aufzeigen, dass die starke Beteiligung der privatwirtschaftlichen Unternehmen an der Finanzierung der dualen Berufsausbildung auch als potenzielle Kostenersparnis für den Staat interpretiert werden kann: Den Ergebnis-

sen zufolge hätten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2009, wenn das duale System in ein rein vollzeitschulisch organisiertes Berufsausbildungssystem umgewandelt worden wäre, rund 3,9 Mrd. Euro zusätzlich finanzieren müssen. Auch aus finanzpolitischer Perspektive eröffnet sich somit eine mögliche Begründungsgrundlage zur Stärkung des dualen Ausbildungssystems innerhalb der Teilssegmente der beruflichen Bildung.

Das vierte Argument für die duale Ausbildung lautet somit:

„Durch das Finanzierungsmodell des dualen Systems spart der Staat die Kosten vollzeitschulischer Berufsausbildung.“

7. Alternative Übergänge in duale Ausbildung aus Sicht der öffentlichen Haushalte

7.1 Umfang und Entwicklung des Übergangsbereichs

Wie in Kapitel 2 gezeigt, hat sich in der beruflichen Ausbildung neben dem dualen System und dem schwerpunktmäßig auf den Dienstleistungssektor bezogenen Schulberufssystem ein Übergangsbereich (das sog. „Übergangssystem“¹²⁰) als drittes großes Teilsegment herausgebildet. Hierunter werden im engeren Sinne verschiedene Maßnahmen und Bildungsgänge verstanden, welche Jugendliche, die nicht unmittelbar in das duale System einmünden, bei der Vorbereitung oder Hinführung auf eine Berufsausbildung unterstützen sollen. Die entsprechenden Angebote werden daher typischerweise von solchen Jugendlichen genutzt, die entweder noch nicht die notwendigen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Berufsausbildung mitbringen oder einen Hauptschulabschluss nachholen bzw. ihren allgemeinbildenden Schulabschluss verbessern wollen. Zudem münden oftmals auch ausbildungsreife Jugendliche in den Übergangsbereich ein, die bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bisher nicht erfolgreich waren.¹²¹

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung liefert Informationen über die jährlichen Neuzugänge im Übergangsbereich. Demnach haben in Deutschland 2010 insgesamt 320.013 Jugendliche einen entsprechenden Bildungsgang bzw. eine entsprechende Maßnahme begonnen (davon Niedersachsen: 48.609 Jugendliche, vgl. Tab. 10). Damit fing fast ein Drittel der jährlichen Anfänger im beruflichen Ausbildungsgeschehen unterhalb der Hochschulebene keine vollqualifizierende Berufsausbildung an.

Eine Einzelbetrachtung der erfassten Maßnahmen bzw. Bildungsgänge zeigt, dass im Übergangsbereich gemessen an der Teilnehmerzahl neben dem schulischen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und den berufsvorbereitenden Bildungsgängen (BvB) der Bundesagentur für Arbeit das größte Gewicht auf teilqualifizierenden Berufsfachschulen liegt (vgl. Tab. 10). Gemäß der integrierten Ausbildungsberichterstattung handelt es sich hierbei um solche Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss, sondern einen allgemeinbildenden Schulab-

¹²⁰ Der Begriff „Übergangssystem“ wird im Folgenden möglichst vermieden, da aktuell noch kein konsistentes System des Übergangs zwischen Schule und Ausbildung existiert (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 374).

¹²¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 101ff; Bundesinstitut für Berufsbildung (2010), S. 90; Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 374. Im weiteren Sinne werden zum Übergangsbereich z.B. auch Berufsorientierungsmaßnahmen gezählt (vgl. ebd., S. 374).

schluss der Sekundarstufe I bzw. eine berufliche Grundbildung (mit oder ohne Anrechnung auf die spätere Berufsausbildung) vermitteln.¹²²

Tab. 10: Anfängerzahlen im Übergangsbereich 2010, Deutschland und Niedersachsen

Bildungsgang/Maßnahme	Deutschland		Niedersachsen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	320.013		48.609	
<i>davon:</i>	Anzahl	%	Anzahl	%
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	130.126	41	28.858	59
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), vollzeitschulisch	30.620	10	-	
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inkl. einjährige Berufseinstiegsklassen	40.661	13	9.083	19
Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag	25.994	8	1.649	3
Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.854	1	-	
Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	70.020	22	7.232	15
Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	18.738	6	1.787	4

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012a)

Zwischen 2005 und 2010 sanken damit die Neuzugänge im Übergangsbereich um 23,4 % (Niedersachsen: -25,5 %). Nichtsdestotrotz lässt eine seitens des BIBB erstellte Prognose darauf schließen, dass auch auf längere Sicht in Deutschland nicht mit einem Verschwinden des Übergangsbereichs zu rechnen ist. Konkret wurden zur Abschätzung der zukünftigen Anfängerzahlen in diesem Sektor des beruflichen Ausbildungsgeschehens als wesentliche Einflussgrößen die erwartete Entwicklung der Schulabgängerzahlen und eine Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots im dualen System berücksichtigt. In Abhängigkeit von der Realitätsnähe der hierbei unterstellten Szenarien kann demnach für den Zeitraum 2010 bis 2025 von einem weiteren Rückgang der Neuzugänge im Übergangsbereich auf rund 228.000 (-26,3%; Szenario: ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze sin-

¹²² In diesem Zusammenhang zeigt das Beispiel Niedersachsen anschaulich, dass die Frage, welche Bildungsangebote im Einzelnen dem Übergangsbereich zuzuordnen sind, keineswegs unumstritten ist. Denn seit dem Schuljahr 2009/2010 rechnet die niedersächsische Landesregierung die einjährige Berufsfachschule, die eine berufsbezogene Grundbildung in verschiedenen Fachrichtungen vermittelt, selbst nicht mehr dem Übergangsbereich zu. Grund hierfür ist, dass grundsätzlich die Möglichkeit zur Anrechnung auf das erste Ausbildungsjahr einer dualen Ausbildung besteht (vgl. Niedersächsischer Landtag (2011), S. 8f).

kendes Ausbildungsangebot) bzw. auf rund 164.000 Anfänger (-46,9 %; Szenario: ab 2011 konstantes Ausbildungsplatzangebot) ausgegangen werden.¹²³

7.2 Übergangsmaßnahmen aus Sicht der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung des Übergangsbereichs werden jährlich umfangreiche öffentliche Mittel bereitgestellt.¹²⁴ Auf die Neuzugänge in teilqualifizierenden Bildungsgängen an Berufsfachschulen entfielen z.B. in Deutschland im Jahr 2009 geschätzte Bildungsausgaben in Höhe von 962,6 Mio. Euro.¹²⁵ Um ein anderes Beispiel zu nennen: Im Jahr 2010 hat die BA für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach eigenen Angaben 505 Mio. Euro ausgegeben.¹²⁶ Bereits anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass es stets mit unmittelbaren Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte verbunden ist, wenn Jugendliche vor Aufnahme einer dualen Ausbildung zunächst am Übergangsbereich teilnehmen. Eine auf Gesamtdeutschland bezogene Modellrechnung soll dies im Folgenden noch einmal am theoretischen Beispiel von unterschiedlichen individuellen Ausbildungsverläufen veranschaulichen. Konkret gilt es aufzuzeigen, welche zusätzliche Belastung sich aus Sicht der öffentlichen Haushalte ergibt, wenn ein ausbildungsinteressierter Schulabgänger nicht unmittelbar in eine Berufsausbildung im dualen System einmündet, sondern zunächst ein schulisches Berufsvorbereitungsjahr bzw. einen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule absolviert.¹²⁷ Neben den direkten Ausgaben zur Finanzierung dieser Übergangsmaßnahmen werden im Rahmen der Modellrechnung als weitere Kostenkomponenten entgangene Steuern und Sozialversicherungsbeiträge aufgrund der durch die Teilnahme am Übergangsbereich verlängerten Ausbildungsdauer, entgangene Sozialversicherungsbeiträge in Folge einer Anrechnung der im Übergangsbereich erworbenen beruflichen Grundbildung auf die Länge einer anschließenden dualen Ausbildung sowie Förderleistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) berücksichtigt.

¹²³ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 382ff.

¹²⁴ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008), S. 166. Für eine allgemeine Kostenschätzung zum Übergangsgeschehen zwischen Schule und Beruf siehe Werner, D. u. a. (2008), S. 24ff.

¹²⁵ Für die Schätzung wurden die durchschnittlichen Bildungsausgaben 2009 je Berufsfachschüler (6.800 Euro; vgl. Statistisches Bundesamt (2012d), S. 110) und die Anfängerzahl 2009 in Bildungsgängen an Berufsfachschulen des Übergangsbereichs (141.561 Neuzugänge; vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a), S. 224) herangezogen. Zum hier unterstellten Ausgabenkonzept siehe Tab. 9.

¹²⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2011), S. 23.

¹²⁷ Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik hatten in Deutschland im Jahr 2010 insgesamt knapp 11% der Anfänger einer dualen Ausbildung zuvor am Übergangsbereich teilgenommen (61.203 Personen). Der größte Anteil entfiel hierbei auf Auszubildende, die zuvor einen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule besucht hatten (22.257 Personen). Ein schulisches Berufsvorbereitungsjahr hatten 9.114 der Ausbildungsanfänger zuvor absolviert (vgl. Klaukien, A. (2011), S. 1004f).

Die Modellrechnung greift auf Zahlen für das Jahr 2008 zurück (vgl. Tab. 11). Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts gaben die öffentlichen Haushalte im Betrachtungsjahr durchschnittlich 2.200 Euro für einen Berufsschüler im dualen System aus. Die öffentlichen Ausgaben für einen Teilnehmer des Berufsvorbereitungsjahrs bzw. für einen Berufsfachschüler lagen dagegen 2008 im Durchschnitt bei 7.900 Euro bzw. bei 6.300 Euro. Die geringeren schulischen Pro-Kopf-Ausgaben im Falle des dualen Systems sind im Wesentlichen auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen. Ausgabenunterschiede zwischen verschiedenen vollzeitschulischen Bildungsgängen können hingegen mit verschiedenen Faktoren zusammenhängen, wie z.B. der jeweiligen Schüler-Lehrer-Relation.¹²⁸

Tab. 11: Ausgangsdaten der Modellrechnung

Zahlenbasis*	
Ausgaben 2008 je Teilzeitberufsschüler im dualen System	2.200 Euro**
Ausgaben 2008 je Teilnehmer des Berufsvorbereitungsjahrs	7.900 Euro**
Ausgaben 2008 je Berufsfachschüler	6.300 Euro**
Monatsbruttoeinkommen vollzeitbeschäftigter Ausbildungsabsolventen im Jahr 2008 ein Jahr nach Beendigung der Ausbildung	2.006 Euro
Monatliche Ausbildungsvergütung (brutto, tariflich, alte Länder) im Jahr 2008	657 Euro
Monatlicher Pro-Kopf-Förderungsbetrag in der BAföG-Kategorie „Berufsfachschule“ (inkl. Klassen des Berufsvorbereitungsjahrs) im Jahr 2008	261 Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011b); Statistisches Bundesamt (2011c); Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012); Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a); Statistisches Bundesamt (2011a)

* Jeweils Angabe von Durchschnittswerten

** Umfasst Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung (inkl. Beihilfeaufwendungen und unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte), laufenden Sachaufwand und Investitionsausgaben

Zur Abschätzung von entgangenen Steuern und/bzw. Sozialversicherungsbeiträgen werden dagegen Angaben sowohl zum Einkommen kürzlich in den Arbeitsmarkt eingetretener Ausbildungsabsolventen als auch zur Höhe von Ausbildungsvergütungen benötigt. Auf Grundlage der Integrierten Erwerbsbiografien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) beziffert die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012) das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen vollzeitbeschäftigter Ausbildungsabsolventen 2008 ein Jahr nach Beendigung der Ausbildung mit 2.006 Euro (vgl. Tab. 11).¹²⁹ Dem Datenreport zum jährlichen Berufsbildungsbericht ist wiederum zu entnehmen, dass sich die tariflichen Ausbil-

¹²⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011c), S. 44.

¹²⁹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S. 120 und Tab. E5-6web.

dungsvergütungen 2008 in den alten Ländern im Durchschnitt auf 657 Euro brutto pro Monat beliefen. Demgegenüber weist die BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamts im Falle der Kategorie „Berufsfachschulen“ (inkl. Klassen des Berufsvorbereitungsjahrs) für das Jahr 2008 einen durchschnittlichen monatlichen Förderungsbetrag von 261 Euro je Empfänger aus.

Auf Grundlage der Ausgangsdaten lassen sich aus Sicht der öffentlichen Hand die haushaltswirksamen Konsequenzen von alternativen Übergängen in duale Ausbildung näherungsweise für einzelne Teilnehmer darstellen (vgl. Tab. 12). Hierbei werden fünf unterschiedlich definierte Ausbildungswege betrachtet, wobei jeweils unterstellt wird, dass nach Abschluss der dualen Ausbildung ein unmittelbarer Eintritt in den Arbeitsmarkt erfolgt. Ausbildungsweg A bildet den Referenzmaßstab. Er wird typischerweise durch einen Jugendlichen repräsentiert, der nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule nahtlos in das duale System einmündet, um dort eine dreijährige Berufsausbildung zu absolvieren. In diesem Falle schlagen nur die öffentlichen Ausgaben für den schulischen Ausbildungsteil zu Buche (in der Summe 6.600 Euro).¹³⁰ Im Rahmen der Ausbildungswege B und C erhöhen sich im Vergleich hierzu die schulischen Pro-Kopf-Ausgaben um jeweils 7.900 Euro aufgrund der Absolvierung eines Berufsvorbereitungsjahrs vor Aufnahme der dualen Ausbildung. Bezieht ein entsprechender Teilnehmer während dieser einjährigen Übergangsmassnahme zudem Schüler-BAföG, steigt die Belastung der öffentlichen Haushalte um weitere 3.132 Euro (Weg C).

Die Ausbildungswege D und E bilden wiederum den Fall ab, wenn ein Jugendlicher vor Beginn einer dualen Ausbildung an einem einjährigen teilqualifizierenden Bildungsgang einer Berufsfachschule teilnimmt. So entstehen im schulischen Bereich zusätzliche Ausgaben in Höhe von jeweils 6.300 Euro. Beide Ausbildungswege unterscheiden sich voneinander bezüglich der Anrechnung der im Übergangsbereich vermittelten beruflichen Grundbildung auf die Dauer der anschließenden dualen Ausbildung. Im Vergleich zu Ausbildungsweg A belaufen sich die öffentlichen Ausgaben für den schulischen Teil der dualen Ausbildung daher entweder ebenfalls auf 6.600 Euro (Weg D, d.h. es erfolgt keine Anrechnung) oder sie reduzieren sich im Anrechnungsfall auf 4.400 Euro (Weg E).

¹³⁰ Da der Fokus an dieser Stelle auf der zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte in Folge einer Teilnahme am Übergangsbereich liegt, bleiben öffentliche Ausgaben für den betrieblichen Teil der dualen Ausbildung unberücksichtigt.

Tab. 12: Modellrechnung zu den Konsequenzen alternativer Übergänge in duale Ausbildung aus Sicht der öffentlichen Haushalte

Kostenbereiche	Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte je Teilnehmer in Euro				
	Weg A*	Weg B	Weg C	Weg D	Weg E
Berufsvorbereitungsjahr		7.900	7.900		
Teilqualifizierende Berufsfachschule				6.300	6.300
Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung	6.600	6.600	6.600	6.600	4.400
Schüler-BAföG während der vollzeitschulischen Übergangsmaßnahme			3.132		
Entgangene (Steuern und) Sozialabgaben im Vergleich zu Weg A		12.741	12.741	12.741	3.195
Gesamtsumme	6.600	27.241	30.373	25.641	13.895
Definition der Ausbildungswege					
Weg A	<i>Ausbildungsdauer: 3 Jahre (ohne Teilnahme am Übergangsbereich)</i>				
	- 3 Jahre Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung				
Weg B	<i>Ausbildungsdauer: 4 Jahre (mit Teilnahme am Übergangsbereich)</i>				
	- 1 Jahr Berufsvorbereitungsjahr				
	- 3 Jahre Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung				
	- Entgangene Steuern und Sozialabgaben aufgrund längerer Ausbildungsdauer als Weg A				
Weg C	<i>Ausbildungsdauer: 4 Jahre (mit Teilnahme am Übergangsbereich)</i>				
	- 1 Jahr Berufsvorbereitungsjahr				
	- 3 Jahre Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung				
	- Bezug von Schüler-BAföG während der vollzeitschulischen Übergangsmaßnahme				
	- Entgangene Steuern und Sozialabgaben aufgrund längerer Ausbildungsdauer als Weg A				
Weg D	<i>Ausbildungsdauer: 4 Jahre (mit Teilnahme am Übergangsbereich)</i>				
	- 1 Jahr teilqualifizierende Berufsfachschule <u>ohne</u> Anrechnung auf die duale Ausbildung				
	- 3 Jahre Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung				
	- Entgangene Steuern und Sozialabgaben aufgrund längerer Ausbildungsdauer als Weg A				
Weg E	<i>Ausbildungsdauer: 3 Jahre (mit Teilnahme am Übergangsbereich)</i>				
	- 1 Jahr teilqualifizierende Berufsfachschule <u>mit</u> Anrechnung auf die duale Ausbildung				
	- 2 Jahre Berufsschule im Rahmen der dualen Ausbildung				
	- Entgangene Sozialabgaben aufgrund kürzerer betrieblicher Ausbildungszeit als Weg A				

Quelle: Tab. 11, eigene Berechnungen

* Referenzmaßstab

Im Falle der Ausbildungswege B bis D sind zudem die im Vergleich zum Referenzfall entgangenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu berücksichtigen. Sie ergeben sich aus Sicht der öffentlichen Haushalte aufgrund der durch die Teilnahme am Übergangsbereich verlängerten Ausbildungsdauer. Folglich gilt es näherungsweise abzuschätzen, wie viel Steuern und Sozialabgaben der Staat auf Grundlage des Arbeitsentgelts eines Absolventen von Ausbildungsweg A im ersten Jahr nach dessen Ausbildungsabschluss einnimmt. Zu diesem Zweck wurde auf das in Tab. 11 ausgewiesene durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen vollzeitbeschäftigter Ausbildungsabsolventen im Jahr 2008 zurückgegriffen. Diesbezüglich ergibt sich für 2008 eine geschätzte Steuerzahlung von rund 2.986 Euro.¹³¹

Daneben wurden entrichtete Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) in Höhe von rund 9.755 Euro errechnet. Zusammengenommen ergibt sich somit im Falle der Ausbildungswege B bis D eine Summe von 12.741 Euro an entgangenen Steuern und Sozialabgaben (am Beginn der Berufstätigkeit im Vergleich zu Weg A). Beim Ausbildungsweg E fallen im Vergleich zu Weg A in Folge der Anrechnung der im Übergangsbereich erworbenen beruflichen Grundbildung auf die Dauer der anschließenden dualen Ausbildung hingegen nur entgangene Sozialabgaben aufgrund der um ein Jahr verkürzten betrieblichen Ausbildungszeit an. Sie wurden in der Modellrechnung auf Grundlage der in Tab. 11 aufgeführten durchschnittlichen monatlichen Ausbildungsvergütung mit rund 3.195 Euro beziffert.¹³²

Im Vergleich zu Ausbildungsweg A fällt in der Gesamtschau bei allen anderen betrachteten Ausbildungswegen die Belastung der öffentlichen Haushalte deutlich höher aus (vgl. Tab. 12). Eine Teilnahme am Übergangsbereich zieht folglich für die öffentliche Hand stets unmittelbare haushaltwirksame Konsequenzen nach sich. Ein Beispiel soll dies an dieser Stelle noch einmal illustrieren: Im Schuljahr 2011/2012 haben in Niedersachsen insgesamt 2.894 Absolventen der einjährigen Berufsfachschule eine duale Ausbildung ohne Anrechnung auf die entsprechende Ausbildungsdauer begonnen.¹³³ Im Rahmen der vorliegenden Modellrechnung verursacht wiederum die Absolvierung eines einjährigen teilqualifizierenden Bil-

¹³¹ Die Steuerzahlung setzt sich zusammen aus 2.830 Euro Lohnsteuer und 155,65 Euro Solidaritätszuschlag. Folgende Merkmale wurden hierbei zu Grunde gelegt: Steuerklasse 1, keine Kinder, kein Kirchenmitglied, ein jährlicher Arbeitnehmerpauschbetrag von 920 Euro (vgl. <https://www.bmf-steuerrechner.de/bl2008/>).

¹³² Für die Berechnung der Sozialabgaben im Jahr 2008 wurden die folgenden Beitragssätze zu Grunde gelegt: Rentenversicherung: 19,9 %, Arbeitslosenversicherung: 3,3 %, Pflegeversicherung bis 30. Juni 2008: 1,7 %, Pflegeversicherung ab 01. Juli 2008: 1,95 %, Krankenversicherung: 15,5 % (Annahme).

¹³³ Vgl. Niedersächsisches Kultusministerium, Übersicht „1-jährige Berufsfachschulen der handwerklichen Berufsbereiche - Abgänger, Schülerzahlen, Erfolgs- und Anrechnungsquoten - öffentliche berufsbildende Schulen in Niedersachsen“, Quellenzugang: Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen. Siehe hierzu auch Fußnote 122.

dungsgangs an einer Berufsfachschule, der auf eine anschließende duale Ausbildung nicht angerechnet wird (Ausbildungsweg D), im Vergleich zum Referenzfall eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von 19.041 Euro je Teilnehmer (25.641 Euro abzüglich 6.600 Euro; vgl. Tab. 12). Eine Teilnehmerzahl von 2.894 Personen hätte folglich gemäß Modellrechnung im Falle von Ausbildungsweg D eine Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von rund 55 Mio. Euro zur Folge.

Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die Teilnahme Jugendlicher an Übergangsmaßnahmen aus finanzpolitischer Sicht durchaus eine lohnende Bildungsinvestition darstellen kann. Denn der Erwerbsverlauf von jungen Menschen, die jährlich ohne eine abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt eintreten, ist mit umfangreichen Folgekosten für die öffentlichen Haushalte verbunden. Diese äußern sich durch entgangene Steuern und Sozialabgaben aufgrund des niedrigeren Erwerbseinkommens von Geringqualifizierten oder in Form von staatlichen Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit bzw. einem zu geringen Einkommen.¹³⁴ Nichtsdestotrotz macht die obige Modellrechnung zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsbereichs deutlich, dass die unmittelbare bzw. möglichst zeitnahe Einmündung von ausbildungsinteressierten Schulabgängern in eine duale Berufsausbildung angesichts knapper öffentlicher Mittel grundsätzlich vorteilhaft ist. Insofern müssen Übergangsmaßnahmen stets vor dem Hintergrund ihrer Wirksamkeit beurteilt werden.

7.3 Zur Wirksamkeit des Übergangsbereichs

Übergangsmaßnahmen stehen in dem Ruf einerseits kostspielig und auf der anderen Seite oft nicht effektiv genug zu sein.¹³⁵ Beicht (2009) hat sich daher auf Grundlage der BIBB-Übergangsstudie 2006 mit der Frage auseinandergesetzt, inwieweit die Kritik, wonach eine Teilnahme am Übergangsbereich für Jugendliche eine wenig nutzbringende Warteschleife auf dem Weg zur Berufsausbildung darstellt, berechtigt ist. Grundlage hierfür bildet eine im Jahr 2006 durchgeführte repräsentative Befragung von Jugendlichen, die zuvor an berufsvorbereitenden Angeboten (schulisch oder seitens der Bundesagentur für Arbeit), dem Berufsgrundbildungsjahr oder an einem teilqualifizierenden Bildungsgang einer Berufsfachschule teilgenommen hatten. Als Erfolgskriterien zur Bewertung dieser Übergangsmaßnahmen dienen die während der Teilnahme erworbenen (höherwertigen) Schulabschlüsse und der Verbleib der Teilnehmer nach Beendigung der Übergangsmaßnahme. Im letzteren Fall interessierte aus Effizienzgründen vor allem die Zeitspanne bis zur Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildungsform.

¹³⁴ Für eine Schätzung der hohen Folgekosten, die aus Sicht der öffentlichen Haushalte durch unzureichende Bildung entstehen siehe Allmendinger, J. u. a. (2011), S. 8ff.

¹³⁵ Vgl. z.B. Krone, S. (2010), S. 23ff.

Den Ergebnissen zufolge hatten relativ viele Jugendliche mehrere Übergangsmaßnahmen besucht (im Durchschnitt durchlief ein Teilnehmer 1,3 Maßnahmen). Die durchschnittliche Verbleibdauer im Übergangsbereich betrug annähernd 17 Monate. Teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsfachschulen schnitten mit Blick auf die Möglichkeit zum Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses am besten ab. Eine Analyse typischer Verlaufsmuster nach Abschluss der (ersten) Übergangsmaßnahme zeigte dagegen, dass 47 % der betrachteten Teilnehmer einem Verlaufstyp zuzuordnen sind, dem nach Maßnahmeende überwiegend ein schneller Übergang in betriebliche Ausbildung gelang. Eine relativ rasche Einmündung in eine nicht-betriebliche Ausbildungsform traf als typisches Verlaufsmuster auf 23 % der ehemaligen Teilnehmer des Übergangsbereichs zu. Ein überwiegend problematisch zu bewertender Verlaufstyp zeigte sich hingegen bei den übrigen Jugendlichen. Viele von ihnen hatten selbst nach einiger Zeit noch keine vollqualifizierende Ausbildung aufgenommen.¹³⁶

Vor dem Hintergrund ihrer Ergebnisse kommt Beicht (2009), S. 14f zu einer differenzierten Einschätzung des Übergangsbereichs. Für Jugendliche, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule noch nicht über die nötigen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Berufsausbildung verfügen, wären Übergangsmaßnahmen demnach zweifellos wichtig. Insbesondere teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsfachschulen hätten zudem eine bedeutende Funktion für Jugendliche, die nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule zur Verbesserung ihrer Ausbildungschancen noch einen höherwertigen Schulabschluss erreichen wollen. Für Jugendliche, die eine Berufsausbildung anstreben und bereits über die hierfür nötigen Voraussetzungen verfügen, würde die (unfreiwillige) Teilnahme am Übergangsbereich jedoch meist nur eine unnötige Warteschleife darstellen.

Ein ähnlich differenziertes Bild hinsichtlich der Wirksamkeit von Übergangsmaßnahmen liefern die Ergebnisse einer Befragung von 482 Berufsbildungsexperten, die das BIBB im Jahr 2010 in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat.¹³⁷ Die befragten Fachleute bewerteten hierbei verschiedene Reformvorschläge zur Verbesserung des Übergangs zwischen Schule und vollqualifizierender Berufsausbildung.¹³⁸ Zuvor gaben sie ihre grundsätzliche Einschätzung zum sog. „Übergangssystem“ ab (vgl. Abb. 20). Die weit überwiegende Mehrheit (81 %) stimmte in diesem Zusammenhang dahingehend überein, dass Übergangsmaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung auch zukünftig unverzichtbar sind. Hierdurch werden die Ergebnisse der in Abschnitt 7.1 diskutierten Prognose zur weiteren Entwicklung des Übergangsbereichs bestätigt. Deutlich unterschiedlicher Meinung waren die Experten dagegen hinsichtlich der Frage, ob eine Teilnah-

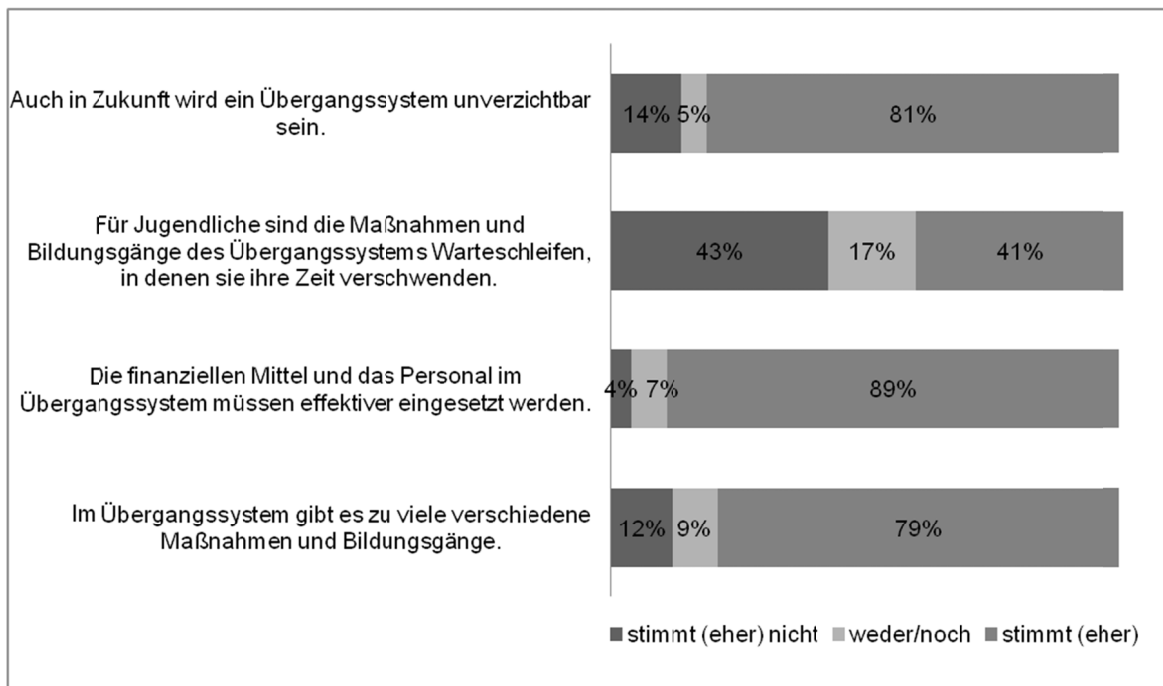
¹³⁶ Vgl. Beicht, U. (2009), S. 4ff.

¹³⁷ Vgl. Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung (2011). Zu Vergleichszwecken wurden parallel dazu auch 316 Jugendliche bezüglich ihrer Einschätzung des „Übergangssystems“ befragt.

¹³⁸ Siehe ebd. S. 19ff.

me am Übergangsbereich in seiner derzeitigen Form für Jugendliche eine unnötige Warteschleife darstellt oder nicht. Dies stützt die oben dargestellte Einschätzung von Beicht (2009), wonach Übergangsmaßnahmen für Jugendliche je nach individuellem Einzelfall mal mehr und mal weniger sinnvoll sein können. Der Großteil der Befragten zeigte sich jedoch bezüglich eines grundsätzlichen Reformbedarfs einig. So wurde von 89 % der Experten ein effektiverer Einsatz der zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen angemahnt. Nach Ansicht von 79 % der befragten Fachleute gäbe es im derzeitigen Übergangsbereich zudem eine zu große Zahl verschiedener Maßnahmen und Bildungsgänge.

Abb. 20: Einschätzungen von Berufsbildungsexperten zum „Übergangssystem“



Quelle: Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung (2011), S. 18, eigene Darstellung

Der Übergangsbereich lässt sich somit unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht pauschal bewerten. Für einen Teil der Jugendlichen erfüllen Übergangsmaßnahmen offenbar eine wichtige Funktion, um den Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung erfolgreich bewältigen zu können. Angesichts der hohen Folgekosten unzureichender Bildung für die öffentlichen Haushalte erscheint daher in solchen Fällen ein effektiver Mitteleinsatz durchaus gerechtfertigt. Auf der anderen Seite stellt eine Teilnahme am Übergangsbereich für eine Reihe von ausbildungsreifen Jugendlichen nur eine Warteschleife auf dem Weg zur Berufsausbildung dar, entweder weil sie nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule über keine bzw. nur über eine unrealistische Berufsvorstellung verfügen oder weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Aus finanzpolitischer Sicht ist ein solcher Ausbildungsweg angesichts der damit für die öffentlichen Haushalte verbundenen hohen Kosten (vgl. Abschnitt 7.2) kritisch zu sehen.

7.4 Zusammenfassung (Argument Nr. 5)

Den Hintergrund für dieses Kapitel bildet der Umstand, dass zur Finanzierung des sog. „Übergangssystems“ jährlich umfangreiche öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Eine auf Gesamtdeutschland bezogene Modellrechnung zeigt in diesem Zusammenhang daher auf, welche zusätzliche Belastung sich für die öffentlichen Haushalte ergibt, wenn ein ausbildungsinteressierter Schulabgänger nicht unmittelbar in eine Berufsausbildung im dualen System einmündet, sondern zunächst an einer Maßnahme des Übergangsbereichs teilnimmt.

Die Modellrechnung berücksichtigt sowohl direkte als auch indirekte Kosten, welche mit einer Teilnahme an einer Übergangsmaßnahme verbunden sind. Den Referenzmaßstab stellt ein Jugendlicher dar, der nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule nahtlos in das duale System einmündet, um dort eine dreijährige Berufsausbildung zu absolvieren. Ausgehend von den Modellannahmen schlagen in diesem Falle den Berechnungen zufolge nur die öffentlichen Ausgaben für den schulischen Teil der dualen Ausbildung zu Buche (in der Summe 6.600 Euro). Im Vergleich hierzu deutlich höher fällt die berechnete Pro-Kopf-Belastung der öffentlichen Haushalte hingegen aus, wenn ein Jugendlicher vor Aufnahme einer dualen Ausbildung erst ein schulisches Berufsvorbereitungsjahr bzw. einen einjährigen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule absolviert (in der Summe zwischen ca. 14.000 Euro und 30.000 Euro).

Eine unmittelbare bzw. möglichst zeitnahe Einmündung von ausbildungsinteressierten Schulabgängern in das duale Ausbildungssystem erscheint folglich unter ökonomischen Gesichtspunkten grundsätzlich vorteilhaft. Übergangsmaßnahmen müssen daher stets vor dem Hintergrund ihrer Wirksamkeit beurteilt werden. Diesbezüglich verdeutlichen die obigen Ausführungen, dass das derzeitige „Übergangssystem“ differenziert zu bewerten ist. Für Jugendliche mit tatsächlichem Förderbedarf erfüllen Übergangsmaßnahmen zweifellos eine wichtige Funktion, um den Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung erfolgreich zu bewältigen. Angesichts der Tatsache, dass der Erwerbsverlauf von jungen Menschen, die jährlich ohne eine abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt eintreten, zu umfangreichen Folgekosten für die öffentlichen Haushalte führt, kann in diesen Fällen die Teilnahme am Übergangsbereich aus finanzpolitischer Perspektive also durchaus eine lohnende Bildungsinvestition darstellen. Für einen anderen Teil von Jugendlichen stellen Übergangsmaßnahmen hingegen nur eine unnötige Warteschleife auf dem Weg zur Berufsausbildung dar, die nach den Ergebnissen der durchgeführten Modellrechnung mit hohen Kosten für die öffentliche Hand einhergeht.

Das fünfte Argument für die duale Ausbildung lautet somit:

„Effiziente Übergänge zwischen Schule und dualer Ausbildung entlasten die öffentlichen Haushalte.“

8. Ergebnisse und Fazit

Die duale Berufsausbildung bildet seit jeher eine wichtige Grundlage für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Wie eingangs dargelegt, wird das duale Ausbildungssystem jedoch aktuell vor allem durch die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Schulabgängerzahlen vor umfangreiche Herausforderungen gestellt. Weil die duale Ausbildung sowohl aus individueller, betrieblicher als auch aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive bestimmte ökonomische Herausstellungsmerkmale aufweist, ist es das Ziel der vorliegenden Studie, entsprechend orientierte Argumente für eine Stärkung dieses zentralen Teilsegments der beruflichen Bildung zusammenzutragen. In diesem Zusammenhang liefert Tab. 13 eine Überblicksdarstellung zu den einzelnen Argumenten unter Angabe der hierfür jeweils relevanten Kapitel.

Tab. 13: Ökonomische Argumente für die duale Ausbildung – ein Überblick

Argumente Nr. 1 bis 5	Kapitel
<i>Das duale Ausbildungssystem erleichtert Jugendlichen den erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt.</i>	3
<i>Die duale Berufsausbildung ist aus individueller und aus staatlich-gesellschaftlicher Sicht eine lohnende Bildungsinvestition.</i>	4
<i>Für die Mehrheit der ausbildenden Betriebe fällt das Kosten-Nutzen-Verhältnis der dualen Ausbildung positiv aus.</i>	5
<i>Durch das Finanzierungsmodell des dualen Systems spart der Staat die Kosten vollzeitschulischer Berufsausbildung.</i>	6
<i>Effiziente Übergänge zwischen Schule und dualer Ausbildung entlasten die öffentlichen Haushalte.</i>	7

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Kapitel 3 bis 7

Kapitel 2 steckt zunächst den Untersuchungsrahmen der Studie ab. Hierbei wird die veränderte Angebots-Nachfrage-Konstellation am dualen Ausbildungsstellenmarkt deutlich, wie sie sich derzeit durch das gleichzeitige Nebeneinander von Ausbildungsstellenmangel und wachsenden Nachwuchsempfängern zeigt. Denn auf der einen Seite übersteigt insgesamt gesehen in Deutschland nach wie vor die Zahl der an einer dualen Ausbildung grundsätzlich interessierten Jugendlichen das vorhandene Angebot an Ausbildungsplätzen. Auf der anderen Seite haben die ausbildenden Betriebe (z.B. im Handwerk oder in bestimmten Regionen) zunehmend mit Problemen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen zu kämpfen. Die unmittelbar hiermit verknüpfte Implikation ist, dass es in Zukunft noch stärker als bisher darauf ankommen dürfte, eine passgenaue Zusammenführung der Ausbildungswünsche von Jugendlichen und den Bedarfen der Wirtschaft herzustellen (etwa durch Beratungs- und Vermittlungsleistungen seitens der Kammern).

Eine nähere Betrachtung zum Ausbildungsverhalten von Jugendlichen hat daneben deutlich gemacht, dass die Zahl derjenigen, welche in Deutschland jährlich eine duale Ausbildung beginnen, nach wie vor hoch ist: Von allen Personen, die im

Jahr 2011 in das Ausbildungsgeschehen eingemündet sind – entweder um dort eine Berufsausbildung zu absolvieren, an einer Übergangsmaßnahme teilzunehmen, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben oder um ein Studium aufzunehmen –, hat sich rund ein Viertel für eine Ausbildung im dualen System entschieden. Allerdings hat die Zahl der Studienanfänger in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen, was den allgemeinen Trend zum Erwerb von höheren Bildungsabschlüssen widerspiegelt. Angesichts dieser Entwicklung besteht für das duale System die Gefahr, im Wettbewerb um leistungsstarke junge Nachwuchskräfte gegenüber dem Hochschulbereich ins Hintertreffen zu geraten. Wie in Kapitel 2 gezeigt, können andererseits aufgrund von Integrationsproblemen (etwa aufgrund einer geringeren schulischen Vorbildung oder eines Migrationshintergrunds) bisher bei weitem nicht alle ausbildungsinteressierten Schulabgänger ihren Wunsch nach einer Ausbildung im dualen System auch realisieren. Sie münden stattdessen z.B. überdurchschnittlich häufig in das sog. „Übergangssystem“ ein. Hier kommt es darauf an, die Ausbildungschancen gerade solcher Jugendlichen zu verbessern.

Die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe hat sich daneben in den vergangenen Jahren auf einem weitgehend konstanten Niveau bewegt: Etwas weniger als ein Viertel aller Betriebe in Deutschland bildet selbst aus. Allerdings ist die betriebliche Ausbildungsbeteiligung zwischen 2008 und 2010 relativ stark zurückgegangen. Mit Blick hierauf ist nicht ausgeschlossen, dass sich einige Betriebe angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen zumindest vorübergehend aus der dualen Berufsausbildung zurückgezogen haben (oder zurückziehen mussten). Dies ist insofern bedeutsam, da die Höhe des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots neben der weiteren Entwicklung der Schulabgängerzahlen eine wesentliche Determinante der zukünftigen Entwicklung der dualen Ausbildung darstellt. Kapitel 2 diskutiert in diesem Zusammenhang die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen. Je nachdem, welche Einflussgrößen berücksichtigt und welches Szenario unterstellt wird, fallen deren Ergebnisse dabei durchaus unterschiedlich aus.

Einig sind sich die vorliegenden Vorausberechnungen darin, dass die Teilnehmerzahl des dualen Systems aus demografischen Gründen sinken wird. Der Bedarf der Wirtschaft an Erwerbstätigen mit beruflichem Ausbildungsabschluss dürfte jedoch in den kommenden Jahren konstant hoch sein. Somit bleibt die duale Berufsausbildung auch in Zukunft eine zentrale Ausbildungsform in Deutschland. Wie stark der Rückgang bei der dualen Ausbildung tatsächlich ausfallen wird, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Entscheidend ist zunächst, inwieweit die Betriebe angesichts wachsender Nachwuchsenpässe weiterhin an der eigenen Ausbildung festhalten werden. Aufgrund der weiter zunehmenden Konkurrenz um leistungsstarke junge Menschen kommt es für das duale System zudem darauf an, dass fortwährend die Attraktivität und Qualität der eigenen Ausbildungsangebote aus Sicht von (potenziellen) Auszubildenden sichergestellt ist bzw. noch verbessert wird. Des Weiteren gilt es, vor allem leistungsschwächere oder anderweitig benachteiligte Jugendliche in Zukunft stärker in das duale System zu integrieren.

ren (z.B. durch ein wirksames Übergangsmanagement mit individuellen Betreuungsleistungen).

Vor diesem Hintergrund macht **Kapitel 3** aus einer europäischen Vergleichsperspektive heraus deutlich, dass der Abschluss einer betrieblich orientierten Berufsausbildung gegenüber vollzeitschulischen (Berufs-)Bildungsangeboten auf der gleichen Qualifikationsstufe den potenziellen Vorteil eines reibungsloseren Übergangs an der Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit sich bringt. Dieser Vorteil des dualen Ausbildungssystems liegt in der Betonung von betrieblichen Praxiserfahrungen während der Ausbildungszeit und einer großen Nähe zum Arbeitsmarkt begründet. Die während der zurückliegenden Krisenjahre in Ländern wie Deutschland oder Österreich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau gebliebene Jugendarbeitslosigkeit kann somit zu einem erheblichen Teil auf die dortige Rolle der dualen Ausbildung zurückgeführt werden. Dies ist insofern wichtig, da die ersten Erfahrungen im Rahmen der Erwerbsbiografie von Beschäftigten häufig einen prägenden Einfluss auf deren gesamten weiteren Arbeitsmarkterfolg haben. Denn eine frühzeitig erlebte Phase der Arbeitslosigkeit (bzw. gänzlicher Inaktivität) wirkt sich schnell ungünstig auf das spätere Erwerbslosigkeitsrisiko oder das zukünftige Einkommen von jungen Nachwuchskräften aus. Dies hat zum einen humankapitalbezogene Gründe, da während einer beschäftigungslosen Zeit einmal erworbene Qualifikationen schnell veralten und die vor allem für den erfolgreichen Arbeitsmarkteintritt von Jugendlichen entscheidenden Berufserfahrungen nicht gesammelt werden können. Zum anderen ist die negative Signalwirkung nicht zu unterschätzen, die gerade von der Arbeitslosigkeit junger Berufsanfänger an potenzielle Arbeitgeber ausgeht.¹³⁹

Somit erscheinen Maßnahmen und grenzüberschreitende Initiativen gerechtfertigt, die eine stärkere europaweite Etablierung einer nach dem dualen Prinzip organisierten Berufsausbildung zum Ziel haben. An dieser Stelle ist jedoch auch zu erwähnen, dass es zusätzlich vor allem auf individuell zugeschnittene Nachqualifizierungsangebote für junge Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss ankommt. Denn die negativen Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit (vor allem hinsichtlich der hohen Folgekosten für die Gesellschaft) kommen besonders häufig bei solchen Jugendlichen zum Tragen, die ihr Erwerbsleben ohne jeglichen Ausbildungsabschluss begonnen haben. In diesem Zusammenhang weist Brenke (2012) darauf hin, dass die auch in Deutschland im Vergleich zu den Erwachsenen insgesamt höher liegende Arbeitslosenquote von Jugendlichen in erster Linie auf ein Qualifizierungsproblem zurückzuführen ist. Im europäischen Vergleich verfügt hierzulande nämlich ein relativ großer Teil der jugendlichen Erwerbslosen über gar keine abgeschlossene Ausbildung.¹⁴⁰

¹³⁹ Vgl. Scarpetta, S. u. a. (2010), S. 15f.

¹⁴⁰ Vgl. Brenke, K. (2012), S. 9f.

Die Ausführungen in Kapitel 3 deuten jedoch bereits daraufhin, dass sich die anfänglichen Vorteile, die eine duale Ausbildung am Beginn des Erwerbslebens gegenüber vollzeitschulisch organisierten (Berufs-)Bildungsgängen auf der gleichen Qualifikationsstufe bietet, im weiteren Erwerbsverlauf weitestgehend ausgleichen.¹⁴¹ Insofern ist nach dem grundsätzlichen Arbeitsmarkterfolg von dual qualifizierten Fachkräften zu fragen, was zum **Kapitel 4** überleitet. Ausgehend vom Erklärungsansatz der Humankapitaltheorie machen die entsprechenden Ausführungen deutlich, dass die duale Berufsausbildung sowohl aus individueller als auch aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive eine lohnende Bildungsinvestition ist. So beläuft sich Untersuchungsergebnissen zufolge der durchschnittliche Einkommensvorteil auf etwa 80.000 bis 85.000 Euro, den eine Person im Laufe ihres Erwerbslebens durch den Abschluss einer handwerklichen Berufsausbildung im Vergleich zu einer Person ohne Ausbildungsabschluss erzielen kann. Diese private „Bildungsrendite“ einer dualen Ausbildung dürfte tatsächlich noch deutlich höher liegen, wenn zusätzlich weitere Effekte von Bildung, wie z.B. ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko, berücksichtigt werden. Ähnlich sieht es aus staatlich-gesellschaftlicher Perspektive aus. Auf Grundlage von internationalen Vergleichsdaten wird deutlich, dass sich für die öffentliche Hand ein formaler Bildungsabschluss auf der Qualifikationsstufe der dualen Ausbildung über das Erwerbsleben einer entsprechenden Person auch unter Berücksichtigung der hierfür aufgewendeten Kosten finanziell bezahlt macht. Schwieriger messbar, aber deshalb nicht weniger wichtig, sind zudem die gesellschaftlichen Beiträge des dualen Ausbildungssystems zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zum Wachstum der deutschen Volkswirtschaft. Wie in Kapitel 4 dargelegt, dürfte insbesondere die duale Ausbildung im Handwerk auch zur gesellschaftlichen Integration von vielen jungen Menschen beitragen, da im handwerklichen Ausbildungsbereich ein überdurchschnittlich großer Anteil der Auszubildenden über eine relativ geringe schulische Vorbildung verfügt.

Eine weiterführende Einschätzung zur Frage, ob sich der Arbeitsmarkterfolg von Erwerbstätigen in Abhängigkeit von der spezifischen Art ihrer beruflichen Ausbildung (d.h. betrieblich oder vollzeitschulisch) grundsätzlich unterscheidet, fällt differenziert aus. So findet einerseits auch am Beispiel Deutschlands das Ergebnis des vorangegangenen Kapitels seine Bestätigung, wonach Absolventen des dualen Systems gegenüber Absolventen des Schulberufssystems den potenziellen Vorteil eines reibungsloseren Übergangs in ein erstes stabiles Beschäftigungsverhältnis haben. Andererseits gleicht sich dieser anfängliche Vorteil offenbar im weiteren Erwerbsleben weitgehend aus. So stehen schulisch Ausgebildete auf längere Sicht hinsichtlich der Ausbildungsadäquanz ihrer beruflichen Tätigkeit und der Einkommenshöhe im Durchschnitt sogar etwas besser da als Erwerbstätige mit dualer Ausbildung. Dies dürfte jedoch weniger auf die spezifische Art der Berufsausbildung, sondern vor allem auf die strukturellen Unterschiede zwischen dem dua-

¹⁴¹ Siehe hierzu auch Gangl, M. u. a. (2003), S. 293f.

len System und dem Schulberufssystem zurückzuführen sein. Entscheidend ist vielmehr die Feststellung, dass beide berufliche Ausbildungsformen aus individueller Perspektive eine lohnende Bildungsinvestition darstellen.

Damit sich die individuellen und staatlich-gesellschaftlichen Vorteile der dualen Ausbildung auch tatsächlich einstellen, sind kontinuierliche Anstrengungen seitens der beteiligten Akteursgruppen gefragt. Neben einer Stärkung der Integrationskraft des dualen Systems hinsichtlich leistungsschwächerer Jugendlicher fällt hierunter aufgrund der in Zukunft weiter wachsenden Konkurrenz um Schulabsolventen auch die fortwährende Sicherstellung der Attraktivität und Qualität der dualen Ausbildung aus Sicht von leistungsstärkeren Jugendlichen.¹⁴² Ein gezielter Ansatzpunkt sind etwa geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der individuellen Ausbildungszufriedenheit, was letztlich auch zur Senkung der Wahrscheinlichkeit beiträgt, dass ein Auszubildender eine Lehre vorzeitig abbricht. Daneben ist z.B. eine größere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung (etwa durch den Ausbau berufsbegleitender Studiengänge) eine Möglichkeit zur Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung. Unter Umständen stellen auch breitere Berufsbilder eine Option dar, um etwaige Nachteile einer weitreichenden beruflichen Spezialisierung abzubauen. Darüber hinaus resultiert aus dem diskutierten Umstand, dass berufsspezifische Kompetenzen in Folge eines immer schneller verlaufenden technologischen und strukturellen Wandels eher dazu tendieren zu veralten, als es allgemeinbildende Wissensbestandteile tun, gerade für Absolventen des dualen Systems eine Notwendigkeit zur kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung im Sinne des „lebenslangen Lernens“. Eben hierfür stehen vielfältige Qualifizierungsangebote, wie z.B. eine Aufstiegsfortbildung zum Meister, zur Verfügung.

Kapitel 5 setzt sich aus betrieblicher Perspektive mit der Kosten-Nutzen-Relation der dualen Ausbildung auseinander. Hierbei wird zunächst deutlich, dass Betriebe aus unterschiedlichen Motiven ausbilden. Besonders häufig gibt der Beitrag der eigenen Ausbildung zur Deckung des betrieblichen Fachkräftebedarfs den entscheidenden Ausschlag. Weitere wichtige Ausbildungsgründe sind z.B. durch Ausbildungsaktivitäten erzielbare Imagegewinne, die eigene Firmentradition oder der produktive Einsatz von Auszubildenden während der Ausbildungszeit. Im Rahmen der betrieblichen Entscheidung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen dürfte dabei das hiermit verbundene Verhältnis von Kosten und Nutzen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Denn für einen Betrieb besteht womöglich der Anreiz, aus der dualen Ausbildung auszusteigen, wenn sich sein Ausbildungsengagement für ihn nicht in der einen oder anderen Form bezahlt macht.

Auf Grundlage von Ergebnissen der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 wird zunächst ersichtlich, dass ein Teil der in Deutschland ausbildenden Betriebe bereits während der Ausbildungszeit aufgrund des produktiven Einsatzes ihrer Aus-

¹⁴² Siehe hierzu z.B. BMBF (2012), S. 4ff.

zubildenden eine vorteilhafte Kosten-Nutzen-Bilanz verbuchen kann. Darüber hinaus ist vor allem der längerfristige Ausbildungsnutzen wichtig, der sich für einen Betrieb erst durch die Übernahme eines ehemaligen Auszubildenden und dessen Weiterbeschäftigung als qualifizierte Fachkraft ergibt. Wie diesbezüglich dargelegt, dürfte die eigene Ausbildung bereits durch die Einsparung der bei einer externen Fachkräfterekrutierung ansonsten anfallenden Personalgewinnungskosten für viele Betriebe mittel- bis längerfristig rentabel sein. Ferner tragen hierzu für einen gewissen Zeitraum fortbestehende Produktivitätsunterschiede zwischen betrieblich und extern ausgebildeten Fachkräften und ein geringeres Fehlbesetzungsrisiko im Falle eines Rückgriffs auf ehemalige Auszubildende bei. Alles in allem kann somit geschlussfolgert werden, dass sich die duale Ausbildung für die Mehrzahl der ausbildenden Betriebe lohnen dürfte. Hieran wird die Relevanz von geeigneten Unterstützungsmaßnahmen seitens der Berufsbildungspolitik deutlich, welche dazu beitragen, möglichst viele Betriebe für eine Ausbildungsbeteiligung zu motivieren.¹⁴³

Kapitel 5 richtet zudem ein besonderes Augenmerk auf das Handwerk. Die Ergebnisse der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007 zeigen in diesem Zusammenhang, dass auch im handwerklichen Bereich die duale Ausbildung für die Mehrheit der beteiligten Betriebe eine lohnende Investition darstellen dürfte. Dies gilt insbesondere angesichts der eher schwachen Arbeitsmarktposition vieler Handwerksbetriebe und der damit einhergehenden Gefahr, qualifiziertes Personal nicht ausreichend genug über den externen Arbeitsmarkt rekrutieren zu können. Allerdings fällt den Ergebnissen nach die subjektive Gesamtzufriedenheit der Handwerksbetriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung nur unterdurchschnittlich hoch aus. Neben der kleinbetrieblich geprägten Unternehmensgrößenstruktur des Handwerks können hierfür verschiedene Gründe verantwortlich sein. Ein wichtiger Aspekt dürfte die im Handwerk oft vorkommende „Ausbildung über eigenen Bedarf“ sein, da ein Betrieb im Falle einer Nicht-Übernahme von ehemaligen Auszubildenden auch keinen längerfristigen Ausbildungsnutzen für sich generieren kann. Daneben könnte die Tatsache, dass ein relativ großer Teil der Ausbildungsanfänger im Handwerk über eine relativ geringe schulische Vorbildung verfügt, für viele Betriebe aus subjektiver Sicht die eigene Ausbildung aufgrund einer hohen Betreuungsintensität verteuern. Zu guter Letzt zeigt Kapitel 5 auf, dass das gerade im Handwerk häufig auftretende Problem der vorzeitigen Lösung von Ausbildungsverträgen wegen der damit verbundenen hohen betrieblichen Kosten zu einem nicht unerheblichen Teil die im Durchschnitt geringere Zufriedenheit der Handwerksbetriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der eigenen Ausbildung erklären dürfte.

¹⁴³ Zur Sicht von Nichtausbildungsbetrieben auf die duale Ausbildung und deren Einschätzung von möglichen Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung siehe ausführlich Bundesinstitut für Berufsbildung (2010), S. 205ff.

Neben der oben angesprochenen Stärkung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung können vor diesem Hintergrund weitere Schlussfolgerungen speziell aus Sicht des Handwerks abgeleitet werden. Zunächst hat die in Untersuchungen zur handwerklichen Fachkräftesituation immer wieder betonte Relevanz von rechtzeitigen Übernahmeangeboten offenbar nicht nur positive Auswirkungen auf die Verbleibsbereitschaft von Auszubildenden. Denn die Übernahme von leistungsfähigen Ausbildungsabsolventen verbessert darüber hinaus für die Handwerksbetriebe selbst die Kosten-Nutzen-Bilanz der dualen Ausbildung.¹⁴⁴ Ähnliches gilt für Maßnahmen, die zur Verringerung der vielen vorzeitigen Ausbildungsabbrüche im Handwerk beitragen. Die Ausführungen in Kapitel 5 lassen diesbezüglich bspw. vermuten, dass der Ausbildungsnutzen von Handwerksbetrieben höher ausfällt, wenn bereits im Vorfeld der Ausbildung durch effektive betriebliche Rekrutierungsstrategien (in Form intensiver Auswahlverfahren, Betriebspraktika usw.) eine hohe Übereinstimmung zwischen den Erwartungen von Ausbildungsbetrieben und zukünftigen Auszubildenden hergestellt wird. Daneben macht die auch im Handwerk zunehmend wichtiger werdende Ansprache von höher qualifizierten Jugendlichen zwar einerseits eine entsprechend hohe Qualität der betrieblichen Ausbildung erforderlich. Wenn deren Abwanderung nach Abschluss der Ausbildung verhindert werden kann, dürfte dies gleichzeitig in den Handwerksbetrieben eine durchaus positive Wirkung auf die Kosten-Nutzen-Relation der eigenen Ausbildung haben.

In **Kapitel 6** steht das Finanzierungsmodell des dualen Ausbildungssystems im Vordergrund. Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, dass sich in Europa im Falle der Berufsausbildung zwei unterschiedliche Finanzierungsmodelle herausgebildet haben. Zum einen dominiert in Ländern, in denen die Berufsausbildung vorrangig in schulischer Form vonstattengeht (z.B. Polen oder Spanien) die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung entsprechender Bildungsangebote. Zum anderen ist eine Reihe von Ländern zu nennen, in denen im Rahmen der Berufsausbildung der betriebliche Ausbildungsteil einen großen Stellenwert einnimmt. Der Finanzierungsbeitrag von privater Seite fällt dort im Vergleich zum ersten Modell entsprechend hoch aus. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland liefert hierfür ein anschauliches Beispiel.

Mit den Berufsschulen im dualen System, der öffentlichen Förderung des nicht-schulischen Teils der dualen Ausbildung und den Ausbildungskosten der Betriebe lassen sich hierzulande bezüglich der Finanzierung der dualen Berufsausbildung drei verschiedene Ausgabenbereiche voneinander abgrenzen. Ein in Kapitel 6 angestellter Vergleich mit der Finanzierungsstruktur in anderen Bildungsbereichen bestätigt in diesem Zusammenhang die Vermutung, dass das duale Ausbildungssystem aus Sicht der öffentlichen Haushalte aufgrund der hohen privaten Finan-

¹⁴⁴ Hinsichtlich der Bedeutung von rechtzeitigen Übernahmeangeboten für die Bindung von ehemaligen Auszubildenden an einzelne Handwerksbetriebe bzw. für die Verhinderung ihrer Abwanderung aus dem Handwerk siehe Haverkamp, K. u. a. (2009), S. 60ff und Wolf, M. (2012), S. 86f.

zierungsbeteiligung ein vergleichsweise günstig zu finanzierendes Bildungsangebot darstellt.

Angesichts der großen Zahl an Jugendlichen, die nach wie vor in Deutschland ihre berufliche Ausbildung im Rahmen des dualen Systems absolvieren, konnte somit eine Modellrechnung aufzeigen, dass die starke Beteiligung der privatwirtschaftlichen Unternehmen an der Finanzierung der dualen Berufsausbildung auch als potenzielle Kostenersparnis für den Staat interpretiert werden kann: Den Ergebnissen zufolge hätten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2009, wenn das duale System in ein rein vollzeitschulisch organisiertes Berufsausbildungssystem umgewandelt worden wäre, rund 3,9 Mrd. Euro zusätzlich finanzieren müssen. Auch aus finanzpolitischer Perspektive eröffnet sich somit eine mögliche Begründungsgrundlage zur Stärkung des dualen Ausbildungssystems innerhalb der Teilsegmente der beruflichen Bildung. Zudem wird hierdurch auch aus Sicht der öffentlichen Haushalte die Relevanz geeigneter Unterstützungsmaßnahmen deutlich, die Ausbildungsbereitschaft von möglichst vielen Betrieben zu erhalten und zu fördern.

Kapitel 7 betrachtet alternative Übergänge in duale Ausbildung und die damit jeweils für die öffentlichen Haushalte verbundenen Konsequenzen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass zur Finanzierung des sog. „Übergangssystems“ jährlich umfangreiche öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Eine auf Gesamtdeutschland bezogene Modellrechnung zeigt in diesem Zusammenhang daher auf, welche zusätzliche Belastung sich für die öffentlichen Haushalte ergibt, wenn ein ausbildungsinteressierter Schulabgänger nicht unmittelbar in eine Berufsausbildung im dualen System einmündet, sondern zunächst an einer Maßnahme des Übergangsbereichs teilnimmt.

Die Modellrechnung berücksichtigt sowohl direkte als auch indirekte Kosten, welche mit einer Teilnahme an einer Übergangsmaßnahme verbunden sind. Den Referenzmaßstab stellt ein Jugendlicher dar, der nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule nahtlos in das duale System einmündet, um dort eine dreijährige Berufsausbildung zu absolvieren. Ausgehend von den Modellannahmen schlagen in diesem Falle den Berechnungen zufolge nur die öffentlichen Ausgaben für den schulischen Teil der dualen Ausbildung zu Buche (in der Summe 6.600 Euro). Im Vergleich hierzu deutlich höher fällt die berechnete Pro-Kopf-Belastung der öffentlichen Haushalte hingegen aus, wenn ein Jugendlicher vor Aufnahme einer dualen Ausbildung erst ein schulisches Berufsvorbereitungsjahr bzw. einen einjährigen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule absolviert (in der Summe zwischen ca. 14.000 Euro und 30.000 Euro).

Eine unmittelbare bzw. möglichst zeitnahe Einmündung von ausbildungsinteressierten Schulabgängern in das duale Ausbildungssystem erscheint folglich unter ökonomischen Gesichtspunkten grundsätzlich vorteilhaft. Übergangsmaßnahmen müssen daher stets vor dem Hintergrund ihrer Wirksamkeit beurteilt werden. Diesbezüglich verdeutlicht Kapitel 7, dass das derzeitige „Übergangssystem“ differenziert zu bewerten ist. Für Jugendliche mit tatsächlichem Förderbedarf erfüllen Übergangsmaßnahmen zweifellos eine wichtige Funktion, um den Übergang zwi-

schen Schule und Berufsausbildung erfolgreich zu bewältigen. Angesichts der Tatsache, dass der Erwerbsverlauf von jungen Menschen, die jährlich ohne eine abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt eintreten, zu umfangreichen Folgekosten für die öffentlichen Haushalte führt, kann in diesen Fällen die Teilnahme am Übergangsbereich aus finanzpolitischer Perspektive also durchaus eine lohnende Bildungsinvestition darstellen. Für einen anderen Teil von Jugendlichen stellen Übergangsmaßnahmen hingegen nur eine unnötige Warteschleife auf dem Weg zur Berufsausbildung dar, die nach den Ergebnissen der in Kapitel 7 durchgeführten Modellrechnung mit hohen Kosten für die öffentliche Hand einhergeht.

Folglich spricht auch aus Sicht der öffentlichen Haushalte vieles dafür, den Übergang an der sog. „ersten Schwelle“ (d.h. der Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung) mit Hilfe geeigneter bildungspolitischer Maßnahmen so wirksam wie möglich auszugestalten. Hieran zeigt sich die Relevanz von Bemühungen, die effizientere Übergänge zwischen Schule und dualer Ausbildung zum Ziel haben (etwa durch Angebote zur Verbesserung der frühzeitigen Berufsorientierung von Jugendlichen oder durch Einstiegsqualifizierungen im Rahmen betrieblicher Praktika). Hierunter fallen auch Anstrengungen zur grundsätzlichen Stärkung der Integrationskraft des dualen Systems, so dass die unterschiedlichen Begabungspotenziale von jungen Menschen möglichst weitreichend ausgeschöpft werden.

Alles in allem hat die vorliegende Studie verschiedene ökonomische Herausstellungsmerkmale verdeutlicht, die mit der dualen Ausbildung verbunden sind. Sowohl aus individueller, betrieblicher als auch aus staatlich-gesellschaftlicher Sicht finden sich daher Argumente, warum das duale Ausbildungssystem durch gezielte Maßnahmen gestärkt werden sollte. Auf diesem Wege kann die duale Berufsausbildung auch zukünftig einen wichtigen Beitrag zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft leisten.

9. Literaturverzeichnis

- Allmendinger, J., Giesecke, J. und Oberschachtsiek, D. (2011): Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-CBF1AB71-B11C8E90/bst/xcms_bst_dms_33657_33658_2.pdf (letzter Zugriff: 03.12.2012).
- Ammermüller, A. und Dohmen, D. (2004): Individuelle und soziale Erträge von Bildungsinvestitionen. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 1-2004, Berlin.
- Anger, C., Plünnecke, A. und Schmidt, J. (2010): Bildungsrenditen in Deutschland. Einflussfaktoren, politische Optionen und ökonomische Effekte. IW-Analysen Nr. 65, Köln.
- Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung (2011): Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen, in: Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Heft 122, Bonn.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld.
- Baethge, M., Solga, H. und Wieck, M. (2007): Berufsbildung im Umbruch - Signale eines überfälligen Aufbruchs, Berlin.
- Baumann, T., Schönfeld, G. und Wenzelmann, F. (2010): Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget, in: Statistisches Bundesamt, Reihe: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/2010, S. 264–274.
- Beicht, U. (2009): Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule - Berufsausbildung, in: BIBB-Report, Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung, Heft 11/09.
- Beicht, U. und Ulrich, J. G. (2008): Ausbildungsverlauf und Übergang in Beschäftigung. Teilnehmer/-innen an betrieblicher und schulischer Berufsausbildung im Vergleich, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), Heft 3/2008, S. 19–23.
- Beicht, U. und Walden, G. (2012): Ausbildungsvergütungen in Deutschland als Ausbildungsbeihilfe oder Arbeitsentgelt, in: WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 65, Heft 5, S. 338–349.
- Beicht, U., Walden, G. und Herget, H. (2004): Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld.

- Bizer, K., Haverkamp, K., Krebs, G., Müller, K. und Sölter, A. (2009): Volkswirtschaftliche Nutzen und Kosten des Handwerkskammersystems, Berlin.
- BLK (2006): Bildungsfinanzbericht 2004/2005, Broschüre mit ergänzenden Materialien, Indirekte Bildungsförderung durch den Fiskus. Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 137- V, Bonn.
- BMBF (2008): Berufsbildungsbericht 2008. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn, Berlin.
- BMBF (2012): Berufsbildungsbericht 2012. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn, Berlin.
- Bosch, G. , Krone, S. und Langer, D. (Hrsg.) (2010): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte, Wiesbaden.
- Brenke, K. (2012): Arbeitslosigkeit in Europa: Jugendliche sind viel stärker betroffen als Erwachsene, in: DIW Wochenbericht Nr. 30/2012, S. 3–12.
- Bundesagentur für Arbeit (2010): Haushaltsplan 2010, in: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A20-Intern/A206-Finanzservice/Publikation/pdf/Haushaltsplan-2010.pdf> (letzter Zugriff: 06.11.2012).
- Bundesagentur für Arbeit (2011): Aktiv aus der Krise - Geschäftsbericht 2010, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2012): Haushaltsplan 2012, in: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A20-Intern/A206-Finanzservice/Publikation/pdf/Haushaltsplan-2012.pdf> (letzter Zugriff: 14.11.2012).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2009): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2010): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2011): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2012a): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2012b): Dokumentation der Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung in Deutschland, Ergänzendes PDF-Dokument zum Datenreport 2012, in: http://datenreport.bibb.de/Dokumentation_der_Bundes-_und_Laenderprogramme_2012.pdf (letzter Zugriff: 14.11.2012).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2012c): Ergänzende Tabellen und Schaubild zum Datenreport 2012 im Internet, in: http://datenreport.bibb.de/media2012/datenreport_2012_internettabellen_schaubild.pdf (letzter Zugriff: 03.04.2013).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2012d): Tabelle D1-1 Internet: Zusammenfassende Darstellung der Bundes- und Länderprogramme und Fördermittel, Ergänzendes PDF-Dokument zum Datenreport 2012, in: http://datenreport.bibb.de/tabelle_d1-1_internet.pdf (letzter Zugriff: 14.11.2012).
- European Commission (2012): Apprenticeship supply in the Member States of the European Union - Final report, in: http://ec.europa.eu/education/vocational-education/doc/forum12/supply_en.pdf (letzter Zugriff: 06.11.2012).

- Frietsch, R., Rammer, C., Schubert, T., Bühner, S. und Neuhäusler, P. (2012): Innovationssindikator 2012. Gutachten für die Deutsche Telekom Stiftung und den Bundesverband der Deutschen Industrie, Bonn und Berlin.
- Gangl, M. (2003a): Returns to education in context: individual education and transition outcomes in European labour markets, in: Müller, W. und Gangl, M. (Hrsg.), Transitions from education to work in Europe. The integration of youth into EU labour markets, Oxford, S. 156–185.
- Gangl, M. (2003b): The structure of labour market entry in Europe: a typological analysis, in: Müller, W. und Gangl, M. (Hrsg.), Transitions from education to work in Europe. The integration of youth into EU labour markets, Oxford, S. 107–128.
- Gangl, M., Müller, W. und Raffe, D. (2003): Conclusions: explaining cross-national differences in school-to-work transitions, in: Müller, W. und Gangl, M. (Hrsg.), Transitions from education to work in Europe. The integration of youth into EU labour markets, Oxford, S. 277–305.
- Gelzer, A. (2012): Studies on the returns to education in Germany. Kumulative Dissertation, Georg-August-Universität Göttingen, in: <http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2012-gelzer/gelzer.pdf> (letzter Zugriff: 09.04.2013).
- Hall, A. und Schade, H.-J. (2005): Welche Ausbildung schützt besser vor Erwerbslosigkeit? Der erste Blick kann täuschen! Duale Berufsausbildung und Berufsfachschulen im Vergleich, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), Heft 2/2005, S. 23–27.
- Hanushek, E. A., Wößmann, L. und Zhang, L. (2012): Das Pro und Contra der dualen Berufsausbildung über den Erwerbslebenszyklus in einer sich wandelnden Welt, in: ifo Schnelldienst 1/2012, Jg. 65, Heft 1/2012, S. 40–42.
- Hanushek, E. A., Wößmann, L. und Zhang, L. (2011): General education, vocational Education, and labor-market outcomes over the life-cycle. NBER Working Paper 17504, National Bureau of Economic Research, October.
- Haverkamp, K., Sölter, A. und Kröger, J. (2009): Humankapitalbildung und Beschäftigungsperspektiven im Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Nr. 79, Duderstadt.
- Heidemann, W. und Kuhnhenne, M. (Hrsg.) (2009): Zukunft der Berufsausbildung, Düsseldorf.
- Helmrich, R. und Zika, G. (2010): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025 (*Zusammenfassung der Ergebnisse*), in: Helmrich, R. und Zika, G. (Hrsg.), Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025, Bielefeld, S. 13–62.
- Hoeckel, K. und Schwartz, R. (2010): Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung, Deutschland, in: <http://www.oecd.org/berlin/45924455.pdf> (letzter Zugriff: 14.11.2012).
- Hollmann, C., Neumann M., Schmidt, J. und Werner, D. (2010): Perspektiven der dualen Berufsausbildung. Höhere Qualität und Effizienz durch mehr Flexibilisierung und Durchlässigkeit. IW-Positionen Nr. 43, Köln.

- Hucker, T. und Troltsch, K. (2012): Indikatoren zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung, in: Dionisius, R., Lissek, N. und Schier, F. (Hrsg.), Beteiligung an beruflicher Bildung. Indikatoren und Quoten im Überblick. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) Nr. 133, Bonn, S. 39–47.
- Hummel, M., Thein, A. und Zika, G. (2010): Der Arbeitskräftebedarf nach Wirtschaftszweigen, Berufen und Qualifikationen bis 2025. Modellrechnungen des IAB, in: Helmrich, R. und Zika, G. (Hrsg.), Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025, Bielefeld, S. 81–102.
- Kalinowski, M. und Quinke, H. (2010): Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2025 nach Qualifikationsstufen und Berufsfeldern, in: Helmrich, R. und Zika, G. (Hrsg.), Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025, Bielefeld, S. 103–123.
- Klaukien, A. (2011): Die neue Berufsbildungsstatistik. Ergebnisse zur dualen Ausbildung im Berichtsjahr 2010 basierend auf Individualdaten, in: Statistisches Bundesamt, Reihe: Wirtschaft und Statistik, Heft Oktober 2011, S. 1001–1011.
- Krone, S. (2010): Aktuelle Problemfelder der Berufsbildung in Deutschland, in: Bosch, G., Krone, S. und Langer, D. (Hrsg.), Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte, Wiesbaden, S. 19–36.
- Kruse, W., Strauß, J., Braun, F. und Müller, M. (2009): Rahmenbedingungen der Weiterentwicklung des Dualen Systems beruflicher Bildung. Arbeitspapier 167 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Ludwig, V. und Pfeiffer, F. (2005): Abschreibungsraten allgemeiner und beruflicher Ausbildungsinhalte. ZEW Discussion Paper No. 05-36, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).
- Maier, T., Troltsch, K. und Walden, G. (2011): Längerfristige Entwicklung der dualen Ausbildung. Eine Projektion der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bis zum Jahr 2020, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), Heft 3/2011, S. 6–8.
- Mendius, H. G. (2003): Fachkräfteversorgung im Handwerk bei alternder Bevölkerung, in: Seminar für Handwerkswesen (Hrsg.), Fachkräftesicherung im Handwerk vor dem Hintergrund struktureller Wandlungen der Arbeitsmärkte, Duderstadt, S. 119–175.
- Niedersächsischer Landtag (2011): 16. Wahlperiode, Drucksache 16/3215, Vorabdruck einer Antwort auf eine Große Anfrage zum Thema "Wie sieht die Bilanz der Übergangssysteme für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in Niedersachsen aus?", in: http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen_wp_16/3001_bis_3500/ (letzter Zugriff: 22.11.2012).
- OECD (2010a): Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.
- OECD (2010b): Off to a Good Start? Jobs for Youth. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264096127-en> (letzter Zugriff: 11.01.2013).
- OECD (2012): Bildung auf einen Blick 2012. OECD-Indikatoren. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.

- Piopiunik, M. und Wößmann, L. (2011): Folgekosten unzureichender Bildung durch entgangenes Wirtschaftswachstum, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 91 (Sonderheft), S. 34–41.
- Plünnecke, A. und Werner, D. (2004): Das duale Ausbildungssystem: Die Bedeutung der Berufsausbildung für Jugendarbeitslosigkeit und Wachstum. IW-Positionen Nr. 9, Köln.
- Porter, M. E. (1991): Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt, München.
- Prager, J. U. und Wieland, C. (Hrsg.) (2007): Duales Ausbildungssystem - Quo vadis? Berufliche Bildung auf neuen Wegen, Gütersloh.
- Quintini, G. und Manfredi, T. (2009): Going separate ways? School-to-work transitions in the United States and Europe. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 90, OECD Publishing.
- Rammer, C. (2013): Das duale Berufsbildungssystem in Deutschland aus innovationsorientierter Perspektive, in: ZEWnews, Heft Januar/Februar 2013, S. 1–2.
- Rauner, F. (2007): Duale Berufsausbildung in der Wissensgesellschaft – eine Standortbestimmung. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Reihe: Jugend und Arbeit – Positionen, in: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_20557_20558_2.pdf (letzter Zugriff: 26.02.2013).
- Rauner, F. (2008): Kosten, Nutzen und Qualität der betrieblichen Ausbildung, in: Piening, D. und Rauner, F. (Hrsg.), Innovative Berufsbildung – Auf die Attraktivität für Jugendliche und Unternehmen kommt es an!, Berlin, S. 43–71.
- Rauner, F. (2010): Berufsbildung in Deutschland: Krise, Kontinuität, neue Konzepte, in: Bosch, G., Krone, S. und Langer, D. (Hrsg.), Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte, Wiesbaden, S. 63–89.
- RegioPol (2012): Über alle Krisen hinweg – das deutsche Modell beweist seine Stärke. Interview mit Werner Abelshauser, in: Zeitschrift für Regionalwirtschaft, Heft 1+2/2012, S. 43–49.
- Scarpetta, S., Sonnet, A. und Manfredi, T. (2010): Rising youth unemployment during the crisis: how to prevent negative long-term consequences on a generation? OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 106, OECD Publishing.
- Schönfeld, G., Wenzelmann, F., Dionisius, R., Pfeifer, H. und Walden, G. (2010): Kosten und Nutzen der dualen Ausbildung aus Sicht der Betriebe. Ergebnisse der vierten BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung, Bonn.
- Seibert, H. und Kleinert, C. (2009): Duale Berufsausbildung. Ungelöste Probleme trotz Entspannung, in: IAB Kurzbericht, Heft 10/2009.
- Sölter, A. und Bizer, K. (2010): Renditen konkurrierender Bildungssysteme in Deutschland, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Jg. 39, Heft 2, S. 76–85.
- Statistisches Bundesamt (2010): Bildungsvorausberechnung. Vorausberechnung der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025. Methodenbeschreibung und Ergebnisse, Ausgabe 2010, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Bildungsvorausberechnung.html> (letzter Zugriff: 08.04.2013).

- Statistisches Bundesamt (2011a): Bildung und Kultur. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2010, Fachserie 11, Reihe 7, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Ausbildungsfoerderung/Bundesausbildungsfoerderung.html> (letzter Zugriff: 12.12.2012)
- Statistisches Bundesamt (2011b): Bildungsausgaben. Ausgaben je Schüler/-in 2008, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/AusgabenSchueler.html> (letzter Zugriff: 04.12.2012).
- Statistisches Bundesamt (2011c): Bildungsfinanzbericht 2011. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht.html> (letzter Zugriff: 01.11.2012).
- Statistisches Bundesamt (2012a): Bildung und Kultur. Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern 2011, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/SchnellmeldungAusbildungsberichterstattung.html> (letzter Zugriff: 14.12.2012).
- Statistisches Bundesamt (2012b): Bildungsausgaben. Ausgaben je Schüler/-in 2009, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/AusgabenSchueler.html> (letzter Zugriff: 17.12.2012).
- Statistisches Bundesamt (2012c): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2009/2010, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsausgaben.html> (letzter Zugriff: 17.12.2012).
- Statistisches Bundesamt (2012d): Bildungsfinanzbericht 2012. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, in: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht.html> (letzter Zugriff: 18.12.2012).
- Steedman, H. (2005): Apprenticeship in Europe: 'Fading' or Flourishing? CEP Discussion Paper No 710, December 2005, Centre for Economic Performance, London.
- Steiner, V. und Schmitz, S. (2010): Hohe Bildungsrenditen durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 5/2010, Heft Nr. 5/2010, S. 2–8.
- Thomä, J. (2010): Die Konjunkturabhängigkeit des Handwerks - am Beispiel der Wirtschaftskrise 2008/2009. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 64, Göttingen.
- Ulrich, J. G. (2012): Indikatoren zu den Verhältnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt, in: Dionisius, R., Lissek, N. und Schier, F. (Hrsg.), Beteiligung an beruflicher Bildung. Indikatoren und Quoten im Überblick. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) Nr. 133, Bonn, S. 48–65.
- van der Velden, R. K. W. und Wolbers, M. H. J. (2003): The integration of young people into the labour market: the role of training systems and labour market regulation, in: Müller, W. und Gangl, M. (Hrsg.), Transitions from education to work in Europe. The integration of youth into EU labour markets, Oxford, S. 186–211.

- Wenzelmann, F. und Lemmermann, H. (2012): Betriebliche Kosten von Vertragslösungen, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), Heft 5/2012, S. 4–5.
- Wenzelmann, F., Schönfeld, G., Pfeifer, H. und Dionisius, R. (2009): Betriebliche Berufsausbildung: Eine lohnende Investition für die Betriebe. Ergebnisse der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007, in: BIBB-Report, Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung, Heft 8/09.
- Werner, D., Neumann, M. und Schmidt, J. (2008): Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen. Erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-FD3D2BD1-E50C00EA/bst/xcms_bst_dms_26143_26517_2.pdf (letzter Zugriff: 25.11.2012).
- Wolf, M. (2012): Fachkräftesicherung in Handwerksbetrieben. Empirische Analyse der Entscheidung junger Fachkräfte für Handwerk oder Industrie, München.
- Wolter, S. C. und Weber, B. (2005): Bildungsrendite - ein zentraler ökonomischer Indikator des Bildungswesens, in: Die Volkswirtschaft, Jg. 78, Heft 10, S. 38–42.
- Wößmann, L. und Piopiunik, M. (2009): Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum, Erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0AF10FB6-278C20B4/bst/xcms_bst_dms_30242_31113_2.pdf (letzter Zugriff: 21.02.2013).